

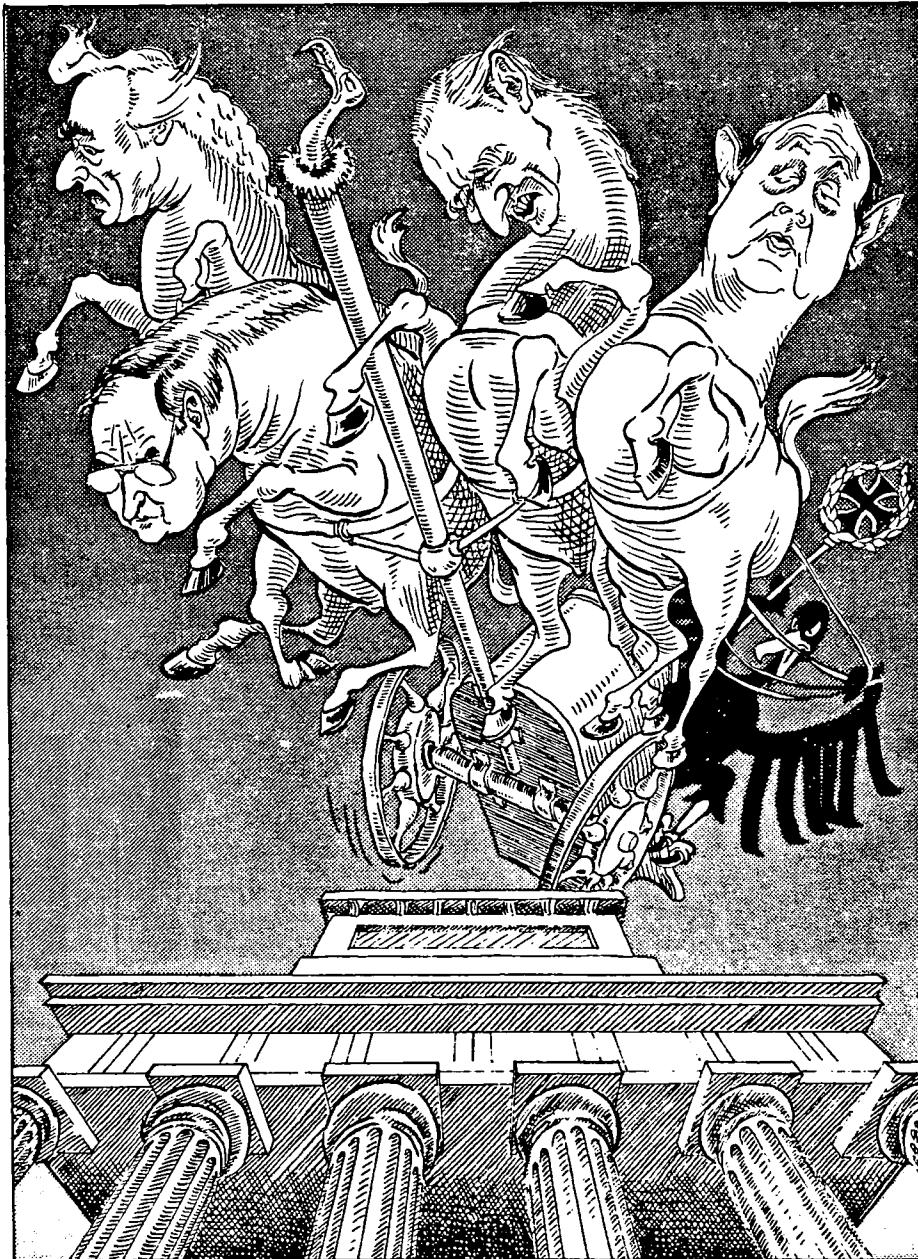
Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



17. Juli 1982
Jg. 3 Nr. 15

G 7756 D Preis:
2,50



„... und das Brandenburger Tor soll dann ein Symbol werden, nicht für zwei getrennte und feindliche Welten, sondern ein offenes Tor, durch das freie Ideen und friedlicher Wettbewerb passieren können.“

Reagan in Westberlin am 11. Juni '82



„Operation '83“: Ausgewogen, ausgerechnet, ausgefeilt: 8 Mrd. von den Lohnabhängigen für die imperialistische Expansion Seite 3



Israel: PLO läßt „nationalen Konsens“ zerbröckeln Seite 11



Südafrika: Heftige Kämpfe der schwarzen Goldarbeiter Seite 30

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

„Operation '83“: Ausgewogen, ausgerechnet, ausgefeilt: 8 Mrd. von den Lohnabhängigen für die imperialistische Expansion Seite 3

Vom liberalen Befürworter der Staatsschuld zu ihrem ebenso liberalen Vollstrecke Seite 4

Die Angriffe der Kapitalisten auf die Lohnfortzahlung nehmen zu Seite 5

Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet Seite 6

USA: US-Regierung verbreitert die Schicht der Arbeiter mit Elendslöhnen Seite 7

Mietgesetze: Mietsteigerungen um 30% in drei Jahren .. Seite 7

Jugendarbeitsschutz: Die CDU findet den Normalarbeitstag „ausbildungshemmend“, da unflexibel Seite 8

AEG: Regierung soll Bankenrisiko übernehmen Seite 9

Gesundheitswesen: Neue Gebührenordnung für Ärzte .. Seite 9

„taz“-Debatte: „Alternatives“ zum Libanon-Krieg, auf dem Mist der Reaktion gewachsen Seite 10

Israel: PLO lässt „nationalen Konsens“ zerbröckeln ... Seite 11

EG-„Ernährungsstrategie“: Satt werden davon die Imperialisten Seite 12

Westberlin: „Insel der Freiheit im Meer des Totalitarismus“: Die Frontstadt für den Frontstaat Seite 13

Westberlin – Frontstadt gegen den Sozialismus Seite 14

Die BRD hat mit dem Grundgesetz und Sonderbestimmungen ein umfängliches Besetzungsrecht Seite 16

BRD zahlt für die Angliederung Westberlins Seite 17

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung Seite 18

Fuba/Elektrroindustrie: Betriebsrat ringt trotz „Krise“ um jede Verbesserung der Lohnstruktur Seite 19

Holzverarbeitung: Manteltarifvertrag vor der Einigung Seite 19

Heidelberg: Berufung zum Fronttheater nach Israel verriet Seite 20

MAN: Kurzarbeit und Expansion Seite 21

E.L.M.A. Tres: Profit geht vor Schiffssicherheit Seite 21

CDU-Hochschulpolitik: „Unsere Konkurrenzfähigkeit muß verbessert werden“ Seite 22

Hochschulpolitischer Antrag der CDU Seite 23

Niedersachsen: Stadthaushalt 1982 nicht genehmigt Seite 23

Kieler Stadthaushalt: Sparprogramm der CDU wird durchgesetzt Seite 23

Baden-Württemberg: Kindergärten teurer und schlechter Seite 24

Teststrecke: VGH weist Normenkontrollklage ab Seite 24

Bäuerliche Landwirtschaft in Bayern: Harte Arbeit sichert kaum die Existenz – wer ist für den Erhalt solcher Zustände? Seite 25

Die kleinen Bauern müssen sich verschulden, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten Seite 26

Stichwort: Agrarsozialgesetze Seite 27

Internationale Nachrichten Seite 28

Argentinien: Regierungsmanöver des Militärs, um seine Herrschaft zu retten Seite 29

Brasilien: Verfassungs- und Wahlrechtsänderungen Seite 29

Südafrika: Heftige Kämpfe der schwarzen Goldarbeiter Seite 30

Irland: US-Kapital auf dem Vormarsch Seite 30

Schweden: Regierung will zwei Karenztage mehr Seite 31

Niederlande: Angriffe auf die Soldatengewerkschaft ... Seite 31

Griechenland: Fortschritte der Gewerkschaftsbewegung, EG-Imperialisten üben Druck aus Seite 32

Keine Freizügigkeit nach EG-Beitritt Seite 32

Aus Kultur und Wissenschaft Seite 34

2. Hörster Kulturtage der IG Druck und Papier: „Wir können nicht ‚friedlich‘ sein, wir müssen etwas für den Frieden tun“ Seite 34

Der Feind: sehenswert Seite 34

Im Schlaraffenland der Jahrhundertwende Seite 34

Stimmungsbilder vor dem 1. Weltkrieg Seite 35

Rommel: Liberal-konservative Plädoyers für Konsumverzicht Seite 35

Deutsch-türkische Beziehungen (1): Koloniale Plünderei-feldzüge gegen das Osmanische Reich Seite 36

Computergestützte Arbeitsmittel: Neue, stumpfsinnige, niedrigst tariferte Arbeit im Anmarsch Seite 37

Unternehmen: Wertschöpfung und „Produktionsfaktoren“ Seite 38

„Operation '83“

Ausgewogen, ausgerechnet, ausgefeilt: 8 Mrd. von den Lohnabhängigen für die imperialistische Expansion

„Diese Regierungskoalition aus SPD und FDP ist mit ihren Tricks noch lange nicht am Ende“, schrieben wir im vergangenen Jahr, kurz vor Abschluß der „Operation '82“. Heute können wir dies nur wiederholen. Wochenlang kannten die bezahlten Meinungsmacher von Presse, Funk und Fernsehen fast nur ein Thema: Wird die Koalition platzen, oder wird sie sich hinüberretten? Selten zuvor ist es den großbürgerlichen Regisseuren im Hintergrund in solchem Ausmaß gelungen, den Inhalt ihres Koalitions-„Dramas“ durch geschickte Inszenierung fast gänzlich der öffentlichen Kritik zu entziehen. Auf dem Höhepunkt des Geschehens, die SPD-Fraktion betonte ihre Prinzipien, und alles wartete auf den Abgang der FDP, legte der Kanzler, als „Koalitionskanzler, nicht als Sozialdemokrat“, einen eigenen Haushaltsentwurf vor; die FDP brachte die noch gewünschten Korrekturen an, für die der Platz ohnehin schon eingeräumt war, beendete dafür ihren heftigen Flirt mit dem Regierungswechsel – und die SPD-Fraktion konnte, da sie sich dem Vorwurf des Kanzlermordes um keinen Preis aussetzen wollte, ihre Prinzipien beerdigen und nur noch zustimmen. Das tat sie dann auch, von ganzen acht Gegenstimmen abgesehen.

Werden die Finanzbourgeois dieses Spiel, das sie mit der SPD spielten, mit der organisierten, sozialdemokratisch geführten Arbeiterbewegung wiederholen können?

Schon im März hatte FDP-Generalsekretär Verheugen klargestellt, in welchem Rahmen sich auch in diesem Jahr die Kritik an den vorbereiteten Haushaltsentscheidungen allenfalls bewegen dürfe: „Für die F.D.P. ist klar, daß die Lasten der Konsolidierung sozial ausgewogen verteilt werden müssen. Es wäre nicht strukturelle Anpassung, sondern himmelschreiende Ausbeutung, wenn allein die sozial und ökonomisch Schwachen die Zeche zu zahlen hätten.“ Klar also: Die Zeche muß gezahlt werden, und wenn Streit erlaubt ist, dann höchstens über die Frage, welchen „Beitrag“ die „sozial und ökonomisch Schwachen“ nun exakt zu leisten hätten.

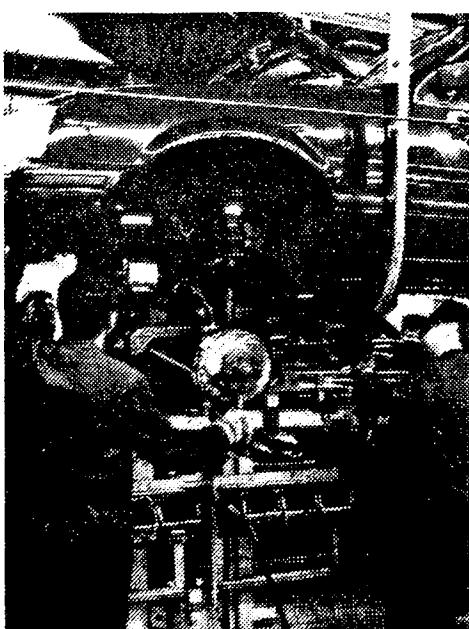
Zwar hat sich der DGB beeilt, nach Verabschiedung der Haushaltvorlage für 1983 seinen Protest anzumelden, und angekündigt, gegebenenfalls auch Aktionen durchzuführen. Seine Proteste klingen sogar ungewohnt schroff, und doch will uns scheinen, als hätten die Bourgeois die Gewerkschaften schon fast dort, wohin sie sie haben wollen. Der DGB-Bundesausschuß schreibt nämlich in seiner Entschließung, die er am 7.7.82 faßte: „... lehnt die Regierungsbeschlüsse zum Haushalt 83 als beschäftigungspolitisch verfehlt und sozial unausgewogen ab.“ Mit anderen Worten, der DGB-Bundesausschuß hat sich der Logik der bürgerlichen, der konservativen wie der sozialliberalen, Haushaltsexperten schon angeschlossen, wenngleich nicht

ihren Ergebnissen. Er stürzt sich auf die vorgegebene „Frage“, streitet, über was er streiten darf, nämlich die „soziale Ausgewogenheit“, und vermeidet dabei, genau wie im vergangenen Jahr und all den Jahren davor, ausgerechnet die entscheidende Frage nach dem Zecher, dessen Rechnung beglichen werden soll.

Die Bourgeois danken diese jahrelange und anhaltende Zurückhaltung des DGB auf ihre Weise. Sie nämlich sind in ihrer Absicht, der öffentlichen Meinung die wahren Probleme und ihre wirklichen Verursacher fest einzugraben, ein ganzes Stück vorangekommen. Genscher in seiner diesjährigen haushaltspolitischen Standardrede, hier gehalten vor dem Zentralverband des Deutschen Handwerks am 14.6.: „Wir haben die Aufgabe, Schritt für Schritt die strukturellen Probleme der öffentlichen Haushalte anzugehen – Probleme, die darin bestehen, daß die Leistungsgesetzgebung unsere Leistungsfähigkeit überfordert und daß die konsumtiven Ausgaben die investiven soweit beeinträchtigen, daß ... von daher keine Impulse mehr gegeben werden können.“

„Problem“ Nummer eins: die hohen Renten. Landauf, landab tönt's, daß die Bruttolohnanpassung der Renten die Rentenversicherung ruiniere und der sozialen Gerechtigkeit ins Gesicht schlage. Mit der ursprünglich für 1984 geplanten, jetzt auf 1983 vorgezogenen Einführung eines selbstzuzahlenden Krankenversicherungsbeitrages für Rentner von zunächst 1%, der bis 1986 auf 4% steigt, wird der Gerechtigkeit Genüge getan und, so Genscher, die Rentenversicherung „im Kern“ erhalten. Die Rentner zahlen 1983 mit 1,3 Mrd. DM, 1984 mit über 2,6 Mrd. DM usw. Die Bundeszuschüsse an die Rentenversicherung werden entsprechend gekürzt, und die den schließlich wohlhabenden Rentnern entzogenen Mittel den notleidenden Stahlkapitalisten oder anderen nicht weniger notleidenden Monopolen zugesteckt.

„Problem“ Nummer zwei: „das Bewußtsein der Versicherten für die Kosten der medizinischen Versorgung“. Das fehlt nämlich, also muß es geschärfert werden. „Mundwasser auf Rezept“, empört sich Schmidt, „das ist doch Unfug!“ Dem Unfug wird abgeholfen, „Bagatellarzneimittel“ gibt's zukünftig nicht mehr auf Rezept, Rezepte werden von 1,50 DM auf 2,00 DM verteuert, wegen des Bewußtseins,



Das liberale Ziel des „Leistungsanreizes“: Wer arbeitet, soll mehr und billiger arbeiten; wer einstreicht, soll mehr einstreichen. Rechts: Bundesbankpräsident Pöhl

vor allem aber wird für Krankenhausaufenthalte und Kuren die Selbstbeteiligung eingeführt, im ersten Fall 5 DM pro Tag, sieben Tage lang, im zweiten Fall 10 DM pro Tag während der ganzen Dauer. 1,5 Mrd. DM läßt die Bundesregierung die Kranken die Bewußtseinsschärfung kosten.

„Problem“ Nummer drei: die Arbeitslosen. Mit der vor allem von der CDU/CSU heftig verlangten Kürzung des Arbeitslosengeldes ist die sozialliberale Koalition noch nicht vorangekommen. Dafür senkt die Bundesanstalt für Arbeit die Beiträge der Arbeitslosen an die Rentenversicherung und die Krankenversicherung, die zukünftig auf der Basis von 70% des Bruttolohnes gezahlt werden. Wer also arbeitslos ist, wird im Krankheitsfall nach sechs Wochen weniger Krankengeld und im Alter weniger Rente erhalten. Zugleich wird der Arbeitslosenversicherungsbeitrag um 0,5 Prozentpunkte auf 4,5% erhöht.

Außerdem werden noch alle Zeiten für Krankheit, Ausbildung, Wehrdienst sowie die ersten fünf Versiche-

rungspflichtjahre um 30% niedriger bewertet mit entsprechenden Auswirkungen auf die später gezahlten Renten. Alles nach dem Motto, das FDP-Generalsekretär Verheugen so zusammenfaßte: „Wenn man also die Lage verbessern will, dann muß man das Übel an der Wurzel packen.“

Wenn der DGB diesem ideologischen und politischen Angriff auf die Rechte der Lohnabhängigen nicht mehr entgegenzusetzen hat als die Klage über „soziale Unausgewogenheit“, so hat er den Kampf materiell verloren, bevor er ihn überhaupt aufnimmt. Denn er hat akzeptiert, daß der Rüstungshaushalt weiter und weiter steigt, damit die Finanzkapitalisten in Sicherheit ihre expandierenden Geschäfte erledigen können; daß der Unterdrückungsapparat ausgebaut wird, auf daß der innere „Friede“ erhalten bleibe; daß eine Handvoll von Finanzbourgeois sich allein im nächsten Jahr um fast 30 Mrd. DM an Zinsen auf die Staatsschuld bereichert; daß die Profitwirtschaft mit zusätzlich zig Milliarden aus dem Einkommen der Lohnabhängi-

gigen und durch die Beschneidung und Beseitigung ihrer Rechte geschmierter wird und die Monopole das Geld, das sie für moderne Anlagen brauchen, damit sie die Ausbeutung der Arbeitskraft weiter steigern können, hinterhergeschmissen bekommen. Er hat, kurzum, die Ausgabenseite des Bundeshaushaltes weitgehend akzeptiert und damit seinen Zweck: die Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Imperialisten in jeder Hinsicht zu stärken und die Reichen zu bereichern. Seinen jetzt jedenfalls fast einzigen Einwand, daß nämlich *auch* die Reichen dafür zahlen sollen, können da die Bourgeois geradezu lässig vom Tisch fegen. Die haben noch ganz anderes vor.

Denn folgendes ist zu bedenken: Mit der Einführung der Selbstbeteiligung bei Krankenhausaufenthalt und Kuren schafft die Regierung den Präzedenzfall: Gelingt's, dann ist die Selbstbeteiligung bei Arztbesuchen, bei der gesamten medizinischen Versorgung absehbar. Dann ist vor allem auch der Beseitigung der Lohnfortzahlung der Boden bereitet. Denn warum sollte der

Vom liberalen Befürworter der Staatsschuld zu ihrem ebenso liberalen Vollstrecker

Vor sieben Jahren kamen die bundesdeutschen Kapitalisten und allen voran die Freie Demokratische Partei noch richtig ins Schwärmen, wenn die Rede aufs Schuldenmachen kam. Otto Graf Lambsdorff am 6.6. 1975 in der „Zeit“: „Nach dem Ölschock haben wir die besten Chancen, als erste wieder Tritt zu fassen. Mit 90 Mrd. DM Devisenreserven – den mit Abstand größten der Welt – stehen uns enorme Mittel zur Verfügung. Das sollten wir neben der Neuverschuldung der öffentlichen Hand von rund 55 Mrd. DM berücksichtigen. Beides zusammen, Reserven und Verschuldung, erlaubt uns, die Inlandsnachfrage beträchtlich anzuheben, ohne die Importe zu drosseln.“

Wohlgemerkt: der Wirtschaftsgraf war entschieden für eine hohe Verschuldung der Bundesregierung. Das erlaubte, den Kapitalisten ein „Konjunktur“-Programm nach dem anderen in den Rachen zu werfen: Programme „für Zukunftsinvestitionen“, das „Gesetz zur Steuerentlastung und Investitionsförderung“, das „Energiesparprogramm“ usw. Vor allem aber erhielten die Kapitalisten *dauerhafte* Steuersenkungen eingeräumt: Senkung der Körperschaftssteuer ab 1.1.77, Senkung der Vermögenssteuer ab 1.1.78, Ab-

schaffung der Lohnsummensteuer, Senkung der Gewerbeertrags- und Gewerbekapitalsteuer ab 1980. Die hohe Kreditaufnahme erlaubte diese Steuersenkungen, ohne daß der Zusammenhang zu den Steuererhöhungen für die Lohnabhängigen sofort ins Auge sprang. Die Sozialdemokraten, begeistert über die Schluckfähigkeit der Kapitalisten und besoffen von der Hoffnung, die Ausbeutungsgeschäfte der Kapitalisten wieder in Schwung bringen zu können, ohne sofort die Lohnabhängigen zur Kasse fordern zu müssen, erfanden dafür das Etikett „Modell Deutschland“. Die CDU/



Friderichs: Für seine Verdienste als Wirtschaftsminister zum Chef der Dresdner Bank erkoren

CSU wußte, was kommen würde, und wartete ab.

Inzwischen sind alle diese Kredite längst ausgegeben, das Geld wieder in den Händen der Kapitalisten. Zusätzlich aber haben die Kapitalisten jetzt die staatlichen Schuldenpapiere, die „Bundesschätzchen“ und dergleichen, in Händen. Damit den gesetzlichen Anspruch auf nochmalige Zahlung des eh bereits an sie geflossenen Geldes: diesmal als Schuldentlastung. Und den Anspruch auf Zins und Zinsszins auf diese Schuld.

Wenn die Kapitalisten, die CDU/CSU und die Liberalen jetzt als Gegner jeder weiteren Staatsschuld auftreten, dann hat das einen einfachen Grund: *Geld* haben die Kapitalisten wirklich im Überfluß. Jetzt und in Zukunft, wenn Zins und Tilgung fällig werden. Was ihnen fehlt, sind profitable *Anlagenmöglichkeiten* in der BRD.

Und erneut macht sich F.D.P. zu ihrem Sprecher. „Eine solide Finanzpolitik ist Grundvoraussetzung für eine notwendige Vertrauensbildung. Deshalb ist die F.D.P. gegen durch Kredite oder höhere Steuern finanzierte kurzatmige Konjunkturprogramme ... Liberale Beschäftigungspolitik baut grundsätzlich auf die Expansionskraft des ... marktwirtschaftlichen Systems.“ So der F.D.P.-Bundeshauptausschuß am 24. Oktober '81 in seinen „Liberalen Initiativen zur Überwindung der Arbeitslosigkeit“. Senkung des Lohnstandards, Aufhebung des Versicherungsschutzes, das sind jetzt die Forderungen der Kapitalisten, der

gesetzte Maßstab, daß der Kranke für die Kosten seiner Krankheit aufzukommen hat oder aber auf seine Wiederherstellung zu verzichten hat, nicht überall gelten?

Zweitens. Die Finanzprobleme der Sozialversicherungen sind in keiner Weise gelöst. Sie sind zum großen Teil entstanden, weil die verschiedenen Bundesregierungen, anstatt für Kostendeckung durch ausreichende Beiträge zu sorgen (mal abgesehen davon, wer die Beiträge zu zahlen hätte), die Steuern auf Lohn erhöht haben und dann die Kosten durch Zuschüsse aus den Steuern mehr oder weniger gedeckt haben. Jetzt kürzt die Bundesregierung die Leistungen der Sozialversicherungen und gleichzeitig in noch höherem Maße ihre Zuschüsse an die Sozialversicherungen. Sie bereitet damit weitere Kürzungen, bei den Renten, der Krankenversorgung und vor allem beim Arbeitslosengeld, zielstrebig vor.

Quellenhinweis: FAZ, Handelsblatt, 15.6. bis 13.7.; Spiegel 5. und 12.7.; freie demokratische korrespondenz, Presseidienst der FDP, Ausgabe 100 bis 113; DGB-Nachrichtendienst Nr. 148

CDU/CSU und – der Liberalen. Wie vorgegangen werden soll, hat Graf Lambsdorff bereits entwickelt: „Wir haben eine Zeit hinter uns, in der der öffentliche Sektor seine Ansprüche in allen Bereichen ständig gesteigert hat ... Entsprechend stark nahm der Staat das Arbeitskräftepotential in Anspruch. Entsprechend stark aber erhöhten sich auch die Ansprüche der öffentlich Bediensteten gegenüber ihrem Arbeitgeber. Die Anspruchsinflation nahm ihren Lauf.“

Senkung der Löhne und Entlassungen im öffentlichen Dienst: mit diesen Maßnahmen, die Baum als Innenminister gerade durchzusetzen versucht, sollen die Lohnsenkungspläne der Kapitalisten unterstützt werden. Das Niederreißen des Lohnstandards in den unteren Lohngruppen im öffentlichen Dienst, die Aufhebung der Tarifvertragsfreiheit im öffentlichen Dienst, das soll der Kapitalistenmeute in der „Privatwirtschaft“ den Weg bahnen. Das Druckmittel dazu gegen die Regierung haben Sozialdemokraten und Liberale den Kapitalisten selbst verschafft: die Staatsschuldspapiere. Von den Ansprüchen der auf diesen Papieren hockenden Kapitalisten ist natürlich nicht die Rede. Sie werden bedient und erfüllt, wie sich das gehört.

Quellenhinweis: Bundeshauptausschuß der F.D.P., Liberalen Initiativen zur Überwindung der Arbeitslosigkeit, Mainz, 24.10.81; Otto Graf Lambsdorff, Zielsetzung, Aufgaben und Chancen der Marktwirtschaft, Düsseldorf 1977



Streik der IG Metall 1956 in Schleswig-Holstein für Lohnfortzahlung

Die Angriffe der Kapitalisten auf die Lohnfortzahlung nehmen zu

Vertrauensleute der IG Metall aus verschiedenen Betrieben Heidelbergs berichten, daß dort die Geschäftsleitungen versuchen, Teilarbeitsunfähigkeit durchzusetzen. So z.B. die Firma Stieber, bei der ein an der Hand verletzter Dreher mit Teilezählen oder Ablagen beschäftigt werden sollte. Oder die Firma EGO, die plant, längere Zeit krankgeschriebene Arbeiter zu besuchen und sie mit „leichter Halbtätigkeit“ wieder „einzugliedern“. Dazu soll auch mit dem Durchgangsarzt zusammengearbeitet werden, der dann früher gesund oder gleich gar nicht krankschreibt, sondern „tauglich für leichte Arbeiten“. Oder die Kapitalisten nehmen gezielt Lohnkürzungen im Krankheitsfall vor. Die Geschäftsleitung der Firma Silit in Riedlingen streicht für jeden Krankheitsfall im Jahr zehn Prozent des Weihnachtsgeldes. Zugenommen haben auch die Fälle von Entlassungsandrohungen und Verweigerung der Lohnfortzahlung. Im Bocholter Telefonwerk, das zum Siemenskonzern gehört, weigerte sich die Geschäftsleitung, einer Arbeiterin, die nach dem Mutterschaftsurlaub krank wurde, den Lohn fortzuzahlen. Bei CF (Lederindustrie) kündigte der Kapitalist H. Freudenberg Anfang des Jahres an, daß mit „Fehlzeiten-Gesprächen“, Verwarnungen und Kündigungen der Krankenstand weiter gesenkt werden solle. Inzwischen hat CF den niedrigsten Krankenstand im Umkreis.

Die Kapitalisten haben sich zum Ziel gesetzt, das Lohnfortzahlungsgesetz zu Fall zu bringen. Da die Ein-

führung von Karenztagen etwa oder die zeitliche Staffelung der Höhe des fortzuzahlenden Lohnes nicht nur vom Parlament beschlossen werden müßte, sondern die Kapitalisten für einen großen Teil der Arbeiter und Angestellten dazu auch geltende Tarifverträge kündigen müßten, verlegt sich die Praxis der Kapitalisten vorerst auf einfacher zugängliche Methoden zur Umgehung der Lohnfortzahlung. Damit weichen sie zugleich das Lohnfortzahlungsgesetz auf.

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, BDA, hat im März in „Leitlinien für die soziale Sicherung unter veränderten wirtschaftlichen, sozialen und demographischen Bedingungen“ direkte Handlungsvorschläge für die einzelnen Kapitalisten und Personalabteilungen gemacht.

Die BDA empfiehlt etwa: „... dem arbeitsunfähigen Arbeitnehmer ist höchstens das vertragliche Arbeitsentgelt ohne die vorgenannten Sonderzahlungen (Prämien, Erschwerniszulagen u.ä., d.V.) zu gewähren ...“ Zur Verweigerung der Lohnfortzahlung schlägt sie den Kapitalisten vor, zu prüfen, ob nicht ein „Selbstverschulden“ des Arbeiters vorliegt. Die Krankmeldungen sollen so gestaltet werden, daß der Arzt nur noch entsprechende Rubriken ankreuzen muß. Die BDA schlägt weiter vor, daß der Arzt dem Betrieb mitteilen muß, ob Bettruhe, Hausaufenthalt oder ähnliches verordnet worden ist.

Quellenhinweis: BDA, Leitlinien für die soziale Sicherheit ... März 1982; BWK, Nachrichtenhefte 24/82 u. 26/82; Metall, 11/82.

Meeresbergbau kriegsflottenmäßig

Selten ist in den vergangenen Jahren die Raubgier der Imperialisten so deutlich zutage getreten wie in der Auseinandersetzung um die UNO-Seerechtskonvention. Die Imperialisten, wohl wissend, daß z.B. auf dem Boden des Pazifik Kobaltreserven lagern, die die bekannten Festlandsvorräte um das 15000fache übertreffen, Nickelvorräte vom 1500-fachen Umfang der Festlandsvorräte, Kupfervorkommen vom 150fachen Umfang, Zinkvorkommen vom zehnfachen Umfang, mindestens ebenso umfangreiche Manganvorkommen usw., fordern das Recht auf ungehinderten, sofortigen und damit auch alleinigen Zugriff auf diese Rohstoffe. Die Staaten der Dritten Welt dagegen verlangen, daß der Abbau dieser Rohstoffe von einer Internationalen Bergbaubehörde kontrolliert, begrenzt und notfalls auch ver-

boten werden kann. Neun Jahre hatte die UNO-Seerechtskonferenz getagt, bis am 30. April 130 Staaten gegen die Stimmen der USA, Israels, Venezuela und der Türkei — bei Stimmabstimmung u.a. der BRD — eine solche Konvention verabschiedeten. Nun hat Reagan erklärt, die USA würden die Konvention auf keinen Fall unterzeichnen, da der Zugriff der US-Bergbaumonopole auf diese Rohstoffe nicht für alle Zeiten gesichert und — man denke! — schon nach 20 Jahren Änderungen des Vertrags gegen die Stimme der USA möglich seien. Die Bundesregierung und die CDU/CSU reagierten mit verhaltenem bis offenem Triumph. Keine Ratifizierung, fordert jetzt die CDU/CSU. Die Bundesregierung will noch abwarten, ob die anderen EG-Staaten mitmachen. Wie aber wollen die Imperialisten gegen 130

Staaten ihren Willen durchsetzen? Der „Völkerrechtler“ Dr. Holzer aus Heidelberg am 12.7. in der FAZ: „Für das weitere Schicksal des Konferenzergebnisses wird die Haltung der Bundesrepublik nun von erheblicher Bedeutung sein. Eine Konvention, der sowohl die Vereinigten Staaten als auch Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft fernblieben, hätte keine Aussicht, das Seerecht in neue Bahnen zu lenken, auch wenn diese Konvention formell nach einer Ratifizierung durch 60 Staaten in Kraft treten würde. In einer solchen Situation käme es zu erheblichen Rechtsunsicherheiten.“ Wodurch? Na, durch einen Flottenverband, den die US- und/oder BRD-Imperialisten gegen unerwünschte Meeresbergbauer in Bewegung setzen könnten und der hundertmal wirksamer imperialistisches „Seerecht“ setzen würde, als jeder UNO-Beschluß!

Vorbereitungen für Aktionen am 12.9.

Auf Einladung des „Antifaschistischen Einheitskomitees im Ausland — BIRKOM“ trafen sich am 10.7. in Köln zahlreiche in der BRD arbeitende türkische Organisationen und einige westdeutsche Organisationen. Zur Beratung standen Aktionen anlässlich des zweiten Jahrestages der Militärjunta in der Türkei, die am 12. September in der Bundesrepublik stattfinden sollen. Einig waren sich alle Organisationen, daß ein einheitliches Vorgehen erreicht werden muß. Die meisten anwesenden Organisationen sprachen sich für eine bundesweite zentrale Demonstration am Samstag, den 11. September, in Frankfurt oder Köln aus. Viele Organisationen betonten, daß in diesem Jahr eine zentrale Aktion stattfinden muß, anstatt wie im letzten Jahr drei Demonstrationen. Mit großer Sorge wiesen viele Organisationen auf die schlechte Beteiligung westdeutscher Organisationen und Gruppen bei bisherigen Aktionen zur Unterstützung des antifaschistischen Widerstandes hin. Die Beseitigung dieses Mangels wäre dringend. Nicht nur hängt das Unterdruckerregime in der Türkei weitgehend von der Förderung und dem

Wohlwollen gerade der BRD ab, sondern versteht die BRD auch, ihre Drahtzieherei als Friedensstiftung auszugeben und so Maßstäbe für die Außenpolitik zu setzen. Im Protokoll der Versammlungsleitung erklärten sich folgende Organisationen bereit, sich weiter für die Durchführung zentraler bundesweiter Aktionen zum Jahrestag des Militärputsches einzusetzen: Halkın Kurtuluş, DİDF, BIRKOM, Cephe Birlik Yolu, Devrimci Sol, FİDEF, KA-WA, KKDK, KOMKAR, Partizan, Proleter Dayanışma, Denge Komal, DIB FAK, İsci Gerçegi, Gercek, KOC-KAK, HDF. Westdeutsche Organisationen: Türkei-Komitees, Initiative „Solidarität mit den Demokraten in der Türkei“, BWK, KPD, GIM. Zu weiteren Beratungen werden sich die Organisationen am 17. Juli zusammenfinden.

Schwierige Lage für OPEC-Länder

Die OPEC-Länder konnten sich auf ihrer außerordentlichen Konferenz am 11.7. in Wien zwar darauf einigen, die Gesamtfördermenge auf 17,5 Millionen Barrel Erdöl pro Tag zu beschränken. Auch der Listenpreis soll auf 34 Dollar

je Barrel festgelegt bleiben. Die Probleme sind damit aber noch nicht gelöst. Erst im März war beschlossen worden, durch abgestimmte Produktionseinschränkungen um fast zehn Prozent auf die jetzt gültigen 17,5 Mio. B/Tag zu versuchen, den Preisverfall zu stoppen. Die Imperialisten konnten jedoch die OPEC-Länder noch weiter unter Druck setzen und die Durchsetzung dieser Beschlüsse verhindern. Gegenüber dem Iran bestanden sie auf sofortiger Bezahlung für Lieferungen von Rohstoffen und Maschinen. Maßgeblich daran beteiligt waren westdeutsche Kapitalisten, vor allem Krupp und BASF, die ihre Exporte in den Iran 1982 beträchtlich steigern konnten. Da der Iran über keine Devisenreserven mehr verfügte, mußte er den Erdölpreis um bis zu 20 Prozent zurücknehmen, um dann das Doppelte der Fördermenge absetzen zu können. Durch Abbau ihrer Reserven und Preissenkung beim Nordseeöl senkten die Imperialisten ihre Käufe bei den OPEC-Ländern noch weiter. Der Preisverfall des Öls vergrößerte die Zahlungsschwierigkeiten von Irak, Libyen und Nigeria derart, daß auch sie den Preis senken und die Fördermenge erhöhen mußten.

„Integrations“-förderung

Inzwischen ist kaum mehr erträglich, wie diejenigen, die seit Jahren systematisch die Ausländerfeindlichkeit organisieren, streng gesetzlich und rechtsstaatlich natürlich, sich mahnend gegen die so genährte Ausländerfeindlichkeit wenden, um unter diesem Vorwand neue, noch weitergehende Unterdrückungsmaßnahmen vorzubereiten. Ende Juni haben der Westberliner CDU-Senat und der SPD-Vorstand einen Ausländerbericht bzw. Thesen zur Ausländerpolitik verabschiedet, die sich in den Grundzügen entsprechen. Beide plädieren für ein „friedliches Zusammenleben von Deutschen und Ausländern“, und zwar durch die „Integration“ der Ausländer.

Die müssen sich allerdings zunächst danach sortieren lassen, „ob sie hier bleiben und Deutsche werden oder wieder in ihre Heimatländer zurückkehren wollen“ (CDU), und zwar müssen sie sich „möglichst früh entscheiden“ (SPD). So wird, zusätzlich zur Spaltung in deutsche und ausländische Lohnabhängige, eine weitere Spaltungslinie zwischen „integrationswillige“ und „rückkehrwillige“ Ausländer gezogen. Man kann vermuten, daß die Aufenthaltsgenehmigungen für „rückkehrwillige“ Ausländer zeitlich stark beschränkt werden sollen. Für die „integrationswilligen“ Ausländer ist nun aber auch keineswegs die rechtliche Gleichstellung mit westdeutschen Staatsbürgern beabsichtigt, nein, sie müssen sich erst einmal verdienen, „Deutsche zu werden“, indem sie etwa in einer langjährigen „Integrationsphase“ unter Beweis stellen, daß sie „unsere Rechtsordnung achten und befolgen“ (SPD). Wer außerdem nicht bereit sei, seine Kinder bis spätestens zum Einschulungsalter in die BRD kommen zu lassen, habe „in letzter Konsequenz“ sein Aufenthaltsrecht verwirkt (SPD). Aus dem Bundesarbeitsministerium hört man eine andere Version: Der Familiennachzug solle zukünftig nur noch für Kinder bis sechs Jahren erlaubt werden. Aber das widerspricht sich ja nicht: Entweder holt der ausländische Arbeiter seine Kinder bis zu deren 7. Lebensjahr in die BRD, dann darf er (vielleicht) „Deutscher werden“, oder er will kein „Deutscher werden“, dann hat er auch keinen Anspruch auf Familie.

US-Regierung verbreitert die Schicht der Arbeiter mit Elendslöhnen

Die Reagan-Regierung hatte zu Beginn ihrer Amtszeit verkündet, die Menschen müßten von der staatlichen Abhängigkeit befreit werden, die Tatkräft aller müsse so gestärkt werden. Mit dieser Begründung kürzte sie die Leistungen der Sozialversicherungen, insbesondere der Arbeitslosenkassen, und schritt bei der Verbreitung von Elend und Hunger zu neuen Grenzen voran.

Schon 1980 mußten 10,4 Millionen zum Mindestlohn, derzeit elendigen 3,35 Dollar die Stunde, oder noch darunter arbeiten. Die Zahl ist seitdem rasch gestiegen. Die Entwicklung kann man gut sehen an einem Bericht aus dem Staat Michigan, wo die Arbeitslosenrate 15% beträgt. Dort meldete das Arbeitsamt für April 1982, daß für 25000 die Arbeitslosenunterstützung auslief. 56% der Arbeitsvermittlungen waren Arbeiten zum Minimumlohn, ein Jahr zuvor waren es nur 22%. In der Stadt Anderson, Indiana, mit einer Arbeitslosenrate von 20%, meldeten sich 500 Bewerber für 25 Arbeitsplätze zum Mindestlohn, als ein Restaurant eröffnet wurde.

Von den über 10,5 Millionen Arbeitslosen bekommen nur 44% Arbeitslosengeld. 1975 waren es bei 8 Millionen Arbeitslosen noch 67%. Nach 26 Wochen Arbeitslosigkeit – in 33 Staaten wegen der Höhe der Arbeitslosenrate in bestimmten Fällen 39 Wochen – sind die Arbeitslosen auf Wohlfahrtsunterstützung angewiesen. Das Arbeitslosengeld beträgt, je nach Staat verschieden, zwischen 55 und 130 Dollar die Woche. Die Wohlfahrtsun-

terstützung liegt noch darunter. In Philadelphia z.B. bekommt eine dreiköpfige Familie 318 Dollar den Monat. Wenn der Arbeitslose die ihm zugewiesene Arbeit nicht annimmt, wird ihm die Wohlfahrtsunterstützung gestrichen.

Die US-Kapitalisten hatten bisher schon breite Schichten dazu gezwungen, zum Mindestlohn oder noch weit darunter zu arbeiten: Jugendliche, Schwarze und Mexikaner, illegale Einwanderer, Hausfrauen. Sie hatten diese Teile der Arbeiterklasse in dem Teufelskreis von Zwang zur Arbeit bei Niedrigstlöhnen, geringes kurzfristiges Arbeitslosengeld, Wohlfahrtsunterstützung gehalten. Die Reagan-Regierung hat die Tore zu dem von ihr verkündigten „Neuen Zeitalter“ weit geöffnet: Sie nutzt die wachsende hohe Arbeitslosigkeit, um die Elendsschicht der Arbeiter, die gezwungen sind, zum Mindestlohn für die Kapitalisten zu arbeiten, stark zu verbreitern. Und: Sie hat gerade in den Bereichen Einbrüche erzielt, wo es den gewerkschaftlich hochorganisierten Arbeitern gelungen war, höhere Löhne durchzusetzen. Die Experten des Blatts der US-Finanzkapitalisten Wall Street Journal erwarten, daß von derzeit hunderttausenden Arbeitslosen in der Automobil-, Stahl- und Gummindustrie auch bei einer erneuten Steigerung der Produktion in diesen Branchen etwa 200000 keine Arbeit mehr finden. Die Bourgeois reiben sich die Hände: „Für sie, insbesondere in den Mittvierzigern oder älter, können Arbeiten zum Minimum

lohn mit wenig Sicherheit, geringen Versicherungszahlungen oder kaum Gelegenheit für Fortkommen zu einer dauernden Bedingung werden.“ Diese Teile der Industriearbeiter wird die US-Bourgeoisie in die Elendsschichten hinabstoßen und darüber den Druck auf den Lohnstandard der Industriearbeiter erhöhen.

Die Mindestlöhne, von denen sowie so große Bereiche, wie z.B. der Einzelhandel, kleinere Dienstleistungsbetriebe und die Farmarbeiter ausgenommen sind, sind der US-Regierung zu hoch. Die US-Imperialisten sehen noch Hemmschranken, daß das „Neue Zeitalter“ wirklich golden für sie wird. Die Reagan-Regierung hat daher einen Gesetzesantrag eingebracht, der einen so genannten Subminimumlohn vorsieht. Jugendliche zwischen 16 und 19 Jahren sollen für die Kapitalisten mit 75% des Mindestlohns arbeiten. 1981 verdienten nach Angaben des Arbeitsministeriums über 1,4 Millionen Arbeiter weniger als 3 Dollar die Stunde. „Eine Menge von Unternehmern zahlen jetzt illegal einen Subminimumlohn, deshalb können wir die Sache genauso gut legalisieren“, erklärte ein Wirtschaftsprofessor als Gutachter bei der Anhörung im Parlament.

Quellenhinweis: Wall Street Journal 29.6.82; US-Department of Labor, Monthly Labor Review 4/82

Mietgesetze

Mietsteigerungen um 30% in drei Jahren

Regierung und Opposition waren sich einig – die Mieten sind zu niedrig. Nur höhere Mieten würden die Kapitaleigner dazu bringen, wieder mehr in den Wohnungsbau zu investieren. Die Koalition stimmte gegen die CDU/CSU für die Änderung des Gesetzes zur Regelung der Miethöhe, die jetzt die Möglichkeit der Erhöhung der Mieten um 30% innerhalb von drei Jahren zuläßt. Die Staffelmiete für am 1.1.81 bezugsfertig gewordenen Wohnungen passierte genauso den Bundestag wie die obligatorische Einführung des Mietspiegels in Gemeinden ab 100000 Einwohnern, wobei der Mietspiegel nur die Wohnungsmieten der letzten fünf Jahre zur Grundlage hat und somit eine Verteuerung der Mieten bedeutet. Wohnungsbau minister Haack machte in der Bundestagsdebatte deutlich, daß den Vertretern der Versicherungswirtschaft diese Erhöhungen ausreichen und sie nun auch geneigt seien, im Wohnungsbau zu investieren.

Die CDU/CSU stimmte gegen die Gesetze, weil sie die Einführung der Staffelmiete nicht nur für Neubauten, sondern auch für den gesamten Woh-

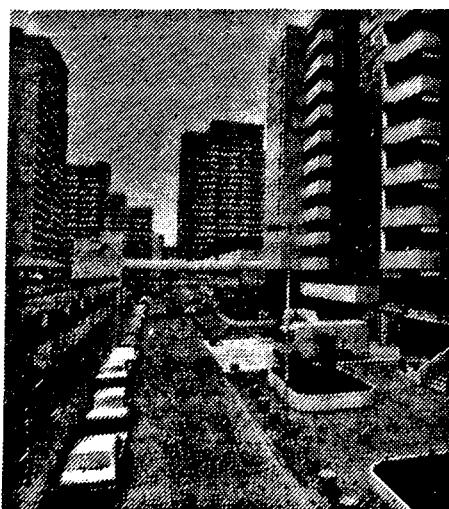


Der Reichtum der US-Imperialisten gründet auf der Armut der Massen

nungsbestand fordert. (Die Staffelmiete setzt das geltende Mietrecht außer Kraft, weil bei Vertragsschluß nicht mehr von einer fixen Miete, sondern von mehreren Mieterhöhungen ausgegangen wird.) Deshalb hat die CDU/CSU-Bundesratsmehrheit am 2.7.82 den Vermittlungsausschuß angerufen. Ziel ist, anschließend Einspruch gegen das Mietrechtsänderungsgesetz, das die Staffelmiete enthält, zu erheben. Der CDU/CSU ist daran gelegen, nicht nur der Versicherungswirtschaft die erhöhten Mieteinnahmen zu verschaffen, sondern auch den bessergestellten Bevölkerungsteilen dazu zu verhelfen, weitere Wohnungen zu bauen. Wertmäßig und auch von der Anzahl der Wohnungen her sind die privaten Haushalte die größten Investoren beim Wohnungsbau. Unter dem Begriff „private Haushalte“ verstecken sich einerseits Arbeiter- und Angestelltenhaushalte, aber andererseits auch kleine und mittlere Kapitalisten, die ihren privat angeeigneten Mehrwert wieder in Mietwohnungen investieren.

Es ist gut möglich, daß es Investitionssteigerungen durch die Gesetzesmaßnahmen geben wird. Höherverdienende werden womöglich das Eigenheim der teuren Mietwohnung vorziehen, und steuerliche Erleichterungen würden dafür schon im 2. Haushaltsgesetz verabschiedet. Und die kleineren und mittleren Kapitalisten werden investieren, weil sie eine höhere Rendite zu erwarten haben. Aber ganz sicher werden die Ärmsten das zu zahlen haben, und zwar ohne in den Genuß von besseren und billigeren Wohnungen zu kommen. Und die womöglich „geschaffenen Arbeitsplätze“ werden ganz sicherlich niedriger als vorher bezahlt sein, so daß es die Armen doppelt trifft. So hat es die Regierung wieder einmal geschafft, der CDU/CSU den Boden zu bereiten.

Quellenhinweis: Plenarprotokoll des deutschen Bundestages 9/103; Statistische Jahrbücher bis 1981; Bundestagsdrucksachen 9/791, 9/1679, 9/1680, 9/1681



Köln-Chorweiler: 30000 Bewohner in nur einem Kilometer Umkreis



Die CDU will Jugendliche ab 6 Uhr auf dem Bau sehen

Jugendarbeitsschutz

Die CDU findet den Normalarbeitstag „ausbildungshemmend“, da unflexibel

Mit dem Abtritt Ehrenbergs bleibt nicht nur die Reform der Arbeitszeitordnung vorerst offen. Damit zusammen werden verschiedene Möglichkeiten zur Verschlechterung des Arbeitsschutzes wiedereröffnet, an deren Ausschaltung sich speziell die CDU/CSU gemacht hat. Die CDU-Regierung von Rheinland-Pfalz hat einen Gesetzentwurf zur Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes in den Bundesrat zum 2. Juli 1982 eingebracht. Demnach sollen entscheidende Änderungen in den Paragraphen vorgenommen werden, die die Verteilung der Arbeitszeit innerhalb der Woche, die Nachtruhe und besondere Pausenräume für Jugendliche betreffen.

In den „Eckdaten zum Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes“, in das die bisherige Arbeitszeitordnung eingehen sollte, hatte das Ehrenbergministerium am 18.12.1981 seine Absicht dargelegt, mehrere Gesetze unangetastet zu lassen: „Spezielle Gesetze mit ausschließlichem Arbeitsschutzhalt, die besondere Personengruppen schützen, also das Jugendarbeitsschutzgesetz und das Mutterschutzgesetz, werden nicht einbezogen. Ebenso nicht einbezogen werden die in vielen Gesetzen verstreuten einzelnen Arbeitsschutzworschriften (z.B. im Seemannsgesetz, Atomgesetz, Sprengstoffgesetz und Chemikaliengesetz). Diese Arbeitsschutzworschriften sollen ihren gegenwärtigen Standpunkt behalten.“ (Hervorhbg. Red.)

Den Standpunkt, daß die tägliche Arbeitszeit grundsätzlich acht Stunden nicht überschreiten soll, will die CDU ändern. Die Ausdehnung der Tagesarbeitszeit auf achtseinhalb Stunden will

sie erreichen durch Umverteilung der Wochenarbeitszeit, so daß zum Schein die 40-Stunden-Woche gewahrt bliebe, eine Überarbeit aber dennoch stattfände. Die Ermöglichung des 8 1/2-Stunden-Arbeitstages will sie im § 8 dort angeschlossen haben, wo bisher nur die eine Ausnahme zugelassen war, daß in einer Woche ein Arbeitstag nach einem Feiertag ausfällt, z.B. der Freitag nach einem Donnerstag. War mit dieser Regelung die Erlaubnis für die Kapitalisten, den Normalarbeitstag auszudehnen, begrenzt, so soll das Verhältnis jetzt umgekehrt werden. In ihrer Begründung argumentiert die CDU, viele Betriebe machen am Freitag früher Schluß. Für die Ausbildung sei es aber eine „Unerträglichkeit“, wenn „den Jugendlichen verwehrt ist, die ausgefallene Arbeitszeit an anderen Werktagen nachzuholen“. Zuerst soll also den Kapitalisten erlaubt sein, Kosten zu sparen durch Zusammendrängung der Stunden in der Woche, in denen die Maschinen laufen, sodann sollen sie zusätzlich den Vorteil haben, die jugendliche Arbeitskraft an den meisten Tagen länger in der Produktion zu verwenden.

Der zweite wesentliche Angriffspunkt der CDU ist die Ausdehnung der täglichen Stunden, zu denen jugendliche Arbeitskraft in den normalen Gang der Produktion eingespeist werden kann. Die beantragten Änderungen des § 14 zielen darauf ab, den Arbeitsbeginn nach vorn und das Arbeitsende nach hinten zu verlegen.

Nach der bisherigen generellen Festlegung, daß Jugendliche nur zwischen 7 und 20 Uhr beschäftigt werden dürfen, soll eingefügt werden, daß Ju-

gendliche über 15 Jahren in Bäckereien und Konditoreien ab 6 Uhr „ausgebildet“ werden dürfen. Auch hier zeigt sich die schlechte Wirkung von bestehenden Ausnahmen. In diesen Bereichen setzt die Reaktion an, um den Schutz der jugendlichen Arbeitskraft zu zersprengen. Durften bisher schon in Bäckereien Jugendliche über 16 Jahren ab 5 Uhr beschäftigt werden, so soll jetzt ein großer Schub jugendlicher Arbeitskraft in die Nachtarbeit eingenhen. Neu ist die geplante Regelung für 17jährige. Die CDU hält für ihre Ausbildung erforderlich, daß sie nicht nur ab 4 Uhr Brötchen backen, sondern ab 6 Uhr auch Wurst machen und Kranken pflegen.

Infam unauffällig ist die Streichung der Wörter „außerhalb eines Berufsausbildungsverhältnisses“ im dritten Absatz, der die Beschäftigung Jugendlicher über 16 Jahren betrifft. Angestrebt wird damit nämlich die Ausdehnung der Arbeit in mehrschichtigen Betrieben zwischen 6 und 23 Uhr auf alle Lehrlinge.

Steht auch die erleichterte Ausbeutung von Frauenarbeit auf dem Bau, die in der Ehrenbergnovelle geplant war, dahin, so hindert das doch die Bourgeoispolitiker nicht, auf Bau- und Montagestellen die Arbeit ab sechs Uhr für 16jährige einzuführen. Zur Begründung haben sie sich etwas einfalten lassen. In diesem Fall sollen die Jugendlichen für die schlechten Verkehrsverbindungen für die Lohnabhängigen büßen. Die gemeinsame An- und Abfahrt mit den Erwachsenen soll gewährleistet sein, weil es sonst für die Jugendlichen so teuer wird. Schließlich haben die Kapitalisten Verständnis dafür, daß ein Jugendlicher sich kein Privatfahrzeug leisten kann.

Der dritte Punkt betrifft die Vorschrift des § 11, daß in Betrieben, die regelmäßig mehr als zehn Jugendliche beschäftigen, für diese besondere Pausenräume eingerichtet werden müssen, in der warmen Jahreszeit nach Möglichkeit auch im Freien. Die CDU will diese besseren Bedingungen für die Erholung ersatzlos streichen. Sie behauptet kalt, sie hätten sich als „nicht erforderlich“ erwiesen. Sie hält es des Guten schon zuviel, daß überhaupt Pausenräume für mehr als zehn Beschäftigte nach der Arbeitsstättenverordnung da sein müssen.

Die IG Metall hat den Bundesrat aufgefordert, diese Änderungen des Jugendarbeitsschutzes abzulehnen. Der DGB Rheinland-Pfalz sowie die Gewerkschaften NGG und Bau, Steine, Erden führten am 1. Juli vor dem Sozialministerium in Mainz Protestdemonstrationen durch gegen den Abbau von „Minimalbedingungen“ des Jugendarbeitsschutzes.

Quellenhinweis: Welt der Arbeit, 1.7.1982; Bundesratsdrucksache 246/82

AEG Regierung soll Bankenrisiko übernehmen

Das AEG-Bankenkonsortium, unter anderem Dresdner Bank, Deutsche Bank, Commerzbank, hat am 10. Juli zusammen mit dem AEG-Vorstand ein Konzept vorgelegt, wie zumindest für die nächsten drei Monate die Zahlungsfähigkeit des zweitgrößten westdeutschen Elektrokonzerns gesichert werden soll. Die Banken gewähren im Gegenzug der AEG einen „Liquiditätsstützungskredit“ von rd. 300 Mrd. DM, bis das von der Bundesregierung angeforderte Gutachten über das Sanierungskonzept des AEG-Vorstandes vorliegt. Die Banken erhalten als Sicherheit für den Überbrückungskredit die Anteile, die AEG gemeinsam mit Bosch an dem Bereich Kommunikationstechnik hält. Wenn das Gutachten positiv ausfällt – es soll in zwei bis drei Monaten vorliegen – würde die Bundesregierung eine Finanzbürgschaft von einer Milliarde DM übernehmen. Die Bundesregierung übernimmt so zu einem erheblichen Teil die Risikoabsicherung der Banken, die den AEG-Konzern wieder zu einer profitablen Anlage ihres Kapitals (50% des AEG-Kapitals gehören den Banken) machen wollen. Die Bundesregierung entscheidet am 14. Juli über dieses Konzept, das Ergebnis lag bei Abschluß des Artikels noch nicht vor.

Um diese Exportbürgschaft nach den Haushaltsbestimmungen möglich zu machen, hat der AEG-Vorstand die Gründung einer „AEG-Export-GmbH“ vorbereitet. Damit wäre ein weiterer Schritt des „Konzepts AEG '83“ verwirklicht, der die Umgruppierung des Konzerns in die Bereiche AEG Technik AG und AEG Konsum AG vorsieht (s. Pol. Berichte 14/82). Der Hauptteil der Export GmbH läge beim Unternehmensbereich Anlagen-technik, der zusammen mit den Rüstungsbereichen die AEG Technik bilden soll.

Laut FAZ will Lambsdorff bis zur endgültigen Entscheidung über die Finanzbürgschaft von einer Mrd. DM noch folgende Dinge geklärt haben: Welcher Konzern wird sich an der künftigen AEG Technik beteiligen? Bisher zeigt die britische GEC Interesse, allerdings sollen auch Gespräche mit Bosch, Mannesmann und Daimler Benz stattgefunden haben. Zweitens sollen, so Lambsdorff, die Banken höhere Mittel zur Verfügung stellen, „damit sich das Unternehmen auf einer kleineren Basis „gesundschrumpfen“ könne“. Und drittens ist nach Lambsdorffs Meinung der vom AEG-Vor-

standsvorsitzenden Dürr vorgelegte Plan für den Haushaltbereich unzureichend, der Kapazitätsabbau reiche nicht, positiv sei allerdings der Versuch, verstärkt Teile aus dem Hausratbereich an Konkurrenten wie Siemens zu verkaufen.

Die IG Metall hat in Gesprächen mit Dürr und GEC-Management, die am 10. Juli stattfanden, weiterhin die Beteiligung des britischen Elektrokonzerns an der AEG abgelehnt. Die IG Metall fordert statt dessen direkte Staatsbeteiligung am AEG-Konzern, „verbunden mit konkreten Beschäftigungs- und Standortauflagen“. Es ist trügerisch, von einem Aktienankauf durch den Staat zu erhoffen, daß die Profiterhöhungsmaßnahmen nicht so



In den vergangenen Wochen fanden in zahlreichen AEG-Betrieben Aktionen der Beschäftigten statt, wie hier in Westberlin.

scharf ausfallen würden. Das Eingreifen eines Lambsdorff bei AEG war jedenfalls nicht von Rücksichtnahme auf die Gewerkschaften bestimmt – es waren die Banken, die diktieren.

Quellenhinweis: Handelsblatt, FAZ, 2. bis 13.7.1982; Metall 13 und 14/82

Gesundheitswesen Neue Gebührenordnung für Ärzte

Arbeitsminister Westphal hat einen neuen Entwurf der „Gebührenordnung für Ärzte“ (GOÄ) vorgelegt. Die Ärzteverbände bekämpfen den Entwurf. Um was geht es?

Der niedergelassene Arzt erstellt aufgrund der seit 1965 unverändert gelgenden GOÄ Rechnungen für Privatpatienten. Darin sind über 2000 Leistungen mit einem DM-Betrag, dem sogenannten Gebührensatz, aufgeführt. § 2 GOÄ: „Die Vergütung bemisst sich nach dem Einfachen bis Sechsfachen der Sätze ... Innerhalb dieses Rah-

mens sind die Gebühren unter Berücksichtigung des ... einzelnen Falles ... und der Vermögens- und Einkommensverhältnisse des Zahlungspflichtigen ... zu bestimmen.“

Im neuen Entwurf heißt § 5: „... In der Regel darf eine Gebühr nur zwischen dem Einfachen und dem 2,3fachen des Gebührensatzes bemessen werden ... Gebühren für die in den Abschnitten ... genannten Leistungen (sog. Sachleistungen, z.B. Bestrahlung, d.V.) bemessen sich ... mit der Maßgabe, daß an die Stelle des 2,3fachen das 1,8fache des Gebührensatzes tritt.“

Ein Beispiel: Für die „Beratung eines Kranken bei Tage“ sah die GOÄ bisher 3 DM vor. Maximal konnten also 18 DM abgerechnet werden. Bei der neuen GOÄ könnten noch maximal 6,90 DM abgerechnet werden. Für dieselben Leistungen bei einem Kassenpatienten erhält der Arzt in Bayern (niedrigste Arzthonorare) 7,01 DM.

Was interessiert dies einen pflichtversicherten Lohnabhängigen? Immerhin sind 7,5% der Bevölkerung privat versichert, davon verdienen 47% bis 2200 DM netto. Ferner findet die GOÄ mit festen Sätzen Anwendung

bei der Behandlung von Bereitschaftspolizei, Teilen der Bundesbahnbeamten, Bundesgrenzschutz, Bundeswehr, Postbeamten Gruppe A, Zivildienstleistenden sowie bei Postdienstunfall und Arbeitsunfall der Pflichtversicherten. Von der geplanten Einkommenskürzung der selbständig wirtschaftenden Ärzte („Umsatzverluste bis 50%“, in: Der Niedergelassene Arzt, 2.7.82) haben die Sozialversicherten nur Nachteile zu erwarten: Die Ärzte werden mit weniger Personal in kürzerer Zeit mehr Patienten durchschleusen, sie werden gegen die Ausbildung von ausreichend vielen Ärzten gewonnen werden aus Furcht vor Konkurrenz. Sie werden einsetzbar zu immer neuer Kostendämpfung gegen die Versicherten, wenn ihnen nur Hoffnung gemacht wird, damit ihre Existenz als „Freiberufler“ zu retten.

Die schwachen Argumente der Standardsvertreter: die Vertragsfreiheit werde verletzt, die Einheit ärztlichen Handelns zerstört, der Weg in die Einheitsversicherung werde geebnet (Deutsches Ärzteblatt, Nr. 21 und 24/82) – zeigen diese Gefahr.

Quellenhinweis: Deutsches Ärzteblatt 8/81, 21/82, 24/82; Der niedergelassene Arzt 19/82

„taz“-Debatte

„Alternatives“ zum Libanon-Krieg auf dem Mist der Reaktion gewachsen

Was ist, wer den israelischen Aggressionenkrieg gegen den Libanon verurteilt? – Ein Antisemit.

Bisher schlug solches den Gegnern des zionistischen Kolonialstaates Israel vornehmlich aus Springer-Zeitungen entgegen. Daß diese Ansicht nun auch in die „Tageszeitung“ eindringen kann, obwohl diese ansonsten deutlich gegen die Libanon-Invasion Stellung bezieht, ist allerdings neu. Daß der Autor des entsprechenden Artikels („Palästina, Israel und die Deutschen – Entlastung für Auschwitz“, 28.6.), Wolfgang Pohrt, sich in der „taz“ entfalten kann, muß zu denken geben.

Gerade deshalb, weil der Vernichtungsfeldzug gegen das palästinensische Volk einen Großteil derjenigen, die sich hierzulande der „Friedensbewegung“ zurechnen, fast gänzlich unbewegt läßt. Zwar fanden und finden in etlichen Städten der BRD und in Westberlin Demonstrationen statt, aber ihre Teilnehmerzahlen übersteigen selten einige Hundert. Von den mehreren Hunderttausend, die am 10.6. der Losung „Aufstehen! Für den Frieden“ folgten, blieben im Angesicht des Krieges, der zwar ohne direkte militärische Beteiligung der NATO, aber in ihrem Auftrag entfesselt wurde, die allermeisten still sitzen. Die Debatte, die sich nun seit einigen Wochen in der

„taz“, die sich selbst als Sprachrohr der „Bewegung“ versteht, entwickelt hat, bestätigt schlimmste Befürchtungen: daß nämlich die imperialistischen Kriegstreiber auf nur schwachen Widerstand stoßen, wenn sie ihren Krieg so gar nicht nach den naiven Vorstellungen eines atomaren Infernos führen, wenn sie die BRD oder das christlich-abendländische Europa selbst nicht in ein „Schlachtfeld“ verwandeln, sondern das ferne Argentinien oder den feinen Libanon. Mehr noch, daß sich in der „Bewegung“ selbst Leute finden, die an der Rechtfertigung dieser „realen“ Kriege arbeiten, und zwar immerhin mit dem Erfolg, daß man ihre „Meinung“ gelten läßt.

Angefangen hatte die Debatte in der „taz“ mit einem Kommentar von Reinhard Hesse (15.6.), der unter der Überschrift „Umgekehrter Holocaust“ die Feststellung traf: „Die israelischen Invasionstruppen im Libanon steuern eine ‚Endlösung‘ der Palästinenserfrage an. Die Truppen haben den eindeutigen Befehl, ganze Ortschaften auszuradieren, Tausende von Zivilisten zu ermorden.“

Diese einfache, täglich aufs Neue von Israel selbst bewiesene Feststellung rief unter einem Teil des „taz“-Publikums empörten Protest hervor, der in besagtem Artikel von Wolfgang Pohrt



Herzliches Einverständnis

seinen Höhepunkt fand. Dieser sieht, so sagt er, in der „verlogenen Zweckpropaganda“ von „Völkermord, Holocaust und Vernichtung“ den Versuch der „Entlastung für Auschwitz“, der „Rehabilitierung Deutschlands als Nation“.

Nun läßt sich in der Tat über den Begriff „Holocaust“ in Zusammenhang mit dem israelischen Aggressionenkrieg streiten. „Holocaust“ zieht die Parallele zu Gaskammern und Verbrennungsöfen, zur millionenfachen Vernichtung der Juden durch den Hitlerfaschismus und trägt, weil diese Parallele so offensichtlich nicht zu ziehen ist, zur Verharmlosung bei: nicht zur Verharmlosung der Judenvernichtung, sondern zur Verharmlosung der Vernichtung und Vertreibung der Palästinenser. „Unter die Völkermorde subsumiert, kann der Libanonkrieg nur als Kavaliersdelikt betrachtet werden“, schreibt dann gleich auch Pohrt, und ähnlich war der Tenor einiger Leserbriefe in der „taz“.

Trägt also „Holocaust“ zur Aufklärung über die Absichten der israelischen Aggression nichts bei, so wird die Verbindung von „Holocaust“ mit „umgekehrt“ direkt falsch. „Umgekehrter Holocaust“ würde ja besagen, daß die jüdischen Opfer des Faschismus bzw. die Überlebenden des millionenfachen Mordes nun ihrerseits das Verbrechen des Massenmordes begehen. Das täuscht jedoch darüber hinweg, daß die Zionisten, die das Kolonialgebilde Israel auf der Vertreibung und Unterdrückung des palästinensischen Volkes errichteten und die zwecks Errichtung von „Groß-Israel“ das palästinensische Volk als Volk zu vernichten entschlossen sind, mit den jüdischen Opfern des Faschismus nichts, mit ihren Henkern dagegen viel gemein hatten.

So hat der damalige Chef der zionistischen Terrororganisation Irgun, Menachim Begin, noch 1939 dem Deut-

schen Reich das Angebot gemacht: „Die Errichtung des historischen Ju-denstaates auf nationaler und totalitärer Grundlage, der in einem Vertrags-verhältnis mit dem deutschen Reich stände im Interesse der Wahrung und Stärkung der zukünftigen deutschen Machtposition im Nahen Orient.“ Der führende NSDAP-Theoretiker Rosenberg hatte schon 1920 geschrieben: „Der Zionismus muß tatkräftig unterstützt werden, um jährlich eine bestimmte Anzahl deutscher Juden nach Palästina ... zu befördern.“ (1) Daß die faschistische deutsche Reichsbourgeoisie diesem Ratschlag folgte mit dem Ziel, im Nahen Osten einen eigenen Stützpunkt gegen die arabischen Völker und gegen die britischen Konkurrenten zu errichten, werden wir in der nächsten Ausgabe der „Politischen Berichte“ ausführen. Auf ihr Konto jedenfalls geht nicht nur die Judenvernichtung in Deutschland, sondern zum Gutteil auch die Vernichtung und Vertreibung der arabischen Bevölkerung in Palästina. Die engen Beziehungen, die die Erbfolger der deutschen Reichsbourgeoisie mit Israel unterhalten, bedeuten deshalb alles andere als den Bruch mit der Politik des Faschismus, vielmehr knüpft die finanzielle und militärische Unterstützung der BRD für alle zionistischen Aggressionen direkt an den reichsdeutschen Expansionsplänen an. „Umgekehrter Holocaust“ also? „Fortgesetzte Vernichtungspolitik“ trifft den Charakter und die Mit-Verantwortlichen des Massakers im Libanon doch eher.

Würde „taz“-Autor und „Holocaust“-Kritiker Pohrt lediglich auf der „Einmaligkeit“ des faschistischen Massenmordes beharren, könnten wir uns die Antwort sparen. Er tut dies aber einzig zu dem Zweck, die zionisti-

schen Aggressoren und ihre Hintermänner, Auftraggeber und Finanziers reinzuwaschen. Und nicht nur das! Durch alle „Argumente“, die er zur Rechtfertigung dieses Krieges, d.h. des Libanon-Krieges, zur Unterdrückung dieses, d.h. des palästinensischen Gegners der Imperialisten anführt, scheint das Interesse hindurch, eine *allgemeine* Zustimmung zu imperialistischer Politik und zum imperialistischen Krieg zu erreichen, unter bestimmten Bedingungen eben.

So schreibt er: „Gewiß wurden schon vor dem Libanon-Feldzug die Palästinenser von Israel unterdrückt, in Einzelfällen gefoltert; dies aber unter Bedingungen, unter denen es in Deutschland längst keine parlamentarische Demokratie, keine Opposition und keine bürgerlichen Freiheitsrechte mehr gäbe.“ Na bitte, angesichts solch „freiheitlich-demokratischer“ Unterdrückung ist doch Kritik, gerade von „Deutschen“ und von „deutschen Linken“, deren Gesinnungsgenossen sich seinerzeit von den Faschisten haben einsperren und zu Zehntausenden ermorden lassen, wirklich unangebracht. Umgekehrt gilt dann natürlich, daß alles, was etwa die westdeutschen Imperialisten, die US-Imperialisten und ihre NATO-Verbündeten tun oder tun wollen, nur halb so schlimm ist, solange es nur „parlamentarische Demokratie, Opposition und bürgerliche Freiheitsrechte“ gibt. Setzt sich diese „Meinung“ durch, dann allerdings können die Finanzbourgeois auf den faschistischen Terror verzichten, den sie in Deutschland von 1933 an in der Vorbereitung ihres Krieges um die Neuauftteilung der Welt ausübten.

„Ob im Recht oder im Unrecht – jedenfalls sind die Palästinenser für Israel eine reale Bedrohung.“ Also darf,

einzig mögliche Schlußfolgerung, Israel sich „wehren“. „Die einzige Frage, die hier Rätsel aufgeben kann, lautet: Warum waren die Machthaber in Israel so zimperlich? Warum sorgte Israel nicht dafür, daß militante Schülerdemonstrationen in Hebron und Ramallah nicht mehr stattfinden können?“ – Eine „reale Bedrohung“ des „freien Westens“ weisen die NATO-Strategen schon seit über 30 Jahren, und nicht erst seit der SS-20, nach. Warum sind sie eigentlich so „zimperlich“? Warum sorgten sie nicht dafür, daß militante Warschauer-Pakt-Manöver nicht mehr stattfinden können? Die sowieso nur siebtrangige Frage nach „Recht oder Unrecht“ ist zudem durch die Existenz der „parlamentarischen Demokratie“ samt „Opposition und bürgerlichen Freiheitsrechten“ im eben deshalb „freien Westen“ doch auch entschieden.

Und schließlich, nachdem sich der „taz“-Autor lang und breit über den „Kampf für völkische Einheit und nationale Selbstbestimmung auf heimatlicher Scholle“ ausgelassen hat, der sowohl von dem palästinensischen Volk wie von Israel geführt werde, dementsprechend die „gleichen Rechte“ von „Palästinensern und Israelis“ und das ausschlaggebende Recht des Stärkeren hervorgehoben hat, zieht er die „Lehre“: „Daß man vertreiben und verfolgen muß, will man nicht zu den Verfolgten und Vertriebenen zählen.“ Natürlich sagt er das nicht so, der Gleichklang mit Hitlers Ausführungen in „Mein Kampf“ wäre allzu offensichtlich. Aber das sei eben die Lehre, die „jene Juden, die Israel gründeten“, gezogen haben und die selbstverständlich auch die Palästinenser ziehen würden. Die westdeutsche Bourgeoisie, die sich bekanntlich ihr „Vertriebenenproblem“ warmhält, wird solche „Lehren“ in Zeitungen wie der „taz“ wärmstens begrüßen.

(1) Alfred Rosenberg, *Die Spur der Juden*, München 1920, S. 161; Quellenhinweis: „Die Tageszeitung“, 15. – 28.6.1982



Palästinenser werden zusammengetrieben, gefesselt, gedemütigt, geschlagen, getötet. Auch der Terror gegen die Gefangenen, von den Zionisten nicht als Kriegsgefangene, sondern als „Terroristen“ behandelt, gehört zu Israels Endlösungsstrategie – für „taz“-Autor Pohrt ein „Kavaliersdelikt“.

Israel PLO läßt „nationalen Konsens“ zerbröckeln

Zusammen mit Kräften der nationalen libanesischen Front und mit syrischen Truppen haben die militärischen Einheiten der PLO einen israelischen „Blitzsieg“ verhindert. Je länger aber die Invasion andauert, ohne ihre erklärten Kriegsziele zu erreichen, desto weniger kann das israelische Kolonialregime die Verluste dieser imperialistischen Operation verheimlichen. Soldaten fallen und werden in ihren Heimatorten beerdigt, Verwundete kommen

zurück. Frontreporter der zionistischen Presse bangen um die Truppenmoral, weil die Soldaten die Kriegsziele nicht einsehen könnten: vor allem nicht, da die bisherigen und die absehbaren Verluste ihnen vor Augen stünden.

Inzwischen spricht z.B. selbst die israelische Zeitung „Haolam Hazeh“ von 1800 toten und 8000 verwundeten israelischen Soldaten bis zur ersten Juliwoche. Eine andere Zeitung interviewt den Kommandeur einer Panzer-einheit aus der Elitebrigade Golani, der am 5. Invasionstag verletzt wurde. Er teilt mit, allein an diesem Tag 22 Panzer und 18 Soldaten verloren zu haben, außerdem seien 37 Soldaten schwer verletzt. Die palästinensischen Streitkräfte hätten sich mit seinen Soldaten eine schwere Schlacht geliefert,



80000 in Jerusalem gegen den Libanonkrieg

nicht zu vergleichen mit all den Schlachten, die er schon geführt habe.

Unmittelbar nach Beginn der Invasion verurteilte die palästinensische Generalunion der Arbeiter auf dem Westufer (des Jordan) die Invasion und beschuldigte die USA der Kollaboration. Ebenso protestierten die palästinensischen Bürgermeister. Palästinensische Zeitungen unterstützten die PLO als alleinige Vertretung des palästinensischen Volkes und ihren Kampf in West-Beirut. In den Städten und Dörfern des Westjordanlandes tauchten Parolen gegen die Invasion und für die PLO auf. Das israelische Regime antwortete mit Verschärfung der Preszensur, Amtsenthebungen von Bürgermeistern, mit Polizei- und Militäreinsätzen. Am 15.6. sprach der Innenminister von den Gefahren an der „inneren Front“ und der Möglichkeit bewaffneter Auseinandersetzungen mit Palästinensern „in Israel“.

Am 13. Juni sah sich die Zeitung „Haarez“ dann gezwungen, einen Aufruf linksliberaler Israelis der Gruppe „Befreites Gebiet“ gegen den Krieg zumindest als Anzeige abzudrucken, nachdem sie ihn eine Woche zurückgehalten hatte. Am gleichen Tag fand mit

500 Teilnehmern die erste von verschiedenen kleineren Demonstrationen in Jerusalem statt. Für den 26. Juni rief das Komitee „Gegen den Krieg im Libanon“, das sich aus Kräften des Widerstandes gegen die israelische Siedlungspolitik entwickelt hatte, zu einer Demonstration auf. An ihr beteiligten sich rund 15000.

Am gleichen Tag forderte Verteidigungsminister Sharon die Bevölkerung im Fernsehen auf, jetzt geschlossen auszuhalten, um die Früchte des seit drei Wochen andauernden Krieges zu ernten: freie Hand in Beirut und im Libanon.

Mit Rückendeckung der USA ließ sich Begin nach seiner Rückkehr vom Besuch bei Reagan diese Kriegsziele im Parlament bestätigen. In der ersten Juliwoche wurde im Westjordanland ein zweitägiger Generalstreik durchgeführt. Streiks und Demonstrationen führten zu heftigen Auseinandersetzungen mit den israelischen Besatzern, die drei Menschen töteten.

Erst jetzt waren auch die Kräfte der sozialdemokratischen und liberalen Friedensbewegung „Frieden jetzt“ zu Aktionen gegen den Krieg bereit. Am 4. Juli fand die bisher größte Demonstration mit rund 80000 Teilnehmern in Jerusalem statt. Die Führung der oppositionellen Arbeiterpartei hatte sich gegen die Demonstration ausgesprochen.

Der militärische Widerstand der PLO in West-Beirut und im Südlibanon lässt den „nationalen Konsens“ der imperialistischen Teilhaberkolonie für die Vormarschpläne ihrer Hauptaktionäre zerbröckeln: der USA, der BRD, Großbritanniens und Frankreichs.

Quellenhinweis: Palästina Bulletin, Hrsg. Informationsstelle Palästina, Kaiserstr. 237, Bonn; Al-Fajir, englischsprachige palästinensische Wochenzeitung, Ost-Jerusalem; Jerusalem Post; Die Tageszeitung

EG-„Ernährungsstrategie“ Satt werden davon die Imperialisten

„Das Übel an der Wurzel packen“ – so kennzeichnet EG-Kommissar Pisani die Änderungen des EG-Konzepts für die „Linderung des Hungers“ in der Dritten Welt. Vieles spricht dafür, daß die Ruinierung der Kleinbauern mit Hilfe der bisher verfolgten „Schenkungen“ der EG-Imperialisten nicht schnell genug geht. Bisher haben die EG-Imperialisten ihre überschüssigen Milchpulver- und Butterölbestände zu Schleuderpreisen in der Dritten Welt verkauft und die Erlöse als „Entwicklungs hilfe“ eingesetzt. Bei Getreide-, „schenkungen“ kauften sie regionale Getreideproduktionen billigst direkt

nach der Ernte auf und verkauften sie – bei gleicher Verwendung der Erlöse – in den Hungergebieten der Dritten Welt. „Teuren Importweizen“ würden diese Völker sowieso nicht essen, war die offizielle Begründung.

Mit ihrem neuen Konzept konzentrieren sich die EG-Imperialisten erstmal auf die drei afrikanischen Staaten Kenia, Mali und Sambia. Gegen diese Staaten haben sie Verträge durchsetzen können, die ihnen weitgehende Eingriffe in die Wirtschaftspolitik erlauben. Die EG verpflichtet sich, vor allem das Transportwesen dieser Länder auszubauen. Mali, Kenia und Sambia sind verpflichtet, „eine andere Wirtschaftspolitik“ zu verfolgen: „Allmählich sollen die Löhne angehoben werden, damit der einheimische Bauer mehr Geld für seine Erzeugnisse erhalten kann. Für ihn entsteht damit ein Anreiz zur Produktion. Zum ersten mal sollen die armen Bauern in die Lage versetzt werden, Werkzeuge, Dünger und Pflanzenschutzmittel zu kaufen“, so „Die Welt“.

Die angesprochene Anhebung der Löhne ist bloße Augenwischerei. Ohne hin gehörten die meisten Erdnuß- und Baumwollplantagen Malis, die Kaffee-farmen Kenias und die Kupferminen Sambias europäischen Kapitalisten.

Für die kleinen Bauern, die zu großen Teilen schon jetzt kaum mehr produzieren können, als sie selbst verbrauchen, bzw. über die Lebensmittelproduktion für die Selbstversorgung hinaus im wesentlichen Industriepflanzen wie Baumwolle oder Kaffee anbauen, nützt diese „Ernährungsstrategie“ nichts. Wollen sie sich, wie die EG wünscht, Pflanzenschutzmittel, Landmaschinen und Dünger kaufen, so müssen sie Kredite aufnehmen. Da wird die EG dann zur Stelle sein – und die Bauern so in ein ruinöses Kreditwesen verstricken und ihnen zudem die Lieferbedingungen diktieren. Schließlich haben sich die EG-Imperialisten den Zugriff auf ein weiteres Heer ruiniertischer bäuerlicher Arbeitskräfte gesichert. Deren Ausbeutung mittels Kapitalexport zu sichern, dürfte dann nicht mehr schwierig sein – für den Ausbau einer Infrastruktur, die ihren Produktionswünschen angespaßt ist, wollen die EG-Imperialisten ja selbst Sorge tragen.

Neu ist dieses Konzept wahrhaftig nicht – die Weltbank praktiziert es seit Jahren. Die Ernährungsprobleme der drei Staaten werden so auch nicht gelöst werden. Die Beseitigung der Monokulturen führt die EG-Kommission zwar als Ziel an, sie wird aber das Gegen teil erreichen – was den Ruin der Bauern beschleunigt.

Quellenhinweis: Entwicklungspolitik, Spiegel der Presse, 12/82; Entwicklungspolitik, Materialien Nr. 69, Hrsg. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Welternährung, Dezember 1981

„Insel der Freiheit im Meer des Totalitarismus“: Die Frontstadt für den Frontstaat

„Diese Stadt weist jeden ihrer Besucher eindringlich auf die ungelöste deutsche Frage hin, auf die für alle Deutschen schmerzliche Teilung unseres Vaterlandes. Die Mauer, die Sie gesehen haben, Herr Präsident, symbolisiert den Riß, der quer durch diese Stadt geht, der durch unsere Nation geht und durch das Empfinden jedes Deutschen ... Die Berliner leben auf einer Insel der Freiheit ...“ Weniger die Stadt als vielmehr der „Bundeskanzler aller Deutschen“, Helmut Schmidt, wies mit diesen Worten US-Präsident Reagan vor 20000 Westberlinern im Schloßgarten Charlottenburg am 11.6.82 *eindringlich* auf den spezifisch *deutschen* Beitrag im Kampf um die Freiheit hin, den die NATO weltweit ficht – außer in den Teilen, die ihr unverschämterweise noch immer durch den „Eisernen Vorhang“ und jenen Riß versperrt sind. Ronald Reagan funkte zurück: „Hier in Berlin zu sein, heißt wahrhaftig am Rande der Freiheit und im Schatten einer Mauer zu stehen, die zum Symbol der schwärzesten Schatten in der heutigen Welt geworden ist, und zu spüren, wie leuchtend und unbelzahlbar unser Erbe der Freiheit ist – und wie sehr es der ständigen Wachsamkeit und des ständigen Schutzes bedarf ... Wir alle erinnern uns an die bewegenden Worte John F. Kennedys, als er Berlin besuchte. Ich kann nur hinzufügen, daß wir in Amerika und im Westen noch immer Berliner sind und auch immer bleiben werden. Und ich sage dies mit Stolz: „Es ist schön, wieder zu Hause zu sein.““

Nach dem NATO-Kriegsrat in Bonn demonstrierten die politischen Repräsentanten der beiden mächtigsten Staaten der NATO-Kriegsallianz in der Frontstadt erneut ihren in aller Offenheit formulierten Anspruch, nun langsam zur Endabrechnung mit jenen Mächten zu schreiten, in deren Staaten es der NATO und insbesondere den westdeutschen Imperialisten seit nunmehr über 30 Jahren und länger verwehrt ist, „zu Hause zu sein“.

Diesen Anspruch hatten die Reste der deutschen Reichsbourgeoisie, kaum war ihnen die faschistische Herrschaftsform zerschlagen und 1945 eine vernichtende Niederlage beigebracht worden, wieder in alle Welt posaunt. Bundeskanzler Adenauer 1950: „Unser Ziel ist die Befreiung unserer 18 Millionen Brüder und Schwestern in den Ostgebieten. Bis jetzt hat man immer von der Wiedervereinigung

Deutschlands gesprochen. Wir sollten lieber sagen Befreiung ... Es geht nicht nur um die Ostzone, es geht darum, ganz Europa östlich des Eisernen Vorhangs neu zu ordnen.“

Um diese hehre Aufgabe erneut anzufassen, waren Deutschland und Berlin gespalten worden. Zum Glück konnte Westberlin dem freien Westen erhalten werden, wie Matthias Walden, Chefkommentator in der Springerpresse, zufrieden konstatiert: „Berlin ist ein Glücksfall für unsere Welt, trotz seiner Not. Und die anderen wer-

1978) vorzunehmen. 1961 hatte die DDR dann die Stirn, diesen „Befreiungskampf“ mit der Errichtung der „großen grauen Wunde in Europa“ (Reagan) zu unterdrücken und damit ihre Souveränität nach aussen und innen zu verteidigen. Bis heute vergeht kein Tag, an dem nicht über den „unmenschlichen Schießbefehl“ an der Mauer gezetert wird. Daß die BRD fast gleichlautende Bestimmungen in ihrem „Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bun-



Grünes Licht für faschistische Propaganda seit dem Ausländererlaß des Senats

den nicht froh an der Insel, sie ist ihnen ein Dorn im Auge und ein Pfahl im Fleische und eine Fessel am Fuß.“ (M. Walden, Ostblind, westblind, 1963, S. 140) In der Tat war Westberlin nach der Spaltung in ein Zentrum der Sabotage und Subversion v.a. gegen die DDR ausgebaut worden. 80 Organisationen und Institutionen laborierten an der „Befreiung unserer Brüder und Schwestern“, mit Währungsschiebereien, Abwerbung von Arbeitskräften, Tonnen von Hetzpropagandaschriften, politischen Kampagnen („Macht das Tor auf“) bis hin zu direkten Sabotageaktionen, was alles zusammen der DDR nach ihren eigenen Angaben über 1 Milliarde DM Schaden im Jahr verursachte. 1958 wurde laut Bundestagsbeschuß alle Bautätigkeit in Bonn gestoppt, um alsbald die Übersiedlung nach „Berlin, der Hauptstadt Deutschlands“ (CDU-Grundsatzprogramm

des“ von 1961 hat, findet natürlich weniger Erwähnung, da dient es ja auch schließlich der Verteidigung der Freiheit.

Heute ist Westberlin trotz Besetzungsstatut und Abwesenheit der Bundeswehr fest in der Hand der westdeutschen Imperialisten und ins System des freien Westens eingebunden. Artikel 6 des NATO-Vertrages regelt, daß „jeder bewaffnete Angriff auf das Gebiet einer der Parteien in Europa oder Nordamerika oder auf die Besatzungsstreitkräfte einer Partei in Europa“ als bewaffneter Angriff auf die NATO gilt. Am 3.10.54 bekräftigten die Nordatlantikratsmitglieder, „daß sie jeden Angriff gegen Berlin, von welcher Seite er auch kommen mag, als einen Angriff auf ihre Streitkräfte und sich selbst behandeln werden.“ Über den Absatz 4 des Artikels 227 im EWG-Vertrag ist Westberlin in die EG

Westberlin – Frontstadt gegen den Sozialismus

Auf der Konferenz von Jalta (3. – 11. Februar 1945) hatten die Hauptmächte der Antihitlerkoalition – die UdSSR, USA und Großbritannien – festgelegt, ungeachtet der lediglich für Besatzungszwecke erfolgten zeitweiligen Einteilung Deutschlands in Zonen das Land als wirtschaftliche und politische Einheit zu behandeln, und als Sitz des Alliierten Kontrollrats die Hauptstadt Berlin gewählt. Eindeutig war auf dieser Konferenz und nochmals bestätigt durch das Potsdamer Abkommen festgelegt worden, daß das gesamte Stadtgebiet von Berlin Bestandteil der sowjetischen Besatzungszone ist. Nur zur Gewährleistung einer erfolgreichen Tätigkeit des Kontrollrats und eines guten Zusammenwirkens aller Besatzungsmächte war festgelegt worden, die Westmächte an der Besetzung Berlins zu beteiligen. Die oberste Gewalt des sowjetischen Oberbefehlshabers für Berlin, als zu seiner Zone gehörig, wurde durch diese besondere Berlin-Regelung nicht betroffen. Dieser Tatbestand drückte sich in einer Reihe von praktischen Maßnahmen aus. So verblieben zum Beispiel die Anlagen der Reichsbahn und das Wasserstraßennetz Berlins unter alleiniger sowjetischer Zuständigkeit, ebenso die Verkehrsverbindungen zwischen den Berliner Westsektoren und den Westzonen auf den Straßen-, Wasser- und Schienenwegen.

Noch im Februar 47 stellte der Alliierte Kontrollrat einmütig in einem Dokument für die Moskauer Außenministerkonferenz (10. März bis 24. April 47) fest, daß Berlin, obwohl von den Truppen der vier Mächte be-

setzt, „gleichzeitig Hauptstadt der sowjetischen Besatzungszone ist.“ (1) Der englische Staats- und Völkerrechtler F.A. Mann stellte entsprechend in seiner Untersuchung „Deutschlands heutiger Status“ aus dem Jahre 1947 fest: „Berlin bildet einen Teil der sowjetischen Zone.“ (2)

Ungeachtet dieser eindeutigen Rechtssituation nutzte die deutsche Reaktion die Anwesenheit der imperialistischen Besatzungstruppen in den Westsektoren Berlins, um die Anbindung dieser Westsektoren an die Westzonen zu betreiben und so sich einen Ausgangspunkt zu schaffen zur Aggression gegen den Aufbau des Sozialismus in der sowjetisch besetzten Zone und späteren DDR. Die Konterrevolution grupperte sich um die Großkonzerne der Elektroindustrie Siemens



und AEG, die den mit Abstand größten Berliner Wirtschaftszweig beherrschten, der schon vor dem Krieg fast ein Viertel der erwerbstätigen Bevölkerung Berlins beschäftigte und 22% der Erzeugnisse der deutschen elektrotechnischen Industrie produziert hatte. Das ökonomische Potential von AEG und Siemens war fast noch so groß wie in der Vorkriegszeit, trotz der Demontagen, Zerstörungen und dem Verlust der angeeigneten Betriebe in den ehemals besetzten Gebieten. Hinzu kam, daß diese Konzerne eine weitverzweigte Organisation im In- und Ausland besaßen, die eine reale Macht darstellte.

Auf Initiative von AEG-Direktor Spennrath und Siemens-Direktor Witzleben, beides ehemalige Wehrwirtschaftsführer, fand bereits am 23. August 1945 in einer ehemaligen Nazivila in Berlin-Schlachtensee eine Tagung von führenden Vertretern der Berliner Großbetriebe und Konzerne statt, auf der ein gemeinsames Vorgehen gegen die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und den antifaschistischen Magistrat von Berlin beraten wurde. Sabotage wurde als eine Taktik beschlossen: „Wenn nichts produziert wird, werden die Herrschaften in der Parochialstraße (Sitz des Magistrats, d. Verf.) schon zugänglicher werden oder Bankrott machen.“ (3) Gleichzeitig wurde beschlossen, „sich so oft wie möglich beschwerdeführend an die Vertreter der Westmächte“ (4) zu wenden. „Bestehende Differenzen zwischen den Alliierten können wir auf diese Weise in unserem Sinne nutzen.“ (5) Als Sprecher der Elektrokonzerne trat dann auch Telefunken-Direktor Schwab auf einer Besprechung des Magistrats zur Beschleunigung des Wirtschaftsaufbaus auf und machte die sowjetische

eingegliedert, in dem es heißt: „Dieser Vertrag findet auf die europäischen Hoheitsgebiete Anwendung, deren auswärtige Beziehung ein Mitgliedsstaat wahrnimmt.“ Im Viermächteabkommen sind die rechtlichen und wirtschaftlichen Bindungen Westberlins an die BRD sowie die Zugangswege nach Westberlin anerkannt. In den Bundesbehörden in Westberlin sind inzwischen mehr Beschäftigte tätig (44 000) als in den Bonner Behörden. Seit den 60er Jahren versuchen die westdeutschen Imperialisten, die Frontstadtkosten (Berlinhilfe etc., siehe Unterprojekt) als Rüstungslasten bei der NATO anerkennen zu lassen.

Ein Jahr lang ist nun „zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte“ in Westberlin ein CDU-Senat im Amt, der sich daran gemacht hat, die Ver-

hältnisse in und um Westberlin wieder frontstadtmäßig ins rechte Lot zu rücken. Das leidige Problem dabei ist nur: „Wenn wir uns nachhaltig dafür einsetzen, Berlin als eine Aufgabe zu sehen, dann müssen wir dafür gute Gründe haben. Und diese Gründe müssen von denen, die die Lasten zu tragen haben, innerlich angenommen werden.“ (Heinrich Lummer auf dem 58. Landesparteitag der CDU am 13. 11.76) Schon die NPD lobte an Lummer, daß er immer so schön geradeheraus sagt, wie die Dinge eben sind. Man muß den „Berlinern“ zunächst einmal also wieder glasklar machen, daß das mit Wohlstand und Freiheit eine relative Sache ist, denn, wenn man nicht bereit ist, sie für Nation und Vaterland zu opfern, ist man ihrer auch nicht würdig. Es muß wieder „Kurs

auf eine materiell anspruchslose Lebensweise“ (R. von Weizsäcker) genommen werden. Das gilt natürlich nur für die, die sowieso „die Lasten zu tragen haben.“

Immerhin ist man mit dem Argument, daß aus deutschlandpolitischen Gründen in Westberlin auf Lohn- und Klassenkampf verzichtet werden muß, weil sonst die Kapitalisten die Stadt verlassen und die Arbeitsplätze gleich mitnehmen, schon ganz schön weit gekommen. Obwohl den „Arbeitgebern“ mit der neuen Sorte „Deutschlandpfennig“ über die Berlinzulage (8% auf den Bruttolohn, unversteuert) Lohnkosten über die Steuern (2 Mrd. DM) zugeschoben werden, liegt das Lohnniveau bei den Arbeitern im Vergleich zu Hamburg 14,5% niedriger, bei den Angestellten um 8,3%.

Besatzungsmacht für alle wirtschaftlichen Schwierigkeiten verantwortlich. Außerdem beschloß die versammelte Reaktion in Berlin-Schlachtensee, „alle Bemühungen zu fördern, sich von den sowjetisch gelenkten Mutterparteien in der SBZ zu lösen.“ (6) Des Weiteren betrieb die Reaktion in den kommenden Wochen die Gründung mehrerer Tageszeitungen, die auch sogleich von den Westmächten lizenziert wurden, so der „Tagesspiegel“ am 27. September 45 und der „Kurier“ am 12. November 1945.

Als Reaktion auf diese Politik der deutschen Bourgeoisie gab es in vielen Großbetrieben Berlins Streiks und Protestkundgebungen. Unter dem Schutz der sowjetischen Besatzungsmacht beschlossen Belegschaften im sowjetisch besetzten Teil Berlins die Herauslösung ihrer Werke aus den Großkonzernen, so z.B. 1000 Angehörige der AEG-Apparatefabrik in Berlin-Treptow im September 45 (7). Umso entschiedener verfolgte aber die

deutsche Reaktion ihr Ziel, sich durch die Spaltung Berlins ihre Herrschaft in den Westsektoren zu sichern, als Basis zum Zug gen Osten:

– Die Landesverbände von LDPD (Vorläufer der F.D.P.) und CDU in den Westsektoren spalteten sich von ihren Parteien in der SBZ ab, die dort mit der SED zusammenarbeiteten. Es gelingt der Reaktion, die Vereinigung von SPD und KPD in den Westsektoren zu verhindern. Auf Betreiben der CDU wird die Tätigkeit der SED in den Westsektoren unterdrückt, Funktionäre verhaftet wegen angeblichen Verstoßes gegen alliierte Anordnungen, Versammlungsräume verwiegert.

– Nach den Wahlen zum Magistrat im Oktober 1946 nominierte die CDU mit Friedensburg und Ernst ehemalige Nazifunktionäre zum stellvertretenden Bürgermeister bzw. zum Stadtrat für Finanzen. Die Kapitalistenverbände, die nach dem Krieg verboten worden waren als „Brutstätten des Nationalsozialismus“ (Alliierte Anordnung vom

Mai 1945) werden wieder zugelassen. Wehrwirtschaftsführer und Siemens-Direktor Witzleben wird entnazifiziert.

– Der größte Teil der Produktion der Großkonzerns wandert auf den Schwarzen Markt. Alleine der Osram-Konzern verschob eine ganze Monatsproduktion von zwei Millionen Glühlampen (8). Die großen Monopole verlagern ihre wichtigsten Patente, Zeichnungen, Spezialmaschinen usw. nach den Westzonen. Die Berliner Wirtschaft soll bewußt ruinieren und Chaos organisiert werden. „Ein Unternehmenssitz in Berlin wird tatsächlich wertlos, wenn die Betriebe sozialisiert würden.“ (9)

– Entgegen dem Status Berlins als Teil der sowjetischen besetzten Zone setzt die Reaktion die Entsendung von ständigen Berliner Vertretern beim bizonalen Verwaltungsrat durch. Die Westsektoren werden in den Marshallplan miteinbezogen.

– Ernst Reuter, SPD-Bürgermeister von Berlin, verkündet im Juni 1947 nach seiner Wahl das aggressive Konzept der Reaktion: „Berlin muß aus der Umklammerung, die es zu einer besetzten Festung macht, gelöst werden.“ (10) Mit der Einführung der Währungsreform in den Westsektoren wird dieser Weg fortgesetzt. Gleichzeitig wird der Wirtschaft in der SBZ durch den diskriminierenden Wechselkurs über die offene Grenze bis zum 13. August 1961 schwerer Schaden zugefügt.

(1) Zit. nach O. Winzer, Einige Bemerkungen zur Pariser NATO-Ratstagung, in: Neues Deutschland, 22.12.61; (2) In: Jahrbuch für internationales und ausländisches öffentliches Recht, Hamburg 1948; (3) Zit. nach: H. Adler, Berlin in jenen Tagen, Berlin 1959, S. 62 ff; (4) ebenda; (5) ebenda; (6) ebenda; (7) Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, Berlin 1959, S. 175; (8) G. Keiderling, Berlin 1945 – 68, Berlin 1970, S. 131; (9) Amtlicher Stenographischer Bericht der 64. Sitzung der Stadtverordnetenvers. vom 15.4.48. In: Stadtarchiv Berlin, Rep. 100, Nr. 64; (10) Zit. nach G. Keiderling a.a.O. S. 133.



Trotzdem: „Der allgemeine Lebensstandard auf der einen Seite und das System der sozialen Absicherung auf der anderen bestimmen die unterste Grenze, zu der auch eine ungelernte Kraft noch bereit ist, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Diese Marge liegt aber objektiv zu hoch.“ (Berliner Rundschau, 23.6.77) Die Zwangsarbeits für Asylbewerber und Sozialhilfeempfänger hat sie schon einmal deutlich nach unten gedrückt. Aber das schafft nicht den Durchbruch. Daher hat der Senat beschlossen, die „ungelernten Kräfte“, deren Lohnhöhe vor allem durch die Tarife im öffentlichen Dienst noch unzulässig wenig dem Zugriff freigegeben ist, jetzt im großen Stil durch Privatisierungen bei Stadtreinigung, in Krankenhäusern bei der Wäsche usw. den Segnungen des freien

Marktes preiszugeben. Hat doch schon Axel Cäsar Springer herausgefunden, daß die „Marktwirtschaft ziemlich genau dem Wesen und den Sehnsüchten des Menschen unseres Kulturkreises“ entspricht (am 29.3.82 vor dem Verein der Berliner Kaufleute und Industriellen in Westberlin).

So schön ist auf der „Insel der Freiheit“. Zu der schönen Freiheit von Lohnkosten bei den beschäftigten Arbeitern gesellen sich jedoch noch weitere: Die Freiheit von Lohnkosten der Arbeiter, die entlassen werden konnten z.B. Mit Rationalisierungen und Vernichtung von 100000 Industriearbeitsplätzen in den letzten 10 Jahren konnten u.a. die Pro-Kopf-Umsätze in der Elektroindustrie kontinuierlich hochgetrieben werden und liegen um 350 DM höher als in der BRD. Die Maschi-

nerie ist moderner als im Bundesdurchschnitt, von weniger Arbeitern wird mehr Maschinerie bewegt. Die vom Senat im Frühjahr beschlossene und weiter in Aussicht gestellte Berlinförderung setzt diese angenehme Entwicklung fort. Westberlin soll zur führenden Industriestadt Europas gemacht werden. In einer Anzeige der „Zeit“ (25.9.81) wurde damit geworben, daß in Westberlin 30% weniger an Einkommensteuern, 22,5% weniger an Körperschaftsteuern und 40% weniger an Gewerbesteuern zu zahlen wären. Für soviel Freiheit lohnt sich wahrlich schon zu „kämpfen“, da man sowieso höchstens eine Bürgschaft oder ein Bundesverdienstkreuz riskiert.

Auch der Haushalt wurde befreit. Z.B. von 30 Mio. DM Unterstützungszahlungen für die 84000 Sozialhil-

Die BRD hat mit dem Grundgesetz und Sonderbestimmungen ein umfängliches Besetzungsrecht

1949 erklärte Bundeskanzler Adenauer über die besondere Lage Westberlins im Bundestag: „Berlin ragt in die Sowjetzone hinein als Vorposten und Bollwerk des demokratischen westlichen Teils Deutschlands, ja mehr als das, als Bollwerk des demokratischen Westeuropas.“ Die Westsektoren von Berlin waren einige Monate zuvor in die allgemeine Währungsreform der von den USA, Großbritannien und Frankreich besetzten Gebiete eingegliedert worden. Damit war Westberlin faktisch fester Bestandteil der sich bildenden Bundesrepublik. Diese Spaltung der Stadt durch die westlichen Alliierten und die gerade erst wieder staatlich organisierten BRD-Imperialisten war zugleich auch ein Verstoß gegen die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens und des Viermächteabkommens vom September 1944, das eine „gemeinsame Verwaltung des Groß-Berliner-Gebietes“ vorsah.

Auf der „Pariser Konferenz“ im Oktober 1954 wurde mit der Neufassung des Deutschlandvertrages die Besatzung der Westalliierten für die BRD aufgehoben, und die BRD trat der NATO bei. Noch während der Konferenz erklärte die Bundesregierung, besondere umfangreiche „Hilfeleistungen“ seien für Westberlin nötig, im „Bewußtsein der Verbundenheit der Bundesrepublik mit Berlin als der vorgesehenen Hauptstadt eines freien wiedervereinigten Deutschlands“.

Monate später, im Mai 1955, erklärt sich die Westalliierte Kommandatur zu der neuen Situation und

überträgt die Besatzerrechte an die „Gesetzgebung der Bundesrepublik“. Die westlichen Besatzermächte behielten sich Machtbefugnisse über die „Sicherheit, Interessen und Immunität der alliierten Streitkräfte“ mit einer eigenen Gerichtsbarkeit; die „Abrüstung und Entmilitarisierung“; die „Beziehungen Berlins zu ausländischen Behörden“; die „Dekkung der Besatzerkosten“ und die „Befehlsbefugnisse über die Berliner Polizei“. Dem unter westdeutscher Gesetzgebung stehenden Westberliner Senat wurden die Rechte für „Währung, Kredit und Devisen, Staatsangehörigkeit, Reisepässe, Aus- und Einwanderung, Auslieferung, Vereinheitlichung der Zoll- und Handelsgebiete, Handels- und Schiffahrtsabkommen, Freiheit des Güterverkehrs sowie Außenhandels- und Zahlungsabkommen“ übertragen.

Mit dieser Regelung war sowohl die politische Macht in den Händen der BRD und gleichzeitig mitten in der DDR, gestützt auf die alten Bestimmungen der Alliierten, umfängliches Waffenmaterial stationiert.

Die BRD baute ihre Ansprüche weiter aus. 1956 mußte die Bundesregierung auf Hinweis der Westalliierten ihr Ziel, Westberlin als zwölftes Bundesland im Bundeswahlgesetz einzugliedern, aufgeben. 1957 entschied das Bundesverfassungsgericht, „Berlin ist ein Land der Bundesrepublik“, Urteile des Gerichtes seien „derzeitig noch nicht zuständig“, da die Alliierten das Bundesverfassungsgericht als „Oberste Regierungsgewalt“ für nicht zuständig erklärt.

Anfang der siebziger Jahre errichtete die BRD gegen den Protest der DDR das Bundesumweltamt in Westberlin. Sämtliche Bundesgesetze werden durch den Westberliner Senat im „Formalakt“ übernommen und dienen der Unterdrückung im Inneren. Die „Befehlsbefugnis über die Berliner Polizei“ wird von den Alliierten nur anlässlich der Besuche ihrer Staatsoberhäupter in „Anspruch“ genommen. Mit der kürzlichen Errichtung einer Bürgerwehr durch den Westberliner CDU-Senat werden mit der Begründung „mehr Polizeigewalt“ auch die militärischen Einsatzmöglichkeiten der BRD ausgebaut.

Quellenhinweis: F. Matthey, Die Entwicklung der Berlin-Frage.

feempfänger in Westberlin. 50% davon sind Rentner, deren Rente unter dem Existenzminimum liegt. Auch so unnützes Volk wie Blinde, Pflegebedürftige und Behinderte sehen sich in Kürze von 10% ihrer Mehrbedarfsschläge befreit. Im Ergebnis dieses „neuen Aufbruchs“ (Regierungserklärung) mußte sich das Abgeordnetenhaus jüngst die Frage stellen, ob die Zahl der Gerichtsvollzieher eigentlich noch hinreiche, da die Zahl der Zwangsvollstreckungen auf fast 300000 jährlich angewachsen sei.

Freiheit kann jedoch nur erhalten werden, wenn berufene Kräfte sie verwalten. „Ja zur Elitebildung! Ja zur Elite!“, bekannte sich daher Schulsenatorin Dr. Hanna Laurien in den Leitlinien der CDU zur Bildungspolitik. Behinderte, Begriffsstutzige und Ausländer werden in Sonderschulen und Ausländerklassen aussortiert, weil sie die Fähigen am Lernen hindern. Diejenigen, „die die Lasten zu tragen haben“, müssen früher ihrer Verantwortung zugeführt werden, daher Verkürzung der 6jährigen Grundschule auf vier Jahre, Abschaffung des 10. Pflichtschuljahres und Wiederaufwertung der Hauptschulen, um die „praktischen Begabungen“ mehr zu fördern. Da sich der „Kurs auf eine materiell anspruchslose Lebensweise“ mit Gottes Hilfe einfacher bewerkstelligen läßt, sticht im Haushalt 1982 der Religionsunterricht mit einem Wachstum von 5% hervor. Der wiederum ist für alle da. Genauso die Aufforderung von Dr. Laurien am 17. Juni des Jahres an alle Schulen, sich mit der „deutschen Frage“ zu beschäftigen. Denn „osteuropäische Länder wie Polen, die Tschechoslowakei und Rumänien gehören aufgrund ihrer Geschichte, ihrer Kultur und ihres Selbstverständnisses ebenso zu Europa wie die Länder Westeuropas.“

Da jedoch immer die Gefahr besteht, daß diejenigen, die ihre Freiheit opfern müssen, damit die „Freiheit der Stadt“ bewahrt werden kann, auf einmal diese ganzen Freiheiten durcheinanderbringen und die Sache gar verkehrt herum behandeln, ist auf dem Sektor „Sicherheit“ vorgesorgt. Auf ca. „jeden“ 130. Westberliner kommt ein Polizist bzw. auf „jeden“ 71. ein Polizist oder Besatzersoldat. Die Ausgaben für die Polizei betragen z.B. in Hamburg 396 Mio. DM und in Westberlin 813 Mio. DM. Mit dem Neubau von mehreren Strafanstalten ist schließlich auch etwa für „jeden“ 400. Westberliner ein Gefängnisplatz vorgesehen.

Für wen die „Freiheit“ auf dieser „Insel“ auf jeden Fall auch nicht gedacht ist, ist die Mehrzahl der ca. 200000 Ausländer in dieser Stadt, so-



1971: Mit der Unterzeichnung neuer Transitvereinbarungen verschafft sich die BRD „freien“ Zugang nach Westberlin.

fern sie zur lohnabhängigen oder klein-gewerbetreibenden Bevölkerung gehören, denn durch sie wird der „deutsche Charakter der Stadt zu sehr belastet“ (Lummer). Werden ansonsten jeden Tag Zähren vergossen über die Trennung von Familien und Verwandten durch das „unmenschliche System drüber“, das mit der Erhöhung des Mindestumtauschs nicht mal Rücksicht auf die Armut hier nimmt, ist die Familientrennung bei der ausländischen Arbeiterbevölkerung selbstverständlich. In der Regierungserklärung ist festgehalten, daß das auch so bleibt und auch nach dem EG-Beitritt der Türkei türkischen Arbeitern keine Freizügigkeit gewährt werden soll. Pate bei dem Ausländererlaß des Senats von 1981 stand das rassistische Heidelberger Manifest, das Politik gegenüber Ausländern direkt mit dem Grundgesetz auftrag der Wiedervereinigung interpretiert: „Nur eigene Kinder sind die alleinige Grundlage der deutschen und der europäischen Zukunft.“

So wird, seit die CDU im Amt ist, verstärkt eine chauvinistische und faschistische Saat gesät, die schon langsam aufgeht. Obwohl über alliierte An-



Seit 1979 vor dem Springerhochhaus in Kreuzberg eingerammt

ordnungen öffentliches Auftreten für die NPD verboten ist und obwohl die Transitwege von der DDR für Faschisten und faschistische Propaganda gesperrt sind, wird in einer FU-Studie über „NS-Renaissance“ vor allem an

den Westberliner Schulen außerordentliche Aktivität von Faschisten hier in Westberlin verzeichnet. Gegenwärtig richtet sich ihr ideologischer und praktischer Terror vor allem gegen Ausländer und Linke. Man wird nicht lange zu warten brauchen, und es wird Anschläge gegen die DDR geben, mit denen die Stimmung für die „Lösung der deutschen Frage“ getestet wird.

Alle Kräfte, die gegenwärtig am Aufbau einer Front gegen die Reaktion arbeiten, werden den Kampf gegen die spezielle Sorte „deutschen Chauvinismus“ in dieser Stadt zu ihrer Aufgabe machen müssen. Anerkennung der DDR, Anerkennung der Grenzen Polens und der Sowjetunion, eine freie Stadt Westberlin ohne Bindung an NATO, EG und BRD-Imperialismus gehören ins Kampfprogramm der westdeutschen und westberliner Arbeiterbewegung, sonst wird sie sich bald zum erneuten Mal in diesem Jahrhundert auf dem blutigen Marsch gen Osten wiederfinden.

Quellenhinweis: Berichte des Senats, Vorlagen des Abgeordnetenhauses, div. Ausgaben; Ottfried Hennig, Die Bundespräsenz in Westberlin, Köln 1976; Dieter Mahnke, Berlin im geteilten Deutschland, München Wien 1973; Udo Wetzlaugk, Die alliierten Schutzmächte in Berlin; Deutschland-Archiv, div. Ausgaben.

BRD zahlt für die Angliederung Westberlins

„Berlin ist kein Sozial-, sondern ein Nationalfall“, schreibt Norbert Blüm in der Bild-Zeitung zu der in Erwägung gezogenen Kürzung der Subvention für Flüge zwischen der BRD und Westberlin. Nun ist der Betrag von 250 Mio. DM gering, verglichen mit den insgesamt 12,9 Mrd. DM, die im Haushalt 1982 an finanziellen Zuschüssen aus dem Bundeshaushalt für Westberlin vorgesehen sind und die sich auch 1983 erhöhen sollten. Es geht Blüm ums Prinzip: „Wer Berlin abnabelt, vergißt Deutschland“. Die besondere Lage Westberlins, die eine solche Nabelschnur nötig macht, ist vom westdeutschen Imperialismus bewußt herbeigeführt worden. Die BRD hat Westberlin angegliedert und sie zahlt dafür Garnisonskosten. Von 1951 bis 1981 betrug die „Berlin-Hilfe“ aus dem Bundeshaushalt 134 Mrd. DM, dazu kommen noch einmal 14,2 Mrd. DM aus ERP-Sondervermögen, die zu günstigen Bedingungen als Berlin-Hilfe an Kapitalisten aus der BRD und Westberlin verliehen wurden.

Die finanzielle Angliederung Westberlins erfolgte 1951 mit dem „Gesetz über die Stellung Berlins im Finanzsystem des Bundes – Drittes Überleitungsgesetz“. Die BRD hat sich damit das Recht zugesprochen,

in Westberlin Steuern zu erheben, und Westberlin muß wie die Bundesländer von der Lohn- und Einkommenssteuer entsprechende Anteile abführen. Umgekehrt fließen aus dem Bundeshaushalt Mittel in den Haushalt Westberlins und übernimmt der Bund unmittelbare Leistungen. Dabei macht aber Kindergeld weniger aus als die „Besetzungs- und Besetzungsfolgekosten“. Für 1982 sind im Bundeshaushalt von insgesamt 4 Mrd. DM unmittelbaren Leistungen an Westberlin 1 Mrd. DM an Ausgaben für die Truppen der NATO-Verbündeten vorgesehen. Damit gehen $\frac{1}{3}$ der insgesamt von der westdeutschen Bourgeoisie an die Alliierten gezahlten Gelder nach Westberlin.

Der Haushalt Westberlins sieht entsprechend aus. Die Ausgaben für den Staatsapparat, innere Sicherheit und Verwaltung, liegen über dem Bundesdurchschnitt oder den Ausgaben vergleichbarer Stadtstaaten. Neben den direkt militärischen Kosten, die die Angliederung Westberlins mit sich bringt, entsteht die Notwendigkeit enormer Zuschüsse vor allem aus folgendem Grund: Die Kapitalisten in Westberlin müssen weniger Steuern zahlen. Nach dem Berlinförderungsgesetz vermindert sich die Umsatz-, Einkommens- und Körperschaftssteuer. Die Lohnsteuer ist ebenfalls ermäßigt, was den Kapitalisten erlaubt, niedrigere Löhne zu zahlen. Im § 16 des Dritten Überleitungsgesetzes hat sich

die BRD verpflichtet, daraus entstehende Haushaltsdefizite auszugleichen. Die Bundeshilfe summierte sich von 1951 bis 1981 auf knapp 100 Mrd. DM und macht inzwischen 55% der Haushaltseinnahmen Westberlins aus. Weitere 14 Mrd. DM



Steuermindereinnahmen sind Kapitalisten in der BRD zugute gekommen. 9 Mrd. DM schließlich waren sonstige Zuschüsse (Berlin-Flüge, Transitabkommen). Freiheit hat ihren Preis, sagen die Kapitalisten, und meinen, daß ihnen im Brückenkopf Westberlin ein Extraprofit, sozusagen als Frontzulage, finanziert werden soll.

Quellenhinweis: Bundesministerium der Finanzen, Finanzbericht 1982; Bild, 8.7.82; BWK Westberlin, Flugschrift, 7.4.1981 und 28.11.1981.

Vorbereitung zum Antikriegstag 1.9.82

Der DGB Baden-Württemberg führt zum Antikriegstag in ganz Baden-Württemberg Aktivitäten durch, die sich bis Ende Oktober erstrecken. In Stuttgart z.B. wird vom 1. bis 5.9. ein breites politisches und kulturelles Programm durchgeführt, u.a. „Friedenschulen für Schulklassen“, ein internationaler Abend am 5.9. zum Jahrestag des Putsches in Chile, Theater von DGB-Gruppen, Veranstaltungen von DFG/VK zu Bundeswehr/Zivildienst und der IG Metall zum Thema „Rüstung, Arbeitsplätze, Sozialabbau“. Auch in anderen Städten Baden-Württembergs führt der DGB Kundgebungen durch.

Landeselternrat Kindergärten gegründet

Essen. Am 27.6. fand in Essen die konstituierende Sitzung des Landeselternrates für Kindergärten in NRW statt. Auf einem Treffen am 26.4. in Marl war dieser Termin zur Gründung bestimmt worden. Nahmen an diesem Treffen noch 36 Elternvertretungen teil, so waren es diesmal schon weit über 100, die aus 76 Städten und Gemeinden des Landes

Emmendingen. Mehrere Betriebsräte und Gewerkschafter der IG-Metall, Kreis Emmendingen, demonstrierten auf der letzten Kreistagsitzung gegen eine vom Landratsamt Emmendingen verbreitete Werbeanzeige für mehr Industriean- siedlung im Kreis. Dort wurde mit folgenden „Pluspunkten“ u.a. geworben: – Brutto-Löhne und -Gehälter unter dem Landesdurchschnitt; – über 7000 Auspendler; ergiebige Arbeitsmarktreserve; – über 2500 Arbeitslose, davon 90% gewerblich; usw. In versch. Fachzeitschriften sowie der FAZ war diese abgedruckt.



kamen. Der in Essen gewählte Elternrat NRW sieht es als seine wesentliche Aufgabe an, zunächst einmal den Informationsaustausch zu organisieren und somit die Machenschaften der Landesregierung, der Gemeinden und der Träger zentral zusammenzufassen. Alle Elternvertreter wiesen auf der Versammlung mit Nachdruck darauf hin, daß ein zentralisiertes und einheitliches Vorgehen gegen die „Spar“maßnahmen der Landesregierung und die geplanten Beitragserhöhungen für die Unterbringung der Kinder vonnöten ist. Die ÖTV sagte Unterstützung zu.

Schon wieder ein Einzeltäter

Nürnberg. Oxner, ein Mann aus gutem Haus, freundlich und gut gekleidet, mit nur einem Hobby (Schützenverein), arbeitet bis 21 Uhr, dann dreht er durch, geht in die Innenstadt. „Sind Sie Deutscher oder Ausländer? Keine Angst, ich schieß nur auf Türken“, geht in eine Diskotek und erschießt drei Ausländer und verletzt drei weitere schwer. Die staatlichen Institutionen erklären, sie seien fassungslos. Dabci stand Oxner 2 Tage vorher vor Gericht wegen Telefonterror gegen ausländische und jüdische Bewohner und wegen Parolenmalens. Für die NPD hat er regelmäßig Flugblätter verteilt, er sei aber nie Mitglied gewesen. Nach den Morden führte das Komitee gegen Ausländerfeindlichkeit einen Fackelzug durch mit 300. Der Ausländerbeirat führte eine Kundgebung mit 600 Beteiligten durch. Gefordert wurde die Einschränkung neonazistischer Aktivitäten und auch das Verbot der NPD.

Urteile gegen KKW-Gegner

Glückstadt. Am 21.6. wurden A. Schrotmann (18 J.) und F. Breyhahn (19 J.) zu 16 Monaten und M. Wetzel (18 J.) zu 8 Monaten Haft, alle auf Bewährung verurteilt. Ihnen werden Brandanschläge auf das Amtsgericht und die Stadtwerke Glückstadt im November und Dezember 1980 im Zusammenhang mit dem geplanten Baubeginn des KKW Brokdorf vorgeworfen. Die Staatsanwaltschaft hatte für Schrotmann und Breyhahn Haftstrafen von 21 Monaten ohne Bewährung gefordert. Im Verlauf

des Prozesses kam ans Licht, daß die Protokolle, auf die sich die Staatsanwaltschaft stützte, von LKA-(Landeskriminalamt)-Polizisten zu großen Teilen konstruiert worden waren, den meist jugendlichen Zeugen waren Aussagen untergeschoben worden. Gegen die Angeklagten war nach ihrer Verhaftung im Januar 81 auch wegen §129/129a (Bildung einer kriminellen Vereinigung) ermittelt worden. Die Ermittlungen gegen 7 Mitglieder der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe Itzehoe und Bewegung Weiße Rose wegen §129a stützt die Staatsanwaltschaft z.T. auf Verbindungen zu den Glückstädter Angeklagten. Staatsanwalt Widuwilt sprach von „Hintermännern“ der Angeklagten.

Zwangsarbeitsverbot

Westberlin. Mit großer Mehrheit wurde der folgende Antrag auf der LDK der HBV in Westberlin verabschiedet: „Seit dem 1.3.82 werden vom Senat von Berlin Asylanten zwangsweise zur Arbeit verpflichtet. Bei Weigerung droht eine Streichung des monatlichen Taschengeldes. Die Gewerkschaft HBV, Landesbezirk Berlin, fordert den Senat von Berlin auf: 1. Die Verpflichtung zur Zwangsarbeit für Asylanten zurückzunehmen. 2. Planungen über die generelle Möglichkeit für alle Sozialhilfeempfänger, Zwangsarbeit einzuführen, zu unterbinden. 3. Das zweijährige Arbeitsverbot für Asylanten aufzuheben und im Rahmen der von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Beschäftigungsprogramme entsprechende Arbeitsmöglichkeiten einzurichten.“



Mit einem Fest vor und anschließender Demonstration ins Werk hinein beendeten die Arbeiter des Pariser Werkes der Autofirma Talbot am 5.7. ihren vierwöchigen Streik. Wie zuvor die Citroen-Kapitalisten (s. PB 12, S.18) hatte nun auch die Talbot-Geschäftsleitung einem Guteil der Streikforderungen zustimmen müssen. Der Lohn wird rückwirkend zum 1.6. zwischen 130 und 250 FF erhöht, am 1.11. erneut um mindestens 200 FF. Die Regierung mußte für Talbot den beschlossenen Lohnstop aufheben. 50% der OS (angelernte Arbeiter) sollen zudem zum 1.11. höhergestuft werden, (= 2% Lohnerhöhung) generell wird jetzt allen OS die Möglichkeit offenstehen, in höhere Lohngruppen aufzusteigen. Die Kapitalisten mußten unterschreiben, jede Behinderung gewerkschaftlicher Tätigkeit zu unterlassen. Der Streikfolg hatte positiven Einfluß auf das Ergebnis der Wahlen der Personalvertreter bei Citroen-Aulnay am 22.6.: Die CGT sprang von 10% auf 58% der Stimmen, die gelbe Hausgewerkschaft verlor.

Betriebsrat ringt trotz „Krise“ um jede Verbesserung der Lohnstruktur

Bad Salzdetfurth/Hildesheim. In Zeiten von Stagnation und Rezession ist es für die Belegschaften und ihre Interessenvertretungen um einiges schwieriger, den Kapitalisten Lohngelder oder Arbeitserleichterungen abzutrotzen.

Nach den beiden letzten unerfreulichen Tarifabschlüssen gelangen dem Betriebsrat mit Unterstützung des Vertrauensleutekörpers trotz Umsatzrückgang und Entlassungsdrohungen schrittweise Erfolge in der Lohnverteilungsstruktur bei Fuba.

Nachdem im Herbst 81 schon 170 Höhergruppierungen für die unteren Lohngruppen erstritten wurden (Pol. Berichte Nr. 22/81), konnte auch die Lohnerhöhung auf die Effektivlöhne durchgesetzt werden. Gleichzeitig ist die geforderte Höhergruppierung von weiteren 67 Beschäftigten aus den unteren drei Lohngruppen von der Geschäftsleitung akzeptiert worden. Damit ergab die Erhöhung der Effektivlöhne statt 4,2% nun 4,5%. Der Durchschnittslohn stieg von 2250 auf 2351,25 DM. Die 67 Aufwertungen machen im betrieblichen Schnitt nur 6,50 DM aus, für die 67 Betroffenen ergeben sich Bruttolohnerhöhungen zwischen 100 und 190 DM.

Im Fall I (Tabelle) begründete der Betriebsrat die Anträge auf Lohngruppenänderung mit häufig wechselnden Tätigkeiten der Löt-, Montage- und Bestückungsarbeiterinnen, die zu 60% Arbeiten nach Lohngruppe drei zu verrichten haben. Das trifft auch für die 12 Prüfer und Prüferinnen zu (Fall II), die durch ständig wechselnden Arbeitsplatz und verschiedenste Anforderungen hohen nervlichen Belastungen ausgesetzt sind.

Auszug aus dem neuen Manteltarifvertrag vom 1. Januar 1982 für die niedersächsische Metallindustrie: § 11 Eingruppierung. (2) Für die Eingruppierung in eine der Lohngruppen werden im Betrieb Richtbeispiele für die Tätigkeit am Arbeitsplatz / im Arbeitsbereich gebildet. Diese Richtbeispiele werden nach der summarischen Beschreibung der Lohngruppenmerkmale des Lohntarifvertrages zwischen Be-

triebsrat und Arbeitgeber vereinbart. (5) Wenn innerhalb eines Zeitraumes von zwei aufeinanderfolgenden Monaten oder entsprechender Lohnabrechnungszeiträume ein Arbeitnehmer überwiegend Arbeiten höherer Gruppen verrichtet als es seiner Lohngruppe entspricht, dann ist er entsprechend der höherwertigen Tätigkeit in eine höhere Lohngruppe einzugruppieren.



Im Fall III geht es ebenfalls um angedeckte Tätigkeiten. Die 13 Stanzmaschinenarbeiter wurden in Lohngruppe vier eingestuft und erhalten zusätzlich eine Lärmszulage von 51 Pfennig.

Manteltarifvertrag: § 12 Belastungszulagen. (1) Belastungszulagen sind zu zahlen, soweit bei Arbeiten Belastungen der Muskeln, der Sinne und Nerven und aus Umgebungseinflüssen im einzelnen oder zusammen vorliegen, die in nennenswertem Maße über die Arbeiten nach den Lohngruppen des Lohntarifvertrages normalerweise auftretenden Belastungen hinausgehen. (3) Die Zuschläge müssen 4 bis 7% des Zeitlohdurchschnitts (113%) des jeweiligen Lohntarifvertrages derjenigen Lohngruppe betragen, in welche die betreffende Arbeit nach den Merkmalen des Lohntarifvertrages einzugruppieren ist.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß der Betriebsrat mit der Geschäftsleitung folgendes vereinbaren konnte: Bis März 1983 müssen die Richtbeispiele des Lohntarifvertrages (der gilt auch für den Angestelltenbereich) neu definiert werden. Er begrün-

dete dieses unaufschiebbare Anliegen mit drastischen Veränderungen der Arbeitsbedingungen und Arbeitsplatzstrukturen durch Automation und Produktionsumwälzungen.

Der Betriebsrat konnte einen Teil der Entlassungen verhindern. Zur Entwicklung der Belegschaftsstärke: Januar 82: 950, Juni: 905, Dezember (von der Geschäftsleitung inoffiziell anvisiert): 850. Fast die Hälfte der angestrebten Entlassungen konnte der Betriebsrat nicht verhindern. Für die von Entlassungen betroffenen Belegschaftsmitglieder schloß der Betriebsrat mit der Unternehmensleitung eine Betriebsvereinbarung ab, um „Härtefälle“ abzumildern. Der Kompromiß lautet: Einführung der 59er-Regelung nach VW-Muster, Abschluß eines Sozialplanes. Die Entlassenen erhalten einmalige „Abfindungen“, deren Höhe sich aus Lebensalter mal Betriebszugehörigkeitsjahren geteilt durch 150 (ausgehandelter Faktor, wobei der Betriebsrat 100 gefordert hatte) errechnet. Dieses Ergebnis multipliziert mit dem Nettodurchschnittslohn der letzten drei Monate ergibt die „Abfindungssumme“. Entlassene, die noch keine drei Jahre im Betrieb sind, erhalten pro angefangenem Jahr 500 DM.

Im Kampf gegen Entlassungen und Rationalisierungen erhofft sich der Vertrauensleutekörper bessere Erfolge, wenn a) eine individuelle Mindestakkordabsicherung von 135% durchgesetzt, b) die individuelle Leistungszulage auf 116% festgelegt und c) mehr Einfluß auf Arbeitsablauf, -inhalt und -pensum erzielt wird. Die VKL verspricht sich nicht so viel von betrieblichen Teilerfolgen und setzt sich vielmehr für tarifliche Regelungen ein.

Holzverarbeitung Manteltarifvertrag vor der Einigung

Paderborn. Nach über 15-monatiger Verhandlungsdauer ist es zu einer Einigung zwischen der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) und den Holzkapitalisten über den neuen Manteltarifvertrag für die holzverarbeitende Industrie im nordwestdeutschen Raum (Bundesländer Schleswig-Holstein, Niedersachsen, NRW, Hamburg und Bremen) gekommen. Es besteht allerdings noch eine Erklärungsfrist bis zum 15.7.82. Die große Tarifkommission der GHK beschließt darüber am 10.7. Im einzelnen ist folgendes vereinbart worden:

– stufenweise Erhöhung des Jahresurlaubs für alle Arbeitnehmer auf 30

Fall	Anz.	vor Erh. ¹⁾	nach Erh.
I	42	1900 (1) ²⁾	2001 (3)
II	12	1932 (2)	2077 (4)
III	13	2001 (3)	2195 (4)

1) Monatsbrutto in DM bei 133% Akkord

2) Lohngruppe

Tage bis 1984; Auszubildende über 18 erhalten ab 1983 26 und '84 28 Urlaubstage; für alle Jugendliche, die unter das Jugendarbeitsschutzgesetz fallen, beträgt der Urlaub ab '83 25 Tage.

– Arbeitern, die in drei Schichten arbeiten, sind pro Schicht insgesamt 30 Minuten bezahlte Pausen zu gewähren. Arbeitszeiten über acht Stunden einschließlich der Pausen sind dann als Mehrarbeit zu vergüten. Für 30 geleistete Nachschichten erhalten diese Arbeiter eine bezahlte Freischicht ab 1.8.82, wenn sie diese Nachschichten innerhalb eines Zeitraumes von höchstens 15 Monaten geleistet haben. Arbeiter, die auf eigenen Wunsch ständig Nachschicht leisten, erhalten für 90 geleistete Nachschichten eine bezahlte Freischicht.

– auf eigenen Wunsch kann der Arbeitnehmer seine Überstunden innerhalb von drei Monaten durch Freizeit im Verhältnis 1:1 im Rahmen der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit abfeiern. Die Mehrarbeitszuschläge werden dann für den Monat bezahlt, in dem die Überstunden geleistet wurden.

– der Vertrag hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 1984.

Zwar hat sich die GHK mit einigen Forderungen durchsetzen können, aber die wesentlichste Forderung der GHK nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit vollem Lohn- und Gehaltsausgleich unter 40 Stunden ist dabei doch bis auf weiteres unter den Teppich gekehrt worden. Zum anderen müssen bei der neuen Urlaubsregelung erhebliche Abstriche gemacht werden.

Gefordert hatte die GHK, daß schon 1982 alle Arbeitnehmer 30 Urlaubstage erhalten sollten und ab 1983 32 Tage. Des weiteren bedeutet die Schichtenregelung lediglich eine Übernahme aus dem Bundesmanteltarifvertrag für die holzbearbeitende Industrie, wo wesentlich mehr in Schichten gearbeitet werden muß als in der Holzverarbeitung. In der Möbelindustrie z.B. wird fast überhaupt nicht in Schichten gearbeitet, und in der Spanplattenindustrie beträgt die Schichtarbeit gerade 5%.

Betrachtet man sich das Verhandlungsergebnis aber von der Kapitalistenseite her, so haben sie doch einige Federn lassen müssen. Während der Verhandlungen im Juli vorigen Jahres hatten die Kapitalisten zuerst die Aussetzung der Verhandlungen gefordert (später reduzierten sie ihre Forderung auf ein halbes Jahr Unterbrechung). Bei der schlechten wirtschaftlichen Lage in der Holzindustrie könnten keine weiteren Verhandlungen über die Verbesserung der tariflichen Bestimmungen geführt werden. Darüber hinaus verlangten sie, daß eine Lohnreduzierung im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit der Holzwirtschaft eintreten müsse.

Heidelberg

Berufung zum Fronttheater nach Israel vereitelt

Heidelberg. Auf Einladung Israels sollte das Heidelberger Theater beim 1. Festival des Jüdischen Theaters vom 30. Juni bis 6. Juli in Tel Aviv mit seinem Chassidischen Abend „Nichts ist vollkommener als ein gebrochenes Herz“ vertreten sein. Dieses Stück ist eine Aneinanderreihung von Volksmärchen und Legenden des chassidischen Rabbi Nachmann (1). Die Inszenierung von Yossi Yzraely war als ein Stück Wiedergutmachung gedacht.

Heidelbergs Oberbürgermeister Zundel und die Theaterleitung rieben sich die Hände, mit diesem Gastspiel und dem Empfang beim israelischen Staatspräsidenten Yitzak Navon in dessen Residenz ihre „Weltoffenheit“ demonstrieren und die israelische Eroberungs- und Besatzungspolitik absegen zu dürfen. Die Schauspieler waren zunächst froh, mal außerhalb Europas aufzutreten zu dürfen.

Jedoch mit dem Einmarsch der israelischen Armee in den Libanon zur Vernichtung der PLO änderte sich die Stimmung im Theater schlagartig. Quer durch die Abteilungen entfachte sich die Auseinandersetzung auf allen Ebenen, ob jetzt noch dort gespielt werden solle oder nicht. Das Unbehagen wuchs, daß dieses Gastspiel nichts anderes als eine Unterstützung dieses Krieges bewirken und international auch so gewertet würde. Ziemlich rasch bildete sich innerhalb des Theaters eine Mehrheit, die das Gastspiel in der vorgesehenen Form ablehnte. Die

Gründe und Vorschläge zum taktischen Vorgehen waren aber sehr uneinheitlich. Das ging von der Ablehnung jedes Krieges bis zur Unterstützung des Existenzrechts der Palästinenser und ihres Rechtes, darum zu kämpfen. Außerdem spielte auch die berechtigte Angst, beim Gastspiel dort selbst draufgehen zu können, eine große Rolle. Den Schauspielern, Sängern, Musikern, Tänzern und den Leitern der technischen Abteilung (ca. 40% der Beschäftigten des Stadttheaters) ist es aufgrund ihrer Künstlerverträge (BTT) praktisch untersagt, auf solche Entscheidungen Einfluß zu nehmen. Sie sind verpflichtet, sämtliche Entscheidungen der Intendanz nach allen Kräften zu realisieren, notfalls zu jeder Tageszeit und unter den schlechtesten Arbeitsbedingungen. Der Einfluß auf die Stückauswahl, die Form und die Zeitspanne einer Inszenierung und die Erstellung der Dekoration und Kostüme ist verschwindend gering und unerheblich. Aufgrund der großen Konkurrenz unter den Künstlern halten sich diese Vertragsbedingungen jedoch erfolgreich.

Aus diesen Gründen beschränkte sich u.a. der offene Brief der Schauspieler an den Intendanten Stolzenberg, mit dem sie die Initiative ergriffen und der spontan von sieben Anwesenden der zehn beteiligten Darstellern unterschrieben wurde, auf einen moralischen Appell und auf den Hinweis der Unmöglichkeit, die Sicherheit in Israel



PLO-Solidaritätsdemonstration 6.7. in Heidelberg mit 400 Teilnehmern

zu garantieren. Die Theaterleitung beschimpfte die Schauspieler als „Feiglinge“.

Der breite Druck der Ablehnung durch Personalrat und die Mehrheit der Beschäftigten bewirkte schließlich die Niederlage der Intendant und die Absage. Der Gemeinderat und OB Zundel reagierten empört, will doch Heidelberg mit der israelischen Stadt Rehovot Partnerschaft schließen. (Oberbürgermeister Zundel war zur Zeit des israelischen Überfalls auf den Libanon in Israel.) Der CDU-Vorsitzende im Gemeinderat erklärte, es stünde „uns Deutschen nicht zu, Israel zu kritisieren“. Der Intendant weilt zur Zeit in Israel, um die „Wogen zu glätten.“ Gleichzeitig soll jetzt das Rechtsamt sich damit befassen, ob bei „diesen Arbeitsverweigerungen nicht Ansprüche geltend gemacht“ werden können. Auf einer Veranstaltung Anfang Juli zur Unterstützung der PLO verabschiedeten mehr als 300 Teilnehmer eine Solidaritätserklärung an die Beschäftigten des Theaters, unterstützt wird darin die Vereitelung des Fronttheaters.

(1) Chassidismus – mystisch-religiöse Richtung innerhalb des Judentums. Rabbi Nachmann (1772–1811) aus Bratzlav am Bug war einer der bedeutendsten Vertreter des Chassidismus. Seine Werke sind heute in Israel noch sehr populär.

MAN Kurzarbeit und Expansion

München. Für das Münchener LKW-Werk der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG (MAN) wurde die Kurzarbeit inzwischen von vier auf acht Tage monatlich ausgedehnt. Mit der Ankündigung von Entlassungen im Herbst wird Druck auf die Belegschaft gemacht. Der Betriebsrat steht jetzt nicht besonders gut da, hat er doch ohne Bedingungen der Kurzarbeit zugesimmt, mit der Begründung, dadurch ließe sich Schlimmeres – Entlassungen – verhindern.

Man muß sich die Geschäftspolitik der MAN jedoch anschauen, dann wird klar, daß das ein Trugschluß ist. Z.B. die Entwicklung im Schiffsdieselmotorenbau: Vor einigen Jahren zunächst Kurzarbeit, dann Entlassungen in Augsburg, Stillegungen in Hamburg. Gleichzeitig der Aufkauf der dänischen Fabrik B&W Diesel A/S. Dann erfolgte die Verlegung der Produktion der 2-Takt-Motoren nach Kopenhagen zur B&W Diesel A/S.

Die Produktion der 4-Takt-Motoren bleibt in Augsburg. Gleichzeitig erfolgte die Entlassung von Hunderten von Arbeitern und Angestellten. Rasmussen, Leiter der Lizenzabteilung in Ko-

penhagen, erklärte im April 1981: „Es besteht kein Zweifel, daß mit MAN und B&W Diesel der vielseitigste und mächtigste Dieselmotoren-Lizenzgeber auf den Plan getreten ist, den die Industrie jemals gekannt hat.“ (MAN, Blick in die Werke 6/82)

In der Tat, MAN hat durch diese Politik heute ihre Spitzenposition im Schiffsdieselmotorenbau erreicht. Jugoslawien, Schweden, Brasilien und sogar der Hauptkonkurrent Japan (mit 40% Marktanteil an weltweiten Schiffstonnagen) sind Lizenznehmer von MAN. Und jetzt baut MAN in Ankara/Türkei ein Motorenwerk für schwere Dieselmotoren. 88 Mio. DM kostet es und wird eine Kapazität von 7000 Motoren jährlich haben.

Das Ziel der MAN ist, wie schon in der Werftkrise jetzt bei rückläufigem LKW- und Busabsatz ihre Profite zu halten und weiter auszubauen. Im Inland wird ein LKW-Umsatz für 1982 von 24000 Fahrzeuge angenommen, das ist nur etwas mehr als im Rezessionsjahr 1967 – da waren es 22714 Fahrzeuge.

Zum Vergleich: 1979 wurden 41613 Fahrzeuge auf dem Inlandsmarkt abgesetzt. Kurzarbeit, Entlassungsankündigungen in den westdeutschen MAN-Werken – gleichzeitig wurde erst vor kurzem ein komplettes Omnibuswerk in den USA errichtet mit voll ausgelasteter Kapazität. Die MAN-Montagewerke in Südafrika und in der Türkei florieren.

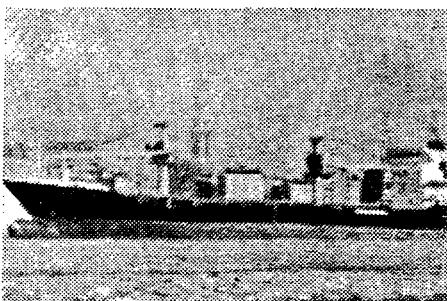
Weltweit treibt sich der MAN-Konzern herum, um gerade in der Krise möglichst viele Konkurrenten auszubooten. Das Nachgeben beim Lohnausgleich für Kurzarbeit hat der MAN nur zusätzliche Geldmittel in die Hand gegeben für diesen Expansionskurs.

E.L.M.A. Tres Profit geht vor Schiffssicherheit

Hamburg. „23 tot – keiner hatte Schuld“; mit dieser Überschrift versuchte die „Bild“ vom 18.6. das gleichlautende Urteil des Seeamtes Hamburg über den Untergang der E.L.M.A. Tres am 26.11.81 an den Leser zu bringen. „Wunder im Bermuda-Dreieck“ hieß die Schlagzeile des „Stern“ eine Woche nach dem Schiffsunglück. Das Wunder hatte darin bestanden, daß das vierundzwanzigste Besatzungsmitglied gerettet werden konnte. Kein Wunder war es allerdings, daß es zu dem Unglück kam.

Mitten in einer Schlechtwetterzone bei Windgeschwindigkeiten von 150

km/h fiel der Motor des Schiffes aus. Allein in der ersten Hälfte 1981 hatte es schon fünf Totalausfälle gegeben. Laut Stau- und Zurrplan durften auf Deck drei Lagen Container gestapelt werden, vier Lagen wurden aber gestapelt (Bild). Auch wurde deren Gewicht nicht überprüft, wie es zwingend und vorgeschrieben ist. Alle 15 Mannschaftsdienstgrade waren in Schnellkursen ausgebildete Filipinos, die gera-



E.L.M.A. Tres: Unbeladen – beladen

de ein Fünftel der für westdeutsche Seeleute zu zahlenden Heuer bekamen. Seit 1979 darf die ÖTV behaupten, daß der E.L.M.A. Tres Reeder Drescher „zu Lasten der Seeleute und der Sicherheit in der internationalen Seeschifffahrt seine Gewinne“ steigert.

All dies focht das Seeamt nicht an. Die Besitzer sind zum großen Teil Reederei-Inspektoren aus den Vorstandsetagen. Als Gutachter waren Sachverständige des „Germanischen Lloyd“ tätig, zuständig für die Fahrerlaubnis. Diese hatten dem Schiff drei Monate vor dem Untergang trotz der häufigen Maschinenausfälle „volle Klasse“ bescheinigt und sich gehütet, vor dem Seeamt etwas anderes auszusagen. Ehemalige Besatzungsmitglieder, die hätten aussagen können, daß die vierte Lage Container schon früher nicht mit dem vorgeschriebenen Laschenmaterial befestigt wurde, sondern nur mit Laschendrähten und Spannschrauben, wurden nicht geladen. Der überlebende 1. Offizier, zuständig für die Sicherheit der Ladung, sagte natürlich, daß alles vorschriftsmäßig gewesen sei. Warum sich schon ziemlich früh Container losgerissen hatten, vermochte er nicht zu erklären.

Ein Seemann schrieb von der drei Jahre alten E.L.M.A. Tres nach Hause: „Hier fährt man nur zweimal. Das erste und das letzte Mal.“ So war es denn auch. Und Dreschers Weste ist ebenso weiß wie trocken.



Wissenschaftsminister Engler auf einer RCDS-Veranstaltung in Freiburg

CDU-Hochschulpolitik

„Unsere Konkurrenzfähigkeit muß verbessert werden“

Heidelberg. „Wir werden beim nächsten Etat (Doppelhaushalt 1983/84; die Red.) bei den Massenuniversitäten die Bremsen reinhauen, um so zu mehr Forschung zurückzukommen,“ so der baden-württembergische Ministerpräsident Späth in einem Vortrag vor der Schwäbischen Gesellschaft. In seiner Regierungserklärung vom 23.5.82 stellte er fest: „Wir dürfen die Hochschulen nicht immer danach bewerten, wie groß ihre Studentenzahlen sind. Die Zahl von Studenten, die später keine Beschäftigung finden, ist weniger wichtig als die Tatsache, daß unsere Hochschulen in Forschung und Entwicklung das leisten, was unsere Gesamtgesellschaft von ihnen erwarten kann und braucht.“ Die christliche Reaktion ist gegenwärtig im Gange, jeden Pfennig des baden-württembergischen Haushaltes direkt für die Zwecke der imperialistischen Großkonzerne nutzbar zu machen. Ende April legte die CDU-Landesregierung die Schwerpunkte ihrer Arbeit in den nächsten Jahren fest: Verstärkung der Förderung des Exports; zügiges Vorantreiben der Grundlagen- und Anwendungsforschung sowie des Technologietransfers zwischen Wissenschaft und Industrie; bedarfsgerechte Strukturierung der Aus- und Weiterbildungseinrichtungen.

Den Hochschulen kommt in diesen Plänen eine wichtige Rolle zu. Sollen sie doch zum einen die Kräfte ausbilden, die in der Wirtschaft die Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Impe-

rialisten durch ihre Kenntnisse schlagkräftig verbessern. Zum anderen sollen sie durch die Ergebnisse ihrer Forschungstätigkeit diese Kenntnisse erst ermöglichen. Der nebenstehende Antrag der CDU-Landtagsfraktion macht deutlich, wie sie diese Probleme zu lösen gedenkt.

Die Landesregierung rechnet mit einem starken Anwachsen der Studentenzahlen in den achziger Jahren. Rigoroses Zusammenstreichen der Mittel in den sprach- und geisteswissenschaftlichen Fächern (v.a. Lehramtsstudienfächer) und Umlenken in die Studienrichtungen, deren Absolventen von den Konzernen sofort gewinnbringend eingesetzt werden können (v.a. Ingenieur- und Naturwissenschaften), sollen den Studentenstrom in die richtigen Bahnen lenken. Dementsprechend tönt die CDU von einem immensen Mangel an Ingenieuren; die Technologiefeindlichkeit der Jugend müsse abgebaut werden; Absolventen von Fachhochschulen technischer Art hätten hervorragende Berufsaussichten.

An jeder Universität sollen ein bis zwei Fachbereiche führend ausgebaut werden. In Mannheim wurden z.B. der Fakultät für Betriebswirtschaftslehre (hier studiert die Hälfte der Studenten) jetzt 35 000 DM Zusatzmittel für 1982 bewilligt. Gleichzeitig wird an der psychologischen Fakultät das Fach Klinische Psychologie auslaufen gelassen (dies haben 80% der Psychologiestudenten belegt), da die Gelder für eine offene Professorenstelle und für Lehr-

aufträge nicht bewilligt wurden. An diesem Fachbereich wird jetzt nur noch das Fach Wirtschaftspsychologie unterrichtet, welches u.a. auch Betriebswirtschaftsstudenten als Wahlfach belegen können.

Zum anderen soll das wissenschaftliche Potential der Hochschulen wieder direkter für die Kapitalisten genutzt werden können. „Forschungshemmisse“ sollen abgebaut werden. Zu diesem Zweck hat die Landesregierung eine Kommission mit Vertretern aus Wirtschaft und Wissenschaft berufen. Wissenschaftsminister Engler hat derweil schon seine Vorstellungen veröffentlicht:

- verstärkte Einrichtung von Professorenstellen auf Zeit der Besoldungsgruppe C2 (ca. 5 000 DM), die schwerpunktmäßig im Forschungsbereich eingegliedert werden sollen;
- Freistellung von Wissenschaftlern zur Beratung der Industrie bei der Einführung neuer Produktionstechniken;
- großzügigere Bewilligung von Forschungsfreisemestern für Professoren;
- Überprüfung der Entscheidung, daß Drittmittel (das sind nicht vom Staat kommende Gelder für die Forschung) über den Staatshaushaltsplan abgerechnet werden müssen.

Ein Beispiel für diese Entwicklung ist ein Projekt, bei dem die Universität Heidelberg und die BASF gemeinsam ein Zentrum für Molekularbiologie einrichten. Finanziert wird dieses 150 bis 200-Mann-Vorhaben von Bund und Land. Die BASF schießt 1 Mio. DM zu und kann dafür die Forschungsergebnisse direkt verwerten.

Gegen die Auswirkungen der Stellenstreichungen und Mittelkürzungen gibt es an den baden-württembergischen Universitäten viele einzelne Kämpfe, die meistens Teile von geplanten Maßnahmen verhindern konnten. So streikten in Mannheim die Psychologiestudenten mit dem Ergebnis, daß das Fach Klinische Psychologie nicht sofort gestrichen wird, sondern die jetzt Studierenden ihr Studium noch zu Ende führen können. In Konstanz führten die Studenten eine Woche lang einen Cafeteriaboykott durch, trotz heftigster Angriffe des Rektors, um damit gegen die Erhöhung der Mensapreise und der Studentenwerksbeiträge zu protestieren. Die Landesastenkonferenz hat jetzt beschlossen, zu Beginn des Wintersemesters einen Workshop zum Thema Studentenwerk durchzuführen, um so die Argumentation der ASten auf fundiertere Grundlagen zu stellen. Im kommenden Semester wird es nötig sein, sich auch eine grundlegende Position gegen die reaktionäre Ideologie zu verschaffen.

Hochschulpolitischer Antrag der CDU

Herausforderungen an die Universitäten in den 80er Jahren

Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung zu ersuchen,

...

I 3. durch die Vorverlegung und die Ausgestaltung der Zwischenprüfungen den Studierenden möglichst frühzeitig durch das Ergebnis dieser Prüfung Aufschluß über ihre fachliche Leistungsfähigkeit zu geben und ihnen somit frühzeitig nahezulegen, die Wahl des Studiums und des Studienfachs zu überdenken.

...

5. sich auf Bundesebene für eine Erhöhung des Darlehensanteils an der Förderung nach dem BAFÖG und für eine Koppelung der Gewährung von Ausbildungsförderung an Leistungsnachweise einzusetzen;

II 1. finanzielle Mittel für zusätzliche Ausbildungskapazitäten (Zusatzzlast) nur in denjenigen Studienfächern einzusetzen, deren Absolventen gute Berufschancen haben.

2. Stellenumschichtungen innerhalb der Universitäten grundsätzlich unter dem Gesichtspunkt der Berufschancen der Absolventen vorzunehmen.

3. diese Ziele in einer Fortschreibung des Strukturplans aus dem Jahr 1977 darzustellen und diese Fortschreibung bis zum Frühjahr 1982 vorzulegen.

4. die Bildung von Forschungsschwerpunkten an den verschiedenen Universitäten zu fördern und die Zusammenarbeit der Universitäten im Forschungsbereich zu verbessern;

5. der Fakultät die Verantwortung für die Sicherstellung des notwendigen Lehrangebots bei der Aufteilung von Forschungs- und Lehraufgaben zu übertragen.

6. einen zentralen Pool von Stellen zur Förderung besonders wichtiger Forschungsaufgaben zu errichten.

7. den Universitäten eine flexible Haushaltsführung zu ermöglichen, beispielsweise durch eine Erweiterung der Möglichkeit der gegenseitigen Deckungsfähigkeit und Übertragbarkeit von Haushaltssmitteln.

Niedersachsen Stadthaushalt 1982 nicht genehmigt

Hannover. Am 22.6.82 kündigte die zuständige Kommunalaufsichtsbehörde der Stadt Hannover – die Bezirksregierung Hannover – an, daß die vom Rat der Stadt mit den Stimmen der SPD, FDP und CDU beschlossene Haushaltssatzung für 1982 nicht genehmigt werden kann. Die vorgesehene Kreditaufnahme von 194 Mio. DM sei zu hoch, sie dürfe nicht mehr als 130 Mio. DM betragen.

Gleichzeitig wurden eine Reihe von konkreten Vorschlägen gemacht, um auf der „Ausbaben“seite entsprechende Einsparungen erzielen zu können:

- Einsparungen beim Rettungsdienst, Zoo, Altenzentrum Geibelstraße, Kinderheim Spiekeroog, Bädern, Friedhöfen, Märkten;
- Abbau von Zuschüssen für die Musikschule, Kommunales Kino, Stadtbüchereien, Freizeitheime, Jugendlager und Feriendorfer;



500 demonstrieren gegen Sparmaßnahmen im Jugend- und Sozialbereich.

– Schließung „nicht unbedingt notwendiger Einrichtungen“ (gedacht ist wohl u.a. an Kinderkrippen und -gärten);

– sofortige „einschneidende Maßnahmen“ bei der Bezugsschaltung der Kleingärtner und durch Verabschließung einer Straßenausbau-Beitragssatzung zum 1.12.1982.

Dabei hatte der Stadtrat Ende 1981 bereits erhebliche Kürzungen im Jugend- und Sozialbereich sowie eine Reihe von Gebührenerhöhungen gegen heftigen Widerstand beschlossen.

Knapp eine Woche nach der Ankündigung der Bezirksregierung haben sich Oberbürgermeister, Oberstadtdirektor, Innenminister Möcklinghoff (verantwortlicher Minister für die Kommunalaufsicht in Niedersachsen) und Vertreter der Bezirksregierung auf einen

Kreditrahmen von 160 Mio. DM geeinigt. Bis Anfang August 1982, erklärte Stadtdirektor Nehring am 30.6., werde das neue Finanzkonzept der Stadt vorliegen. Mit sofortiger Wirkung wurden bereits alle Ansätze bei den laufenden Ausgaben um 10% gesperrt.

In welche Richtung die Kommunalaufsicht unter Leitung des CDU-Innenministers marschiert, machte – ebenfalls am 22.6.82 – Ministerpräsident Albrecht in seiner Regierungserklärung vor dem Landtag deutlich: „Die Finanzsituation des Landes beeindruckt auch die niedersächsischen Gemeinden. Bei den bisherigen, zum Teil einschneidenden Sparmaßnahmen im Landeshaushalt sind die niedersächsischen Gemeinden, verglichen mit der Situation in anderen Ländern, schonend behandelt worden ... Niemand sollte aber vergessen, daß das Land und seine Gemeinden in einem Boot sitzen und in finanziell schwierigen Lagen solidarisch miteinander umgehen und die unvermeidbaren Lasten gemeinsam tragen müssen.“

Weder in der Regierungserklärung Albrechts noch in den konkreten Maßregeln der Bezirksregierung Hannover an die Stadt ist z.B. von einer Erhöhung der seit einigen Jahren unveränderten Gewerbe- und Grundsteuern die Rede. Demgegenüber haben Städte- und Gemeindetag festgestellt, daß ohne eine Erhöhung dieser die Kapitalisten treffenden Steuern die Gemeinden ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen können. Wofür die Einnahmen des Landes verwendet werden sollen, erklärt Albrecht im Landtag (u.a.): „... streben wir neben der Anpassung der technischen Ausstattung der Polizei an neue Erkenntnisse und Entwicklungen eine weitere personelle Verstärkung an, um die Präsenz der Polizei auf der Straße und auf dem Lande zu erhöhen ...“ (Regierungserklärung 22.6.82).

Kieler Stadthaushalt Sparprogramm der CDU wird durchgesetzt

Gerade drei Monate nach der Wahl läßt die CDU aus dem Sack, wie sie sich die Umsetzung ihres Wahlprogramms denkt. Als erstes „entdeckt“ sie im Stadthaushalt Kiel ein 40-Mio.-DM-Loch, zustandegekommen durch einen Haushaltsfehlbetrag aus dem Jahr 81, Rückgänge in den Steuereinnahmen, zur Nachmeldung anstehende Investitionskosten für die Ostseehalle und zur Nachmeldung anstehende Kosten für den Bahnhofsvorplatz. Der jetzt verabschiedete Haushalt sieht eine Mittel sperre von etwa 7 Mio. vor.

Gesperrt wird vor allem im sozialen Bereich: Zusätzlich zu der bereits mit dem Haushalt 82 von der SPD beschlossenen 10%igen Mittelsperre werden noch einmal 10% gesperrt:

Das trifft das Gesundheitswesen (Gesundheitsamt, allgemeines Krankenhauswesen, Städtisches Krankenhaus, Beratungs- und Behandlungsstellen), den Sport- und Freizeitbereich (Sportamt, Sommerbäder, Schwimmanlagen etc.) und den Wohnungsbau (Amt für Wohnungsbau und -wohnungswesen, Bauämter, Förderung des Wohnungsbaus etc.). Und darüber hinaus: Die Mittel für den Neubau eines Kindertagesheims Gaarden werden auf die Hälfte reduziert (von ca. 2,2 Mio. auf 1,1 Mio.), die Mittel für das Spielhaus Gutenbergstraße werden ganz gesperrt. Die Mittel für den 2. Bauabschnitt des Berufsschulzentrums Gaarden werden von 650000 DM auf 100000 DM reduziert. Planungsmittel für Neubaumaßnahmen für Werkklassen werden ganz gestrichen. Der Posten „Aus- und Fortbildung und Umschulung“, worin auch die Kurse an der Volkshochschule für Hauptschul- und Realschulabschluß enthalten sind, wird um 25% gekürzt.

Ganz gesperrt werden die Mittel für den Radwegeausbau, Nahverkehr-Sofortprogramm, für Instandsetzung und Modernisierung städtischer Wohngebäude. Erhöhung von Steuern, die von den Kapitalisten zu zahlen sind, wie z.B. die Gewerbesteuer, lehnt die CDU natürlich ab. Bei ihr zahlt nur einer: die arbeitende Bevölkerung. Während im Sozialen gekürzt wird, beinhaltet der Nachtragshaushalt gleichzeitig neue Ausgaben in der Höhe von 3,5 Mio. DM, darunter allein 3 Mio. DM für die Bereitstellung einer Verpflichtungserklärung für eine Fußgängerbrücke Bahnhof zum noch zu bauenden Bahnhofsvorplatz im gegenüberliegenden Sanierungsgelände.

Baden-Württemberg Kindergärten teurer und schlechter

Mannheim. Das Sozialministerium versucht in Zusammenarbeit mit dem Gemeindetag Kindergartenrichtlinien festzusetzen, die die Situation in den Kindergärten massiv verschlechtern werden. Gleichzeitig ist geplant, die Personalkostenzuschüsse des Landes weiter zu kürzen (von 30 auf 20% der Personalkosten der Fachkräfte), obwohl erst die letzte Senkung der Landeszuschüsse Anfang des Jahres zu Preiserhöhungen geführt hatte. In einer Stellungnahme des Gemeindetags

zum Entwurf des Sozialministeriums heißt es: „Der Gemeindetag begrüßt die Bestrebungen zu einer Überarbeitung der Kindergarten-Richtlinien mit dem Ziel einer allgemeinen Kürzung dieser Richtlinien und eines Abbaus von Mindeststandards und Qualitätsanforderungen“.

Wesentliche Punkte des Ministerialentwurfs sind:

- Erhöhung der Gruppengrößen „in der Regel“ auf 28 Kinder (Gemeindetag: „nicht mehr als 30“);
- Abbau des pädagogischen Fachpersonals: War bis jetzt eine Zweitkraft pro Gruppe „angestrebt“, soll es jetzt höchstens eine Zweitkraft für zwei Gruppen geben, deren Qualifikation nicht mehr festgelegt ist.
- Die bisher festgelegte Mindestquadratmeterzahl (2,4 qm/Kind) will das Sozialministerium zur unverbindlichen Regel machen, während der Gemeindetag sie ganz streichen will;
- Fortbildung des Personals ist nicht garantiert, Personal für Reinigungsarbeiten nicht zwingend vorgeschrieben,



dafür der Einsatz ehrenamtlicher Mitarbeiter geregelt (der Gemeindetag fordert unverbindliche Empfehlungen anstelle von Richtlinien).

In Mannheim hat beispielsweise der Gemeinderat jetzt infolge der Senkung der Personalkostenzuschüsse entgegen der Empfehlung des Jugendwohlfahrtsausschusses eine Erhöhung der Elternbeiträge um mehr als 10% per 1.8. beschlossen, bei neun Gegenstimmen. Auch in den evangelischen Kindergärten werden die Beiträge zum 1.8. erhöht. Gegen die Verteuerungs- und Verschlechterungsmaßnahmen hat sich eine Elterninitiative gebildet, die ihre Forderung auf der entscheidenden Gemeinderatssitzung vortrug (s. Bild), die eine Unterschriftensammlung durchführt und weitere Aktionen plant. In Karlsruhe führt der Gesamtelternbeirat ebenfalls eine Unterschriftensammlung durch, die GEW ruft zum Widerstand auf.

Teststrecke VGH weist Normenkontrollklage ab.

Boxberg. In dem am 7. Juli ergangenen Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Mannheim, Fünfter Senat, wird der Bebauungsplan „Teststrecke“ für Daimler Benz in Boxberg für rechtmäßig erklärt. Die schriftliche Urteilsbegründung soll im Herbst zugestellt werden. Das Urteil ist unanfechtbar. Der Bundschuh will Verfassungsklage erheben.

Hinweggefegt wurden mit dem Urteil u.a. sämtliche Zeugenaussagen, die beweisen sollten, daß sie an der Teilnahme an der Gemeinderatssitzung gehindert worden waren, in der der Bebauungsplan beschlossen wurde. Die Verhörmethode von Richter Freund zielt darauf, diese Zeugen unglaublich zu machen. Für die Urteilsfindung nicht unerheblich dürfte der Vortrag des Oberlandesanwalts gewesen sein, der eine konkrete Planung für die Interessen des Daimler-Benz-Konzerns zum öffentlichen Interesse erklärt hatte. „Dringende Gründe“ erlaubten die Aufstellung eines Bebauungsplans auch ohne Flächennutzungsplan, und die Übernahme einer fremden (nämlich Daimler-Benz)-Planung sei keine unzulässige Verkürzung der Interessensabwägung. Vor allem aber: Jeder der 44 Kläger könne nur eine Gewichtung seiner eigenen, privaten Position erwarten; es sei nicht möglich, die einzelnen Positionen zu einem Gesamtinteresse der Bauern zu addieren. Die privaten Belange Einzelner ständen hinter den gewichtigen öffentlichen Belangen (Schaffung von Arbeitsplätzen) zurück. Die Form der Eigentumsübertragung sei für das Bebauungsplanverfahren unerheblich (gemeint ist die geplante Enteignung der nicht verkaufsbereiten Bauern).

Die Bundschuhgenossenschaft hat dazu erklärt: „Falls diese Entscheidung Bestand haben sollte, so wäre künftig das Eigentum der kleinen Leute schutzlos dem Zugriff der großen Konzerne ausgesetzt. Die Flurbelehrungsbehörde, die nun angetreten ist, die Enteignung durchzuziehen, wird unseren ungebrochenen Widerstandswillen unmittelbar zu spüren bekommen.“ Bauer Hettinger, Bundschuhvorstand: „Das Urteil des VGH zeigt, daß der Rechtsstaat nur auf das große Geld und die Mächtigen zugeschnitten ist. Wir konnten die Klage gegen den Bebauungsplan nur deswegen führen, weil wir uns im Bundschuh zusammengeschlossen haben. Einem einzelnen Bauern wäre das überhaupt nicht möglich gewesen.“

Harte Arbeit sichert kaum die Existenz – wer ist für den Erhalt solcher Zustände?

Die CSU und die von ihr gestellte Staatsregierung werden nicht müde zu betonen, wie sehr sie für die Erhaltung der Bauernexistenzen seien. So z.B. der Landwirtschaftsminister Eisenmann: „Die Bayerische Staatsregierung hat es sich zum Ziel gesetzt, für unser Land eine bäuerliche Landwirtschaft zu erhalten. Gezielte Hilfen des Staates sollen den Bauern eine echte Chance geben, ihren Hof erfolgreich zu bewirtschaften und ihn der nächsten Generation gesund übergeben zu können.“ Nun haben alle Zusicherungen der CSU nicht verhindert, daß in Bay-

geworden. Ich wußte nimmer, wie ich zahlen sollte. Dann bin ich in die MAN gegangen. Ich habe dann jeden Pfennig, den ich hier drin verdient habe, genommen und in die Landwirtschaft gesteckt. Aber wenn meine Frau nicht ihre Erbschaft ausgezahlt gekriegt hätte, ich wäre meine Schulden bis jetzt noch nicht los und hätte vielleicht verkaufen müssen.

Eine Schinderei ist es schon. Im Sommer steh ich meistens schon um vier Uhr auf, hol dann Grünfutter, bevor ich in die Fabrik reinfahr. Abends gibts dann auch immer noch etwas zu

anschau, wie der Mais-Silage macht, und das mit mir vergleicht!

Dann hat er halt fünf oder sechs verschiedene Traktoren, z.B. einen extra mit Schaufellader nur zum Zusammenschieben ins Gebläse. Ich muß mir halt beim Maschinenring den Mähdrescher kommen lassen, das kostet 200 Mark die Stunde. Das Einsilieren mach ich dann selber, ich nehme Urlaub und schau, daß mir der Schwager noch etwas hilft. Und dem Großen macht es auch nicht soviel aus, wenn er mal nicht alles reinbringt. Im letzten Jahr war der Mais stellenweise noch nicht ganz ausgereift, und er hat zehn Tagwerk stehen lassen, die er dann nimmer reingebracht hat, weil es angefangen hat zu regnen und dann zu schneien. Wenn mir das passiert wär, – ich wäre, glaub ich, bankrott gegangen.“

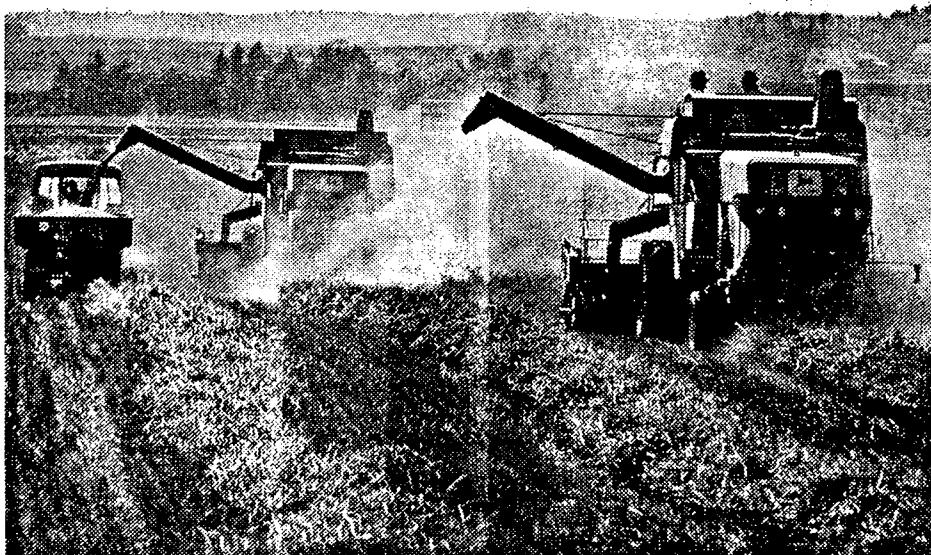
Wie wenig die von der Reaktion so oft beschworene Familienidylle in bäuerlichen Wirtschaften existiert, zeigt folgende Schilderung, die wir einem Leserbrief an das „Landwirtschaftliche Wochenblatt“ entnommen haben:

„Ich bin seit zehn Jahren Schwieger Tochter in einem Nebenerwerbsbetrieb. Die Schwiegermutter ist verwitwet, mein Mann hat eine 40-Stunden-Arbeitsstelle und arbeitet dazu bestimmt noch einmal so viele Stunden auf dem Hof und ist mit Ehrenämtern ausgefüllt. Sein Urlaub gehört größtenteils dem Hof.

Den 6-Personenhaushalt mit 7-Zimmer-Haus versorge ich allein. Die Kinder sind neun, acht und drei Jahre alt, alles Mädchen. Ich melke morgens und abends 14 Kühe, die Oma füttert. Ich kaufe ein, koche, wasche, bügle, putze, mache täglich fünf Betten, überwache Hausaufgaben, erledige alles Schriftliche und Bankgeschäfte, außerdem schaffe ich im Lauf des Jahres ca. 40 Ster Brennholz in den Keller und verheize sie auch wieder, fahre alle drei bis vier Wochen einen halben Tag Jauche.

Zum ersten Schnitt helfe ich silieren, zur Heuernte gable ich ca. 20 Ladewagen Heu ins Gebläse, Stroh- und Grummetpressballen habe ich im letzten Sommer 1000 Stück auf- und abgeladen. Der Schwager hilft gelegentlich, seine Frau schaut bei schönem Wetter gern vom Liegestuhl aus zu.

Und trotzdem schätzt mich meine Schwiegermutter gering... Laß ich mal was von Wochenende, Ferien oder Müttergenesungswerk anklingen, höre ich von meiner Schwiegermutter: „Ich



ern seit den 50er Jahren nahezu 200000 Bauern ihren Betrieb aufgeben mußten – rund 40% der damals existierenden Höfe.

Ein 62jähriger Nebenerwerbslandwirt aus dem Umland von München sagt einiges zu den Gründen. Vor allem ist es die Unterlegenheit des Kleinbetriebs im Verhältnis zu den mittleren und großen Höfen.

„Ich haben meinen Hof von etwa 30 Tagwerk (das sind rund 10 Hektar) 1954 von meinem Vater übernommen. Der Hof war damals völlig schuldenfrei, aber total unmodern. Ich habe dann angefangen umzubauen, neue Maschinen zu kaufen und was es halt so gebraucht hat. Ich mußte dann noch meinen Bruder auszahlen, und mit allem Drum und Dran hatte ich dann Anfang 1960 über 100000 Mark Schulden. Und dann ist es immer schlechter

tun, und wenns dann dunkel wird, geh ich schlafen. Ich wär ja schon längst in Rente. Ich bin schwerbeschädigt (nach einem Unfall auf dem Hof), aber ich kann noch nicht gehen, weil ich noch keine 15 Jahre zusammen habe.

Ich mein, es ist ganz was anderes, wenn man einen großen Hof hat. Schau mal den einen an, der hat bei uns rund 200 Tagwerk Grund. Der hatte zuerst einen Hof im Erdinger Moos, dort wo der Flugplatz hin soll. Den hat er verkauft für rund 16 Millionen. Dafür hat er sich dann bei uns einen Hof mit rund 100 Tagwerk gekauft und Bummerlmast (Aufzucht von Stierkälbern) angefangen mit etwa 300 Stück. Der hat zwar auch Schulden gehabt, aber bei dem ließ so gut, daß er sich nach und nach noch mehr Stücke Land dazu gekauft hat. Wenn ich mir

Die kleinen Bauern müssen sich verschulden, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten

28601 DM gibt der Agrarbericht 1982 der Bundesregierung als durchschnittliches Gesamteinkommen 1981 der landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe in der BRD an, 2383 DM monatlich also. Demgegenüber hatte ein Metallarbeiter, Leistungsgruppe 1, in der Maschinenbaubranche 1981 einen Monatsbruttolohn von 3124 DM einschließlich Urlaubs geld und tariflicher Jahresleistung. Der Bayerische Bauernverband rechnet: „Um ... auf das Entgelt für die eingesetzte Arbeitsleistung zu kommen, sind vom „Gesamteinkommen“ in Höhe von 28601 DM abzuziehen ... 1409 DM für private Steuern, 891 DM für die Alterskasse, 2881 DM für die Krankenversicherung, 296 DM für freiwillige Rentenversicherung, 1108 DM für Lebensversicherung und 1736 DM für das Altenteil ... Bereits dadurch verringert sich das, „Gesamteinkommen“ von 28601 DM auf 20280 DM. Hier von sind nun noch mindestens die mit Eigenkapital finanzierten Nettoinvestitionen abzuziehen: Das waren 1980/81 rund 3026 DM; und schließlich waren 8452 DM an Tilgung für mittel- und langfristige Verbindlichkeiten zu zahlen ... Was für die „Lebenshaltung und Eigenkapitalbildung“ bleibt, sind 8802 DM für die Familie ... In den 8802 DM werden die Arbeitsleistungen für 1,27 Arbeitskräfte als entgolten angesehen. Das ergibt pro Arbeitskraft 6930,70 DM.“ Es ergibt sich monatlich ein „Nettolohn“ von 577,56 DM oder ein Familiennettoeinkommen von 733,50 DM.

Mit diesen 28601 DM liegt das durchschnittliche Gesamteinkommen der Vollerwerbsbetriebe um 13,2% unter dem des Vorjahres, nach Abzug der Teuerungsrate noch niedriger. Die Gründe dafür liegen erstens

in den gesunkenen Erzeugerpreisen. Sonderkulturen ausgenommen, lagen die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte, 1976 als 100 angenommen, 1980/81 bei 98,0. Zweitens bei den Einkaufspreisen landwirtschaftlicher Betriebsmittel. Sie stiegen gegenüber 1976 auf 116,8. Überdurchschnittlich stiegen vor allem die Preise für Brenn- und Treibstoffe (Dieselkraftstoff z.B. auf 192,2) und Neubauten (138,8). Drittens bei den Zinsen: Gegenüber der Steigerung der Verschuldung der Landwirte seit 1977/78 um 23,5% auf 41603 Mio. DM im Jahr 1980/81 nahmen die jährlichen Zinsleistungen der Landwirte im selben Zeitraum um 54,5% auf 3180 DM zu.

An der obenstehenden Rechnung des BBV sticht ins Auge, daß der größte Posten bei den Abzügen mit 8452 DM die „Tilgung für mittel- und langfristige Verbindlichkeiten“ ist. Die Tabelle zeigt 1980/81 einen besonders starken Anstieg der *kurzfristigen* Verbindlichkeiten bei den kleinen, aber auch bei den mittleren Vollerwerbsbetrieben. Diese Entwicklung ringt sogar dem bayerischen Landwirtschaftsminister folgenden Satz ab: „Inzwischen (werden) bei einer verhältnismäßig hohen Zahl von Betrieben die Lebenshaltungskosten zum Teil über Kredite finanziert.“

Zwar sind die größeren Betriebe mit einem größeren Pro-Hektar-Betrag verschuldet, können das aber besser verkraften bei einer Spanne des Gesamteinkommens von 16512 DM der kleinen Vollerwerbsbetriebe bis zu 47993 DM der größeren. Die bayerische Raiffeisen-Zentralbank AG hat 1981 „den bisher besten Jahresabschluß des Instituts“ gemacht.

Quellen: Bayer. Landwirtschaftl. Wochenblatt, 3.4.1982 und 5.6.1982; Süddt. Zeitung, 19./20.5.1982; Agrarbericht 1982 der Bundesregierung.

Verschuldung der Vollerwerbsbetriebe in DM/ha Landfläche

	1977/78	1978/79	1979/80	1980/81
Kleine Vollerwerbsbetr. ¹⁾				
Fremdkapital insgesamt	3 081	2 906	2 989	3 299
dar. langfr. Verbindlichk.	2 136	1 898	1 979	2 194
kurzfr. Verbindlichk.	587	536	556	653
Mittlere Vollerwerbsbetr. ²⁾				
Fremdkapital insgesamt	3 085	3 307	3 363	3 734
dar. langfr. Verbindlichk.	2 166	2 284	2 295	2 548
kurzfr. Verbindlichk.	615	599	645	744
Größ. Vollerwerbsbetr. ³⁾				
Fremdkapital insgesamt	2 783	3 232	3 564	3 892
dar. langfr. Verbindlichk.	1 728	2 072	2 271	2 506
kurzfr. Verbindlichk.	764	794	893	982

1) Betriebe mit unter 30000 DM Standardbetriebseinkommen; 2) Betriebe bis unter 50000 DM Standardbetriebseinkommen; 3) Betriebe mit 50000 DM und mehr Standardbetriebseinkommen.

Quelle: Agrarbericht 1982 der Bundesregierung, Materialband

arbeite schon 51 Jahre, hab mir mit 13 schon mein Brot verdienen müssen und war noch nie im Urlaub. Stimmt, sie ist ein Arbeitstier ...“

Der Bayerische Staatsminister für Landwirtschaft lobt: „Gerade die kleineren und mittleren Betriebe leben bei uns in der Regel sehr sparsam.“ Daß diese Sparsamkeit erzwungen und durch die allergrößte Vergeudung an Arbeitskraft gerade auch der Familienangehörigen ergänzt wird, erwähnt er nicht.

Zur Zukunft der Bauern sagt Eisenmann: „Es ist nicht die Absicht der Bayerischen Staatsregierung, jeden Bauernhof um jeden Preis in der Zukunft zu erhalten. Einen Strukturwandel in der Landwirtschaft hat es schon immer gegeben, es wird ihn auch künftig noch geben. Unser Anliegen ist es, daß dieser Strukturwandel menschlich verläuft. Vor allem wollen wir dem Tüchtigen eine Chance geben.“

Über die Existenz eines Bauern entscheidet aber weniger die Tüchtigkeit als vielmehr ökonomische Gesetzmäßigkeiten, wie Betriebsgröße, techni-



sche Ausstattung und die Größe des zur Verfügung stehenden Kapitals. Daß die gezielte Auslese nach diesen Grundsätzen auch in den richtigen Händen liegt, dafür hat die CSU gesorgt: die Vergabe des Agrarkredits, Kernstück des „Bayerischen Wegs“, liegt in den Händen der Banken. Und der „menschliche“ Verlauf der Ruinierung besteht vor allem darin, daß dieser Vorgang quälend und langsam gestaltet wird. Die Agrarsozialgesetze machen es für einen Bauern schwer, die Plackerei für einen Hof, der sich nicht mehr lohnt, zu beenden, bevor er zum alten Eisen gehört (s. Stichwort).

Gefördert wurde der Nebenerwerb: In Bayern stieg der Anteil der Nebenerwerbslandwirte von 41,7% (1971) auf 48,5% (1978) – sie liefern nicht nur den industriellen Monopolen billige Arbeitskraft und stellen als Eigentümer Manövriermasse für die Reaktion dar – ein Teil von ihnen findet bereits jetzt als Saisonarbeiter Beschäftigung bei den großen Bauern.

Die Bundesregierung hatte die Absicht, Anfang des Jahres bei den Agrarsozialgesetzen, vor allem bei der Altershilfe für Landwirte, einschneidende Änderungen durchzusetzen. Es sollten nicht nur wie bei den Sozialversicherungen für Arbeiter und Angestellte Beitragserhöhungen und Leistungskürzungen vorgenommen werden, es waren grundsätzliche Änderungen vorgesehen. So sollte bei der Altershilfe für Landwirte von der bisher gelgenden Regelung des Einheitsbetrages und der Einheitsrente, die nur mit der Anzahl der Beitragsjahre wächst, abgegangen werden zu gestaffelten Beiträgen je nach Einkommen. Zur Begründung wurde von der Bundesregierung angeführt, daß eine Angleichung an die gesetzliche Rentenversicherung für Arbeiter notwendig sei. Das stieß auf den Widerstand der CDU und der CSU, so daß ganz im Gegensatz zu den Einwendungen des DGB gegen die Eingriffe in die Sozialversicherungen, die gewiß nicht allzu laut vorgebrachten Einwendungen des Bauernverbandes erfolgreich waren. Gewiß ging es der Bundesregierung in erster Linie um Plünderung der Bauern, und eine Beitragserhöhung von 75 auf 94 DM für die Alterskasse wurde auch durchgesetzt. Was die Unionsparteien auf jeden Fall verhindern wollten: Eine vollständige Eingliederung der landwirtschaftlichen Alterskassen in die gesetzliche Rentenversicherung hätte z.B. zur Folge, daß ein 40jähriger Bauer, der aufgeben muß, denselben Rentenanspruch hätte wie ein gleichaltriger Arbeiter. Nach der gegenwärtigen Regelung müßte er bis zu seinem 65. Lebensjahr arbeiten, hätte dann gerade die Mindestanwartschaft erfüllt – es wird ihm in der Regel nichts anderes bleiben als im Nebenerwerb weiterzuwirtschaften.

Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte

§ 2 (1) Ein landwirtschaftlicher Unternehmer erhält Altersgeld, wenn er
 (a) das 65. Lebensjahr vollendet hat und
 (b) für mindestens 180 Kalendermonate Beiträge an die landwirtschaftliche Alterskasse gezahlt hat und
 (c) nach Vollendung des 50. Lebensjahrs das Unternehmen abgegeben hat.
 (2) Vorzeitiges Altersgeld erhält ein landwirtschaftlicher Unternehmer, wenn er
 (a) erwerbsunfähig im Sinne des § 1247 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung ist,
 (b) für mindestens 60 Kalendermonate Beiträge an die landwirtschaftliche Alterskasse gezahlt und
 (c) das Unternehmen abgegeben hat.

Höhe des landwirtschaftlichen Altersgeldes (DM/mlt.)

nach 15 verh.	nach 24 alleinst.
450,10	300,30

571,60 381,40

Die Angaben gelten für 1981. 15 Beitragsjahre sind das Minimum, um überhaupt anspruchsberechtigt zu sein. 24 Jahre sind die höchstmögliche Zahl von Beitragsjahren, da die landwirtschaftlichen Alterskassen 1957 gegründet wurden.

Landabgaberente

Die Landabgaberente wird den landwirtschaftlichen Unternehmern gewährt, deren Betriebe als nicht entwicklungsfähig gelten, sobald sie das 60. Lebensjahr vollendet haben, berufsunfähig geworden sind oder nach Vollendung des 55. Lebensjahrs als nicht mehr in ein anderes Arbeitsverhältnis vermittelbar angesehen werden können, und wenn sie ihren landwirtschaftlichen Betrieb strukturverbessernd abgegeben haben. Die Landabgaberente liegt um 175 DM bei Verheirateten und 115 DM bei Unverheirateten höher als der jeweilige Grundbetrag des Altersgeldes. Von 1969, dem Jahr der Einführung der Landabgaberente, bis 1977 wurden 45645 Unternehmen mit 452769 ha Landfläche in Verbindung mit der Landabgabe abgegeben.



Ausgaben für die landwirtschaftliche Alterskasse Stand 1982 – Jahresangaben

	Nebenerwerbsbetrieb	Kleiner Vollerwerbsbetrieb (10 – 20 ha)	Mittlerer Vollerwerbsbetrieb (30 – 50 ha)
Durchschnittl. Betr.-Einkommen 78/79 Bay.	9 364 DM ¹⁾	28 350 DM	44 322 DM
Ausg. f. Altersk. in % d. Eink.	1 128 DM	1 128 DM	1 128 DM
	12,0	4,0	2,5

1) Das außerlandwirtschaftliche Einkommen betrug im Durchschnitt 22690 DM, davon waren 9% in die gesetzliche Rentenversicherung der Arbeiter zu zahlen, d.h. 2042 DM. Das Betriebseinkommen ist das Einkommen vor Abzug der Steuer oder ähnlichen.

Stellungnahmen zur Reform der Altershilfe für Landwirte

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundeslandwirtschaftsministerium (Gutachten, 1979)

Um die aus der Sicht des Beirates ungünstigen Auswirkungen der derzeitigen Ausgestaltung des landwirtschaftlichen Sicherungssystems abzubauen, schlägt dieser grundsätzlich vor, diese in Richtung auf eine Angleichung an das System der gesetzlichen Rentenversicherung unter Berücksichtigung bestimmter Sonderheiten der Situation der landwirtschaftlichen Unternehmer und ihrer Angehörigen zu reformieren. Im einzelnen empfiehlt der Beirat: (1) Beiträge und Rentenleistungen sind in Abhängigkeit vom individuellen Einkommen nach den Grundsätzen der gesetzlichen Rentenversicherung auszustalten. (2) Leistungen und Beiträge im Verhältnis zum Erwerbseinkommen bei selbständigen Landwirten um ein Drittel niedriger anzusetzen als in der gesetzlichen Rentenversicherung, da in der Landwirtschaft eine zusätzliche Altersversorgung durch das Altenteil gegeben ist.

Minderheitenvotum

Zwei Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats (Prof. Schmitt, Prof. Buchholz) sind dagegen der Meinung, daß die landwirtschaftliche Alterssicherung sich einer größeren Versichertengemeinschaft anschließen sollte, wobei aufgrund der häufigen Wanderungen ein Anschluß an die Arbeiterrentenversicherung sinnvoll ist ... Eine partielle Staatsfinanzierung der landwirtschaftlichen Altersversicherung verstößt daher auch gegen den Generationenvertrag, der als verbindliche Norm allen Alterssicherungsinstitutionen zugrunde liegt; denn infolge der Abwanderung von Landwirten wird ein Teil der landwirtschaftlichen Rentner von der Versorgung durch ihre Nachkommen ausgeschlossen, während diese zur

Verbesserung der Versorgungssituation in einer nichtlandwirtschaftlichen Rentenversicherung beitragen.

Bundeslandwirtschaftsministerium: Stellungnahme zum Gutachten des Beirates (1981)

In der Altershilfe für Landwirte sind folgende Änderungen anzustreben: ... Die bisherige Grundsicherungsfunktion des Altersgeldes gilt weiterhin; der Einheitsleistung entspricht grundsätzlich (siehe aber Beitragsstaffelung unten!, d.V.) ein einheitlicher Betrag ... An der Hofabgabe als strukturpolitische Maßnahme ist festzuhalten ... Unternehmer ertragsschwächerer Unternehmen ohne ausreichende anderweitige Erwerbseinkünfte erhalten eine nach dem Wirtschaftswert gestaffelte Beitragsmäßigung.

Bayerischer Bauernverband: Stellungnahme zum Gutachten (1981)

Weil aber in der Landwirtschaft andere Voraussetzungen vorliegen, als in anderen Bereichen, basiert die gesetzliche Absicherung gegen die sozialen Risiken auf dem Prinzip der Grundsicherung, das jedem Versicherten freistellt, aus eigener Initiative und nach individuellen Bedürfnissen zusätzliche Möglichkeiten der sozialen Sicherung zu nutzen ... Die besonderen Belastungen, die sich aus diesen Folgen des Strukturwandels ergeben, müssen daher von der Gesamtgesellschaft aus Steuermitteln mitgetragen werden. Diese Transferzahlungen dienen jedoch nicht nur der Abdeckung besonderer strukturell bedingter Lasten. Sie dienen auch der Einkommenssicherung. So wie der nationale Spielraum in der Markt- und Preispolitik sich verengt, gewinnt die Agrarsozialpolitik Bedeutung.

Quellenhinweis: Wissenschaftl. Beirat beim BMELF, Agrarsozialpolitik – Situation und Reformvorschläge, Landwirtschaftsverlag 1979; Stellungnahme zum Gutachten. Weiterentwicklung der agrarsozialen Sicherung: Bayer. Bauernverband, versch. Veröffentl.

Reagan verbietet Eisenbahnerstreik

US-Präsident Reagan hat am 9.7. einen landesweiten Streik von 400000 Lokführern verboten und gleichzeitig einen Schlichtungsausschuß einberufen, zu dessen Vorschlägen die Gewerkschaft und die Kapitalisten innerhalb von 60 Tagen Stellung nehmen müssen. Bis dahin sollen alle Kampfmaßnahmen auf jeden Fall ausgesetzt werden. Reagans Verbot zielt darauf, das Streikverbot im öffentlichen Dienst auch auf andere Bereiche auszuweiten. Die Gewerkschaft der Lokführer hatte nach einer Urabstimmung der Mitglieder einen unbefristeten Streik ab 11.7. ausgerufen, weil sich die Kapitalisten weigern, den Lokführern die gleichen Lohnerhöhungen zuzustehen, wie sie schon seit November letzten Jahres für einen großen Teil der Eisenbahnen beschäftigten gelten. Die Lohnerhöhungen betragen zwischen 25 und 30% bei einem 39-Monate-Vertrag, der seit dem 1. April 81 gilt. Das sind jährlich etwa 8%. Darüber hinaus wollen die Eisenbahnkapitalisten den Lokführern noch Zulagen streichen für lange Fahrtstrecken und Zugwechsel an einem

EG-Parlament fordert mehr Türkeihilfe

Auf Antrag des ehemaligen BRD-Verteidigungsministers von Hassel (CDU) hat das Europa-Parlament am 9.7. eine Empfehlung an die EG-Länder beschlossen, Investitionen in die Türkei zu überprüfen und die bisher eingefrorenen EG-Mittel freizugeben, „sobald sich das Land auf dem Weg in die Demokratie befindet“. Die Türkei wurde aufgefordert, 1984 Wahlen abzuhalten. Die Bundesregierung sieht Fortschritte in der Demokratisierung. Staatsminister Cörterer in einer Fragestunde des Bundestags: Die Türkei habe auf dem NATO-Gipfel in Bonn



Zusicherungen für eine „Demokratisierung“ gegeben. Er nannte es eine „Verbesserung“, daß die Frist, innerhalb derer ein Verhafteter einem gesetzlichen Richter vorgeführt

werden muß, von 90 auf 45 Tage verkürzt worden sei. Und was ja jedem abendländischen Menschen ein Zeichen sein müßte: Die Lage der christlichen Minderheit in der Türkei habe sich gebessert. Ebenfalls einen Türkeibesuch machten der Westberliner Sozialminister Fink und die Auslandsbeauftragte John. Fink berichtete, daß er bei der Militärregierung die Bereitschaft gefunden habe, die nach den EG-Abkommen 1986 in Kraft tretende Freizügigkeitsregelung für Arbeitsaufnahme von Türken in der EG abzuändern. Einer Verbesserung der Beziehungen stünden die Vorhaltungen der BRD wegen Menschenrechtsverletzungen im Wege.

Tag. Für den 30. Juli haben die Gewerkschaften von 85000 Zugbegleitern und Schaffnern aus den gleichen Gründen einen Streik bei vorerst drei Gesellschaften angekündigt.

Britische Lokführer nicht entlassen

Entgegen seiner angekündigten Absicht konnte der Vorstand der britischen Eisenbahnen am 13.7. keine Einheit für die sofortige Entlassung aller

28000 streikenden britischen Lokführer finden. Seit dem 5. Juli streiken die Lokführer gegen die geplante Änderung der Arbeitszeit, statt bisher regelmäßig acht Stunden sollen sie nach einem „flexiblen Schema“ zwischen sieben und neun Stunden bei täglich wechselnden Arbeitszeiten arbeiten. Bemühungen der Eisenbahn, bestimmte Strecken aufrechtzuerhalten, scheiterten nach einer Woche an den Streikposten.

Gegen Aufspaltung des Zulu-Gebietes

Die 6000 Delegierten der Zulu-Organisation Inkatha haben auf ihrem Kongreß Mitte der letzten Woche beschlossen, daß sie mit allen Mitteln den Beschuß des südafrikanischen Siedlerregimes, einen großen Teil des „Homelands“ Kwa-Zulu abzuspalten und an das von dem Regime abhängige Swaziland anzugliedern, bekämpfen werden. Das Gebiet ist etwa 1000 Quadratkilometer groß, zu ihm gehören etwa 1 Million der 6 Millionen Zulu. Durch die Abtrennung werden sie zu Ausländern in Südafrika und verlieren alle Rechte. In dem KwaZulu benachbarten Natal arbeiten 200000 Zulu, in den Vororten der Industriestädte, wie Soweto, in die das Regime die schwarzen Arbeiter gezwungen hat, leben mehrere hunderttausend Zulu. Ihre entehrte Lage wird noch weiter verschärft. Darum versucht das Siedlerregime, die Abspaltung selbst gegen die Rechtsprechung der eigenen Gerichte durchzusetzen. Der Chefminister von KwaZulu Buthelezi erklärte: „Wir lassen uns nicht wie Vieh verkaufen.“ Buthelezi, der bisher die Anstrengungen der nationalen Befreiungsorganisationen, den bewaffneten Kampf der Massen zu organisieren, scharf abgelehnt hat, sprach davon, daß „Ergebnisse wie diese Blutvergießen unvermeidlich machen.“ Der Inkatha-Kongreß hat „brüderliche“ Botschaften an den Vorsitzenden der Swapo, ANC und den Präsidenten Mocambiques Samora Machel geschickt.

Neues Gesetz für die LPG in der DDR

Die DDR-Volkskammer hat am 2. Juli das neue Gesetz über die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) verabschiedet. Das Gesetz regelt die Beziehungen zwischen den LPGen und innerhalb der einzelnen LPG neu. In den letzten Jahren sind die LPGen in wachsendem Maß zur industriellen Agrarproduktion übergegangen. Neben einer großen Arbeitsteilung in Betriebe der Pflanzen-

und der Tierproduktion begann eine Spezialisierung der LPGen auf einzelne Produkte. Das neue Gesetz soll die dabei auftretenden Probleme der Kooperation zwischen den Betrieben lösen helfen. Ohne die bewußte Regelung der Zusammenarbeit können bei der vollen Trennung von Pflanzen- und Tierproduktion z.B. der Viehmastbetrieb einerseits nicht ausreichend mit Futtergetreide versorgt und anderer-

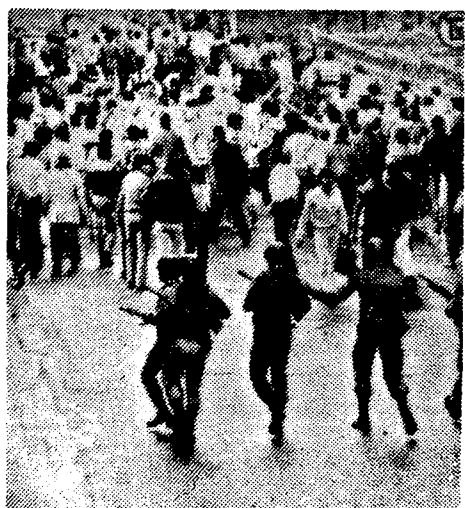
seits die Exkreme der Tierzucht nicht als Düngemittel verwendet werden. Das neue Gesetz sieht Kooperationsräte vor, einen freiwilligen Zusammenschluß verschiedener LPGen, in dem „alle Partner gleichberechtigt, Beschlüsse ... einstimmig gefaßt“ werden. Die BRD-Presse spricht Hoffnungen aus, daß die „schlimmen Fehlentwicklungen“ (FAZ, 3.7.82) in der DDR-Landwirtschaft nicht korrigiert werden. Denn die rasche Intensivierung der Viehhaltung hat die DDR in den letzten Jahren stark von Futtermittelimporten aus westlichen Ländern abhängig gemacht. Gut ein Fünftel des Futtergetreides wurde eingeführt, wertmäßig zwischen 15 und 20% des gesamten Westexports. Verstärkte materielle Anreize sollen die Futtermittelproduktion steigern. Die Genossenschaften dürfen jetzt auf Vollversammlungen die Prämien und Jahresendvergütungen je nach dem Ergebnis unterschiedlich festsetzen. Die Genossenschaftsbauern bleiben Eigentümer des Bodens.

Argentinien

Regierungsmanöver des Militärs, um seine Herrschaft zu retten

Kaum hatten die argentinischen Militärs ihre Kapitulation vor der britischen Aggression auf den Malwinen erklärt, gingen sie auch schon daran, die Regierung umzubilden. Erstmals seit dem Putsch des Militärs 1976 wurde der neue Staatspräsident nicht vom Dreierrat der Oberkommandierenden von Heer, Luftwaffe und Marine ernannt. Für die Ernennung und Vereidigung des nunmehr amtierenden Staatspräsidenten, dem ehemaligen General Bignone, trägt die formelle Verantwortung allein der Oberbefehlshaber des Heeres. Vereidigt worden ist der neue Präsident auf einige Grundsätze, die u.a. die Vorbereitung von Wahlen im Frühjahr 1984 enthalten.

Noch während des Krieges hatten die fünf in der „Multipartidaria“ zusammengeschlossenen Parteien, zu denen die Gerechtigkeitspartei der Peronisten, die radikal-bürgerliche Partei, die Christdemokraten und zwei weitere kleinere Parteien gehören, in einer Entschließung gefordert: die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes, völlige Gewerkschafts- und Parteienfreiheit, die Freilassung aller politischen Gefangenen und die Veröffentlichung eines Zeitplanes bis zur Durchführung von Parlamentswahlen. Bignone führte die Gespräche, die die Militärs begonnen hatten, fort und verkündete für den 1. Juli die Aufhebung des Betätigungsverbots für alle Parteien. Angekündigt, aber noch nicht durchgeführt, ist die Beseitigung der Beschränkungen für die Arbeit der Gewerkschaften. Der Ausnahmezustand herrscht nach wie vor.



Wenige Wochen vor Beginn der britischen Aggression geht das Militär mit brutaler Gewalt gegen Demonstrationen der Gewerkschaften vor ...

Die bisher tatsächlich zugestandenen Rechte – selbst das Versprechen von Wahlen – sind nicht mehr, als die Militärjunta schon vor der britischen Aggression zugestanden hatte, wenn auch ohne genaue Zeitpunkte. Nach den Demonstrationen im November vergangenen Jahres und am 30. März dieses Jahres, die vor allem von den Gewerkschaften organisiert worden waren und an denen sich Zehntausende in verschiedenen Städten Argentiniens trotz blutiger Unterdrückung beteiligten, hatte die Militärjunta die Zulassung von Parteien für diesen Sommer angekündigt und die Durchführung von Wahlen zugestanden.

Nach wie vor ist die eingesetzte Regierung von der Armee abhängig. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, den Staatsbankrott für die Militärs abzuwenden. Es gibt bisher keine Anzeichen dafür, daß der von Bignone eingesetzte Wirtschaftsminister Castero die während der Kriegsführung von der Junta beschlossenen Sondersteuern und -abgaben aufgehoben hat. Sowohl die Erhöhung der Treibstoffpreise als auch die Sondersteuer auf Tabak und alkoholische Getränke werden weiterhin erhoben, wie auch die höheren Steuern auf übertarifliche Lohnzuschläge. Bignone hat, nicht weniger eilfertig als die Militärjunta zuvor, die Zahlung der Zinsen an die imperialistischen Gläubiger garantiert. Sicher ist zunächst die Abwertung des Peso um 27,6% gegenüber dem Dollar – eine Maßnahme, die die weitere Einfuhr imperialistischen Kapitals nur befördern kann.

Das Militär steht derzeit unter doppeltem Druck. Auf der einen Seite gehen die imperialistischen Gläubiger daran, Bedingungen für die weitere Wirtschaftspolitik zu stellen. Die „FAZ“ erwartet, daß „der schon bis zum letzten Loch gezogene Gürtel noch enger gezogen werden muß“. Gegen das von der jetzigen Regierung versprochene Wirtschaftsprogramm – Lohnsteigerungen, Importbeschränkungen für Waren und Kapital – kündigt sie an: „Vor diesem Hintergrund ist fraglich, ob die bevorstehenden Bestrebungen Argentiniens zur Umschuldung seiner Auslandsverbindlichkeiten ... bei seinen Gläubigern und bei Währungsfonds auf Wohlwollen stoßen werden.“

Die Versprechen der Junta gegenüber den Gewerkschaften zeigen auf

der anderen Seite, daß der Widerstand der Arbeiterbewegung gegen die blutige Unterdrückung, die Ausbeutung zu Elendslöhnen durch das imperialistische Kapital und gegen den Ausverkauf des ganzen Landes an die Imperialisten durch den Krieg nicht gebrochen ist. Neben der „Multipartidaria“ hat sich das „Forum zur Verteidigung der nationalen Souveränität und der Demokratie“ gebildet, dem einzelne Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre angehören, das sich auf keinen Burgfrieden mit der neuen Regierung einlassen will.



... und muß schon während der Kriegsführung Zugeständnisse an die Arbeiter machen, die konsequente Kampf gegen die Aggression fordern.

Sollte der Widerstand der Arbeiterbewegung und der politischen Parteien gegen die Auspressungsmaßnahmen der Regierung zu heftig ausfallen, so hat das Militär mit der jetzigen Regierungskonstruktion noch zwei Waffengattungen in der Hand, die notfalls erklären könnten, an der Bildung dieser Regierung nicht beteiligt gewesen zu sein und neuerlich eine Militärjunta als oberste Staatsaufsicht bilden können. Obwohl faktisch aufgelöst, gibt es bisher keinen Beschuß über die Abschaffung des militärischen Dreierrats.

Quellenhinweis: FAZ v. 5.7. und 9.7.82; taz v. 25.6. und 2.7.82; Lateinamerika-Nachrichten Nr. 104, Juni 1982

Brasilien

Verfassungs- und Wahlrechtsänderungen

Für den 15. November 1982 sind in Brasilien Wahlen zu den Gemeinde-, Staats- und Bundesparlamenten vorgesehen. Die regierende PDS (Partido Democratico Social) steht ähnlich wie bei den letzten Wahlen 1978 vor einer Niederlage. Damals gelang es ihr als ARENA (Allianz der nationalen Erneuerung) durch Wahlrechtsänderungen den Erfolg des MDB (Demokratische Bewegung, Sammlungspartei von oppositionellen Organisationen) zu verhindern. Ende Juni beschloß nun

die PDS erneut im brasilianischen Kongreß einschneidende Verfassungsänderungen:

Zukünftig bedarf es einer Zweidrittmehrheit um Verfassungs- und Wahlrechtsänderungen vorzunehmen; Aufhebung der Immunität der Abgeordneten bereits im Fall „von Verstößen gegen die Ehre“ statt bisher bei „Verstößen gegen die nationalen Sicherheitsgesetze“; Erhöhung der Zahl der Abgeordneten von 420 auf 479 zugunsten der PDS; Verbot von Wahlabsprachen zugunsten anderer Organisationen gegen kleinere Parteien gerichtet. Die Gesetzesänderungen wenden sich gegen die oppositionellen Parteien und dabei insbesondere gegen die PT (Partido dos Trabalhadores = Arbeiterpartei). Diese wird gebildet aus Mitgliedern linker Organisationen und der Industrie- und Landarbeitergewerkschaften und hat mit dem Erstarken der Gewerkschaftsbewegung in den letzten drei Jahren großen Zulauf.

Im April mußte das Oberste Militägericht gegen den Führer der PT und den per Regierungsdekret 1980 abgesetzten Präsidenten der brasilianischen Metallarbeitergewerkschaft von São Bernardo, Luis Ignacio da Silva (Lula), und weitere zehn Gewerkschafter in einem Berufungsverfahren das erste Urteil von über 29 Jahren Gefängnis in einen „Freispruch zweiter Klasse“ umwandeln: Das Gericht erklärte sich nicht für zuständig und verwies das Verfahren an das Oberste Bundesgericht, wobei hier die Verjährungsfrist überschritten ist.

Um die PT zu schwächen und die Führer an einer Wahlkandidatur zu hindern, läuft derzeit ein weiteres Verfahren gegen Lula und fünf Mitglieder der PT, darunter Funktionäre der Landarbeitergewerkschaft, vor dem Militägericht in Manaus. Das Programm der PT zu den Wahlen im November läßt sich zusammenfassen: Nationalisierung des ausländischen Kapitals, Landreform, politische und gewerkschaftliche Rechte.

Südafrika

Heftige Kämpfe der schwarzen Goldarbeiter

Seit dem 1. Juli streikten über 20000 schwarze Minenarbeiter in fünf Goldbergwerken bei Johannesburg. Sie forderten statt der von der Bergwerkskammer verfügbaren unzureichenden Lohnerhöhung von 11% für Übertagearbeit und 12% für Untertagearbeit deutlich höhere Löhne. Die jährliche Inflationsrate beträgt zur Zeit 16,5%, die Lebensmittelpreise sind über 25% gestiegen. Polizei und bewaffneter Werkschutz schossen auf die demon-

strierenden Arbeiter und ermordeten neun Schwarze. Mehrere hundert Arbeiter wurden verhaftet, mehrere tausend fristlos entlassen und in die Arbeitsreservate zurücktransportiert.

Die jährlichen Lohnerhöhungen verfügt die Bergwerkskammer, in der sich alle sechs Konzerne zusammengeschlossen haben. Die jetzigen Erhöhungen bedeuten, daß der Mindestlohn für Untertagearbeit auf 129 Rand (1 R = 2,49 DM) und der Mindestlohn für Übertagearbeit auf 100 Rand festgelegt ist. Schon 1979 lag die offizielle Armutsgrenze in Johannesburg für eine sechsköpfige Familie bei 172 Rand. Die Verbraucherpreise stiegen 1980 um 15%, die Lebensmittelpreise um mehr als 25%, 1981 sank die Steigerungsrate nicht. Diese Mindestlöhne liegen also unter der Armutsgrenze.

Schon 1981 hatten im Juli über 10000 Goldminenarbeiter der Anglo-American-Corporation gegen Lohnab-



Jeder siebte Arbeiter arbeitet in Bergwerken

züge gestreikt. Die Anglo-American bestimmte zusammen mit einem anderen Konzern bei der jetzigen Lohnerhöhung im Gegensatz zu den vier anderen Konzernen eine Steigerung um 16%, so liegt dort der Anfangslohn bei 150 bzw. 125 Rand im Monat.

Nach wie vor verdienen die schwarzen Arbeiter nur ein Sechstel dessen, was die weißen Vorarbeiter verdienen. Die rassistischen weißen Gewerkschaften haben jetzt mit Streikdrohung gegen ein Angebot von 9% eine Erhöhung von 12% durchgesetzt.

Die schwarzen Arbeiter haben kein Recht auf selbständige gewerkschaftliche Organisation. 40% der insgesamt 450000 Arbeiter in den Goldminen sind in den Nachbarländern angeworben worden, z.B. Lesotho, Mozambique, Angola. Die übrigen stammen aus den sogenannten Homelands, die das Siedlerregime errichten ließ, um von dort die völlig entrechteten Arbeiter zur Verfügung zu haben. Die Arbeiter haben nur kurzfristige Verträge für das

jeweilige Bergwerk und kein Arbeitsrecht in Südafrika. Die Kapitalisten halten die Arbeiter in bewachten Lagern, getrennt nach der Herkunft. Ein entscheidendes Problem für die Kämpfe der Goldminenarbeiter ist der weitere Aufbau einer unabhängigen Gewerkschaft und deren Anerkennung durch die Kapitalisten. Der illegale Gewerkschaftsbund SACTU hat die Bergarbeiter aufgefordert, den weiteren Aufbau einer Gewerkschaft zu beschleunigen.

Quellenhinweis: Financial Times v. 6.7.82; Facts and Reports Vol. 11, Nr. P/Q, 21.8.81

Irland

US-Kapital auf dem Vormarsch

Eine überraschend schwere Niederlage erlitt die Regierung Haughey vor zwei Wochen im Dubliner Parlament. Mit den Stimmen von unabhängigen linken Abgeordneten, die bisher immer die Regierung unterstützt, wurde ein Gesetzentwurf gegen die Regierungspartei angenommen, der die Regierung zur Unterstützung einer Handtuchfabrik in Kilkenny zwingt.

Die Fieldcrest Towel Factory gehört einem amerikanischen Konzern und einer irischen Tabakfabrik, die aber wiederum stärkere ausländische Beteiligung aufweist. Wegen „steigender Verluste und sich verengender Märkte“ drohten die Kapitalisten mit Schließung – wenn die Regierung nicht großzügig helfe. Nach der Abstimmung mußte die Regierung helfen. Begründet wurde der Gesetzentwurf zur Unterstützung mit den 700 Arbeitsplätzen, die verloren gehen würden.

Das Fieldcrest Handtuchwerk ist eine der zahlreichen Niederlassungen amerikanischer Firmen, mit denen diese auf den EG-Markt – vor allem den britischen – vorstoßen wollen. Die Investitionsbedingungen sind hervorragend. Nach einer Untersuchung des US-Finanzministeriums waren die durchschnittlichen Profite für Investitionen in der Republik Irland in den Jahren 1977 bis 1980 33,7% im Jahr, also mehr als doppelt so hoch wie Profite aus allen EG-Ländern (durchschnittlich 16,8%) oder im Weltdurchschnitt (14,3%).

Kein Wunder, daß US-Firmen jetzt Hauptanleger in der Republik sind, 51,8% des angelegten Kapitals 1980 kamen aus den USA, auf dem zweiten Platz liegen die westdeutschen Kapitalisten mit 7%.

Möglich sind solche Superprofite mit Löhnen, die nach Angaben der irischen Regierung selbst seit 1979 real kontinuierlich sinken und zu den niedrigsten Industrielöhnen in der EG

zählen. Die Arbeitslosigkeit betrug 1981 10,5%. Und ständig strömen neue Massen von Bauernsöhnen und -töchtern auf den Arbeitsmarkt, die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten ist im Zuge der EG-Konzentrationsmaßnahmen von 29,4% im Jahre 1968 auf 19,2% im Jahr 1980 gesunken worden.

Klappt es einmal mit den Superprofiten nicht so, wie die Kapitalisten planten, wird die Regierung mit der Drohung „Arbeitsplatzverlust“ erpreßt – siehe oben. Haughey wollte sich einmal, erfolglos, dagegen wehren. Aber auch seine Regierung macht die Politik der bedingungslosen Öffnung Irlands für das ausländische Kapital mit. Firmen für Exportprodukte erhalten 15 Jahre lang vollständige Befreiung von Gesellschaftssteuern, danach Vergünstigungen.

Quellenhinweis: Financial Times u.a. v. 17.5.82, Handelsblatt 22.3.82

Schweden

Regierung will zwei Karenztage mehr

Die konservative Regierung Schwedens plant, in der gesetzlichen Krankenversicherung zwei weitere Karenztage einzuführen. Bisher erhält jeder Beschäftigte 90% des Bruttolohns als Krankengeld gezahlt mit einer Höchstgrenze bei 90% von 120700 skr (rd. 48000 DM). Dieses Krankengeld wird ab dem Tag, der der Krankmeldung folgt, gezahlt und unterliegt der Besteuerung. Neben der Einführung von zwei weiteren Tagen, an denen kein Krankengeld gezahlt wird, will die Regierung das Krankengeld während einer gewissen Zeit auf 87% senken und die Höchstgrenze herabsetzen. Dadurch soll das Haushaltsdefizit von insgesamt fast 71 Mrd. skr (29 Mrd. DM) um 1,4 Mrd. skr (0,6 Mrd. DM) gesenkt werden.

Vor allem erhoffen sich die schwedischen Kapitalisten eine Senkung der Lohnsumme. Die Unternehmen und Selbständigen finanzieren zu 85% durch Beiträge die Krankenversicherung, der Rest wird durch Staatszuschüsse gedeckt. Jede Ausgabensenkung macht sich so als Bares bei den Kapitalisten bemerkbar. Daß sie im vergangenen Jahr die Krankheitstage im Schnitt von 21,2 auf 19,4 Tage je Beschäftigten senken konnten, genügt ihnen noch nicht.

Die Sozialdemokratische Partei (SAP) wendet sich gegen die Einschränkung der Versicherungsleistungen und hofft damit die Reichstagswahlen im Herbst zu gewinnen. Die SAP schlägt zur Stärkung der schwedischen Monopole in der härter werden-

den Konkurrenz auf dem Weltmarkt stattdessen vor, die Staatsverschuldung weiter zu erhöhen und durch eine Art Vermögensbildung den Kapitalisten größere Kapitalsummen zur Verfügung zu stellen. Die Arbeiter und Angestellten sollen ein Prozent ihrer Lohnsumme in den Arbeitnehmerfond einzahlen, der dann Aktienanteile von Unternehmen kauft.

Die drei konservativen Parteien dagegen wollen die direkte Stärkung der Kapitalisten durch Lohnsenkung und Einschränkung der Versicherungsleistungen, die von den Kapitalisten be-



Schweißerin auf einer Werft

zahlt werden. Demagogisch wenden sie sich gegen die hohe Steuerbelastung.

Die Gewerkschaften wollen im Fall der Einführung von Karenztagen bei den im Herbst stattfindenden Tarifverhandlungen fordern, daß die Kapitalisten Lohnfortzahlung als Ausgleich leisten. Eine Bresche ist bereits geschlagen. Die mehrheitlich von Sozialdemokraten regierten Gemeinde- und Provinzverbände haben bereits erklärt, daß sie vollen Ausgleich leisten würden.

Quellenhinweis: Schwed. Institut (SI), Wahljahr 1982, Aktuelle Inform. März 1982; SI, Sozialvers. in Schweden, 1981; Handelsblatt, 28.6.1982.

Niederlande

Angriffe auf die Soldatengewerkschaft

Unter dem Verdacht, Geheimdokumente und Zeichnungen der mit nuklearen Waffen ausgestatteten Militäranlagen besessen und weitergegeben zu haben, hatte die niederländische Militärpolizei am 18. Juni vier wehrpflichtige Soldaten festgenommen und in Untersuchungshaft gesteckt. Inzwischen sind alle wieder auf freiem Fuß, die Anklage wegen Unterschlagung von Staatsgeheimnissen steht immer noch. Die vier Soldaten sind alle Mit-

glieder der Soldatengewerkschaft VVDM (Vereinigung der wehrpflichtigen Soldaten), drei sind im Vorstand.

In einem Flugblatt, welches gleich nach der Verhaftung in allen Kasernen verteilt wurde, betont der VVDM, daß es sich bei den angeblichen Geheimdokumenten um Papiere mit dem Aufdruck „Dienstgeheimnis“ handele und daß unter diese Kategorie nahezu alles, was von der Soldatengewerkschaft an Informationen gesammelt werde, falle. Das Verteidigungsministerium habe die Verhaftungen nur angeordnet, um die Gewerkschaftsmitglieder innerhalb der Armee einzuschüchtern.

Tatsächlich muß der niederländischen Regierung alles daran gelegen sein, die Tätigkeit der Soldatengewerkschaft einzuschränken. Der VVDM hat inzwischen 20000 Mitglieder. Das ist die Hälfte aller Wehrpflichtigen. Seit seiner Gründung 1966 hat er eine ganze Reihe von Forderungen der wehrpflichtigen Soldaten durchgesetzt: Der Wehrsold ist dem Jugendmindestlohn angekoppelt worden. Dadurch ist er von 55 Gulden netto im Monat auf 795 Gulden gestiegen. Die Dienstzeit ist von 24 auf 14 Monate heruntergesetzt. Die Soldaten haben Anspruch auf 23 Urlaubstage. Die Gruppenpflicht ist abgeschafft. Es gibt keine Wochenendbereitschaft mehr. Vorgesetzte können keine Arreststrafen mehr verhängen. Das alles zusammengenommen hat die Kriegsfähigkeit der niederländischen Armee stark herabgesetzt. Die Kriegsvorbereitungen der NATO und insbesondere der NATO-Doppelbeschuß haben bisher diese Entwicklung eher noch beschleunigt. Große Teile der Soldatengewerkschaft beteiligen sich an einer Kampagne zur Verweigerung des Wachdienstes an Atomwaffen. Schon seit längerem wird die Moral und Kampfkraft der niederländischen Armee von den imperialistischen Verbündeten in Zweifel gezogen.

Hauptteil des Besuches von Kanzler Schmidt vom 7. bis 8. Juli in Den Haag war eine nichtöffentliche Aussprache mit den Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses des niederländischen Parlaments. Beide Regierungen seien sich darin einig, daß der Westen eine einheitliche Position bei den Abrüstungsverhandlungen mit dem Osten haben müsse. Man dürfe Moskau hierüber nicht im Zweifel lassen, teilte Schmidt nach Abschluß der Sitzung der Presse mit. Mit Sicherheit ist von westdeutscher Seite die geplante Verminderung der niederländischen Streitkräfte um 2,5% kritisiert worden, genauso wie auf eine Entscheidung für den NATO-Doppelbeschuß gedrängt wurde. Voraussetzung für eine aggressive Militärpolitik ist aber, daß die Soldatenbewegung gezähmt wird.

Quellenhinweis: Algemeen Dagblad 18.6. - 3.7.82; tz 23.6., 29.6., 9.7.82; FAZ 10.7.82

Griechenland

Fortschritte der Gewerkschaftsbewegung EG-Imperialisten üben Druck aus

Nachdem die griechischen Bankangestellten seit Anfang des Jahres über einen neuen Lohntarif verhandelten und seit dem 27. Mai mit Streik, Dienst nach Vorschrift und Bummelstreiks ihre Forderungen durchzusetzen versuchten, konnten sie am 6. Juli einen Abschluß erreichen, der zum Teil ihren Forderungen entspricht. Der Zusammenschluß der griechischen Bankgewerkschaften war eingetreten für eine Erhöhung der Gehälter um 1% je Dienstjahr sowie eine Änderung der Dienstzeitberechnung: Die Wehrpflichtzeit und die Tätigkeitsjahre in anderen Arbeitsbereichen sollten voll auf die Gesamtdienstzeit angerechnet werden. Die Regierung hatte zunächst angeboten eine Erhöhung der Gehälter um 25% in den untersten Dienstzeitstufen bis zu gar keiner Erhöhung in den höchsten Dienstaltersstufen. Mit einem Abschluß, der rückwirkende Erhöhungen der Gehälter ab 1. März zwischen 25 und 13% nach Dienstalter vorsieht, Anrechnung der Militärzeit auf die Dienstzeit und Angleichung der verschiedenen Banktarife ab 1.1.83, konnten die Bankangestellten einen Teil ihrer Forderungen durchsetzen.

Das zur Zeit noch gültige Arbeitsrecht und die in langen Zeiten der Illegalität unter den Militärdiktaturen zersplitterten Gewerkschaftsstrukturen erschweren die Kampfführung der Bankangestellten beträchtlich. Über

4000 Gewerkschaften sind bei den griechischen Gerichten registriert, meist sind sie Berufsgruppen aus einem Betrieb. Zum Teil haben sich diese Berufsgruppen regional zusammengeschlossen, die Industriegewerkschaften und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, zu dem die meist verstaatlichten Banken gehören, bilden jeweils nationale Gewerkschaftsbünde. Gemeinsame Zusammenschlüsse von Gewerkschaften der Industrie und des öffentlichen Dienstes sind verboten.

Obwohl die regierende „Panhellenische Bewegung“ (PASOK) längst den Entwurf für ein neues Arbeitsgesetz vorgelegt hat, wandte die Regierung gegen die Bankangestellten und andere Kämpfe der Arbeiter und Angestellten das 1976 von der konservativen Regierung Karamanlis beschlossene Arbeitsrecht an. Einzelne Gewerkschaften werfen der PASOK vor, sie habe die Verabschiedung des neuen Arbeitsgesetzes herausgezögert, bis die diesjährigen Lohntarife abgeschlossen sind. Mit dem neuen Arbeitsgesetz sollen wesentliche Einschränkungen des Koalitions- und Streikrechts, das die griechische Arbeiterbewegung zum ersten Mal 1975 in der Verfassung verankern konnte und das durch die Arbeitsgesetze von 1976/77 erheblich beschränkt wurde, beseitigt werden.

Die damals regierende „Neue Demokratie“ (ND) boxte eine Gesetzge-

bung durch, die in vielen Punkten den Arbeitsgesetzen der Obristen entsprach. Spontane Streiks, politische Streiks und Solidaritätsstreiks sind verboten bei Androhung von Gefängnis- und Geldstrafen. Die Durchführung von Streiks, die länger als 24 Stunden dauern, ist legal fast unmöglich. Staatliche Zwangsschlichtung ist für fast alle Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaften und Kapitalisten vorgesehen. Die Kontrolle der Gelder der Industriegewerkschaften steht völlig unter staatlicher Fuchtel, der Staat erhebt Zwangsbeiträge bei jedem Arbeiter und teilt diese Gelder nach seinem Gutdünken auf die Gewerkschaften auf. Im öffentlichen Dienst werden die Beiträge freiwillig gezahlt, allerdings auch in eine staatliche Kasse. In beiden Be-



Demonstration der griechischen Arbeiter im Herbst 1981 für einen einheitlichen Gewerkschaftsverband und die Absetzung der von den Obristen eingesetzten Funktionäre

Keine Freizügigkeit nach EG-Beitritt

Für seine EG-Mitgliedschaft seit dem 1.1.1981 hat Griechenland den in der EG dominierenden Imperialisten weitgehende Freizügigkeit des Kapitalverkehrs und einen Abbau der Schutzzölle einräumen müssen. Die griechische Forderung, mit der EG-Mitgliedschaft auch sofort die volle Freizügigkeit auf dem EG-Arbeitsmarkt herzustellen, wurde vertagt bis 1988. Bis zu dem Jahr braucht ein griechischer Arbeiter für die Einreise in die BRD eine Aufenthaltserlaubnis, die an eine Arbeitserlaubnis gebunden ist; eine Arbeitserlaubnis wird aber seit dem Anwerbestopp 1974 nicht mehr erteilt. Auch der Zugang von Familienangehörigen eines in der BRD lebenden griechischen Arbeiters ist beschränkt; zwar können Angehörige jederzeit einreisen, be-

kommen aber bis einschließlich 1983 nur dann eine Arbeitserlaubnis, wenn sie schon drei Jahre in der BRD gelebt haben. Erst ab 1986 gibt es keine Wartezeiten mehr. Damit sind diese Familienangehörigen auf dem Arbeitsmarkt von vornherein zu Arbeiten zu schlech-

Griechische Werktätige in der BRD

	1976	1980
in der BRD lebende		
Griechen	353 700	297 500
davon im Alter von		
15 – 55 Jahren	234 700	206 900
lohnabhängig		
besch. Griechen ...	178 800	132 980
in % der ausländ.		
Lohnabhängigen ..	9,2	6,4
Zuzug von Griechen		
in die BRD	16 004	14 787
Fortzug aus der		
BRD	58 200	29 247
BRD-Aufenthalt		
8 Jahre u.m.	127 600	205 200

Quelle: Stat. Jahrbuch BRD, div. Jahrgänge

testen Bedingungen, ohne Versicherungsschutz gezwungen. Nur für die bereits in der BRD beschäftigten griechischen Lohnarbeiter fallen gewisse Einschränkungen des Ausländerrechts: Sie haben Anspruch auf unbefristete Arbeitserlaubnis und können ihre Beschäftigung frei wählen.

Beschränkungen der Freizügigkeit griechischer Lohnarbeiter gelten für alle EG-Länder. Damit haben sich die BRD-Imperialisten durchgesetzt, die fast 90% aller griechischen Lohnarbeiter ausbeuten, die in EG-Staaten und Skandinavien beschäftigt sind. Zwar gibt es seit 1972 faktisch keine Auswanderung aus Griechenland mehr, übersteigt die Zahl der aus der BRD nach Griechenland zurückkehrenden Arbeiter weit die Zahl der Zuzüge in die BRD. Aber die BRD-Imperialisten rechnen damit, daß sich in den ersten Jahren von Griechenlands EG-Mitgliedschaft die Wanderungsbilanz noch einmal umkehrt; sie gehen davon aus, „daß in den

reichen ist den Gewerkschaften die Bildung von Streikkassen untersagt.

Trotz dieser Unterdrückung und Zersplitterung hat die Gewerkschaftsbewegung seit dem Sturz der Militärs beachtliche Erfolge erringen können. In erbitterten Kämpfen haben die griechischen Arbeiter zwischen 1975 und 1980 Reallohnsteigerungen von ca. 30% durchsetzen können und die Gewerkschaftsbewegung konnte sich festigen. 1979 streikten die Arbeiter und Arbeiterinnen im AEG-Betrieb Pitsos fast fünf Monate, bis ihre Forderungen erfüllt waren. Im Oktober 1980 gelang es den Gewerkschaften in allen Branchen, einen eintägigen Generalstreik zu führen, der nahezu vollständig befolgt wurde und zur Durchsetzung neuer Tarife führte. Der diesjährige Kampf der Bankangestellten wurde von zahlreichen Gewerkschaften unterstützt mit Solidaritätsstreiks, die Tabakarbeiter in Nordgriechenland begannen ebenfalls mit Streiks, um ihre Forderungen nach Besserung der Arbeitsbedingungen und 35% Lohnerhöhung durchzusetzen.

Die imperialistischen Mächte in der EG üben seit Antritt der Regierung kräftigen Druck auf die PASOK aus. Zahlreiche Arbeiter, Kleinbauern, Handwerker und Kleinhändler hatten die PASOK unterstützt, weil sie in den Wahlen im Oktober 1981 für den Austritt Griechenlands aus der NATO und der EG eingetreten war. Noch in seiner ersten Regierungserklärung hatte Papandreu den arbeitenden Klassen die Unterstützung ihrer Forderungen zugesichert: Uneingeschränktes Koalitions- und Streikrecht gegenüber den Gewerkschaften, Anhebung der Erzeu-



Ca. 34% der Erwerbstätigen Griechenlands arbeiten in der Landwirtschaft, 29% in der Industrie, vorwiegend in Kleinbetrieben. Die ausländischen Fabriken beuteten vor allem Frauen aus.

gerpreise für die Bauern, Aufrechterhaltung der Importzölle für Gebrauchsgüter, um den Ruin des Kleinhandels und der handwerklichen Produktion durch die europäischen Kapitalisten zu verhindern. Die europäischen Finanzbourgeoisie setzten diese Forderungen innerhalb der EG erheblichen Widerstand entgegen. Die westdeutschen Imperialisten z.B. versprachen sich vom EG-Beitritt Einfluß auf „die politische Stabilität des Landes“⁽¹⁾: „Denn der Beitritt Griechenlands und der damit verbundene Einfluß auf die griechische Wirtschaftspolitik und Gesetzgebung wird zu einem stetigeren Wirtschaftsklima führen...“⁽¹⁾ Von der neuen Arbeitsgesetzgebung befürchtet die „FAZ“: „Als unübersehbar werden die Auswirkun-

gen des neuen Gewerkschaftsgesetzes beurteilt.“ Lambsdorff hat die Bedenken des BRD-Imperialismus Mitte Juni erneut in Athen vorgebracht. (s. Pol. Ber. 14/82)

Kurz darauf bildete Papandreu das gesamte Kabinett um, die Vorsitzenden der größten verstaatlichten Banken stellen den Finanz-, den Wirtschafts- und den Sozialminister. Obwohl das ausländische Kapital die griechische Exportindustrie schon zu 80% beherrscht, hat die PASOK ein neues Investitionsgesetz verabschiedet, das den Zufluß ausländischen Kapitals noch beschleunigen soll. Statt die Kämpfe der Arbeiter und Bauern zu unterstützen, gibt Papandreu zunehmend den Forderungen der westeuropäischen Imperialisten nach.

Die griechischen Arbeiter und Bauern haben die imperialistischen Bemühungen, „politische Stabilität“ in Griechenland zu schaffen, zuletzt nach dem Putsch des Militärs 1967 in blutiger Unterdrückung zu spüren bekommen. Mag sein, daß die PASOK-Regierung weiteren Putschversuchen durch Nachgiebigkeit gegenüber den Imperialisten auszuweichen versucht. Aber wie will sie mit Erfolg den imperialistischen Erpressungen Schranken setzen, wenn nicht die arbeitenden Klassen über gefestigte Organisationen verfügen, mit denen diese ihre Interesse durchsetzen können?

(1) Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Deutsch-Griechische Handelskammer (Hrsg.), Der Investitionspartner Griechenland bei seinem Eintritt in die EG, Köln 1980; weiterer Quellenhinweis: taz v. 6.7.82 und 9.7.82; FAZ – Blick durch die Wirtschaft v. 22.6., 25.6. und 6.7.82; Greece 1980, A sociological Review, Athen 1981

ersten Jahren des Beitritts ein dauernder Auswanderungsdruck in den Beitrittsländern herrschen wird, da sich im industriellen Bereich dieser Länder erst wettbewerbsfähige Angebotsstrukturen herausbilden müssen“. (DIW-Wochenbericht 51 – 52/78) Die geplante Vernichtung der griechischen Konkurrenz – vor allem Klein- und Mittelbetriebe in Familienbesitz – würde abertausende griechischer Lohnarbeiter arbeitslos machen und zur Auswanderung zwingen. Zwischen 1960 und 1970 kamen dagegen $\frac{2}{3}$ der griechischen Auswanderer aus der Landwirtschaft.

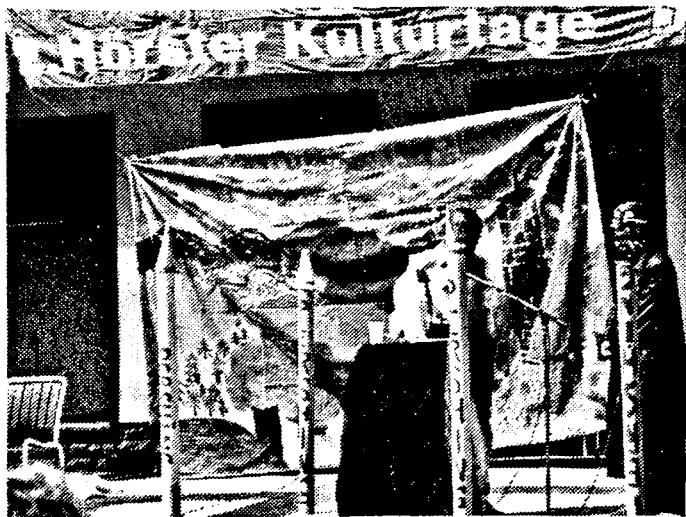
Zwischen Griechenland und der BRD besteht ein Abkommen über ein Kreditsonderfonds vor der Ratifizierung, aus dem aus der BRD zurückkehrende griechische Arbeiter Finanzhilfen bei der Existenzgründung erhalten sollen. Den BRD-Imperialisten war es schon lange ein Dorn im Auge, daß die rückkehrenden Arbeiter sich nicht etwa in den griechischen Tochterfirmen deutscher Kon-

zerne ausbeuten ließen, sondern daß sich viele mit ihren Ersparnissen selbstständig machen. So klagt die Bundesstelle für Außenhandel, daß die Rückkehrenden nicht ohne weiteres bereit seien, eine vergleichbare Tätigkeit im Heimatland zu wesentlich niedrigerem Lohn auszuüben, daß nur etwa 10% der Belegschaften in griechischen Produktionsstätten der BRD-Kapitale sich aus dem Kreis der Rückkehrer rekrutieren. Außerdem habe die Tendenz zur Selbstständigkeit in einigen Branchen schon zu einer gewissen Konkurrenz für die deutschen Kapitale geführt. Mit dem Kreditsonderfonds soll das anders werden: Damit können die rückkehrenden griechischen Arbeiter, auch wenn sie sich selbstständig machen, weiter an das BRD-Kapital gefesselt werden, das über Kreditauflagen auch das Entstehen unliebsamer Konkurrenz für das BRD-Kapital verhindern kann. Darüber hinaus behalten die BRD-Kapitalisten den Zugriff auf eine Summe von 750 Mio. DM,

die Ersparnisse, die griechische Arbeiter und Kleingewerbetreibende im Jahre 1981 aus der BRD nach Griechenland transferiert haben.

1975 hatten die Übertragungen von griechischen Arbeitern im Ausland ein Volumen, das 35% aller Exporte und 13% aller Importe Griechenlands entsprach, und waren so ein wesentlicher Posten für den Ausgleich der griechischen Zahlungsbilanz mit dem Ausland. Aber ständig führen die Imperialisten Klage darüber, daß diese Übertragungen hauptsächlich in den privaten Konsum fließen – nämlich in den Lebensunterhalt der im Land gebliebenen Familienmitglieder – und damit für die Imperialisten unwiderruflich verloren sind. Kreditsonderfonds wie im Fall Griechenlands sollen da Abhilfe schaffen und verstärken noch den BRD-Einfluß auf die Wirtschaft des Landes.

Quellenhinweis: Deutsches Institut f. Wirtschaftsforschung (DIW), Wochenbericht Nr. 51 – 52/78; Die Quelle 3/8



2. Hörster Kulturtage der IG Druck und Papier

„Wir können nicht ‚friedlich‘ sein, wir müssen etwas für den Frieden tun“

„Für den Frieden arbeiten“, war das Motto der Kulturtage der IG Druck und Papier vom 25. bis 27.7. im Schulungsheim Hörste. Im Aufruf heißt es: „Unsere Verhältnisse sind nicht friedlich, nicht in der Welt, nicht im Betrieb, nicht in der Gesellschaft: Rüstungsausgaben steigen, Sozialausgaben werden gekürzt, unsere Rechte werden eingeschränkt, Arbeitsplätze werden vernichtet. Deshalb können wir nicht ‚friedlich‘ sein, wir müssen etwas für den Frieden tun. Was heißt Frieden für uns? Filmt, fotografiert, malt, singt, schreibt, spielt Theater und kommt nach Hörste.“ Etwa 150 Gewerkschafter beteiligten sich mit Beiträgen, weitere 350 kamen zum Zuschauen und Diskutieren, wesentlich mehr als im Vorjahr.

Franz Kersjes, IG Druck-Landesvorsitzender Nordrhein-Westfalen, sagte bei der Eröffnung: „Es geht den Reichen und Superreichen nicht darum, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, es geht ihnen ausschließlich um den Profit – das führt zu Kolonialismus, Imperialismus und zu Kriegen – Für den Frieden arbeiten, heißt für die Beseitigung der Zustände zu kämpfen, die uns bedrücken“.

Die Beiträge drückten verschiedene Strömungen der Friedensbewegung aus. So reichte die Bilder- und Plakatausstellung von der Zeichnung „DDR-Flüchtling verblutet im Stacheldraht“ bis zur satirischen Gestaltung einer

„BILD“-Seite über die „Greuelaten“ des „Bolschewismus“. Bei den Liedbeiträgen viele traditionelle pazifistische Lieder wie „We shall overcome“ oder „Sag mir, wo



die Blumen sind“, aber auch Aktuelles gegen die Kriegsvorbereitungen. So der „Feminal-Tango“:

Frauen und Männer Seite an Seite im Dienst des Staates Dienst am Gewehr Gleich sind Schritte, gleich sind die Tritte und was noch gleich ist, das sind die Herrn! (2. Strophe, Melodie: Kriminaltango; Text: Bielefelder Friedensinitiative).

Eine Szene der DGB-Theatergruppe Bielefeld: An einem Pult mit Deutschlandfahne preist ein Sozialdemokrat das „Netz der sozialen Sicherheit“ an. Pickelhaube unterbricht

ihn, er braucht Geld für die Rüstung, weil alle Sozialleistungen nichts nützen, wenn die Russen im Land stehen. Der Sozialdemokrat gibt ein Kleidungsstück nach dem anderen; Symbole für Sozialleistungen: Am Schluß ist die Bühne gefüllt mit Raketen; der Sozialdemokrat in der Unterhose (Abgeordneten), die er behalten darf. (Siehe Bild)

Das „Umbruch-Theater“ Essen: Drei Kapitalisten sitzen in einem Bunker und spielen „Monopoly“, um das Profitmachen nicht zu verlernen. Sie haben sich für den Krieg entschieden, weil anschließend die Profiterwartungen enorm sind. Als sie aus dem Bunker klettern, um zur Tat zu schreiten, herrscht Aufstand gegen ihren Krieg.

Mit den Kulturtagen will die Gewerkschaft nicht nur die Möglichkeit schaffen, Kulturbeträge aus ihren Reihen darzustellen und zu diskutieren. Es soll dabei auch überlegt werden, wie die Kultur in den betrieblichen Auseinandersetzungen stärker eingesetzt werden kann: „Der erfolgreiche Kampf der Heinze-Frauen hat viel von seinem Schwung und seiner Kraft aus den inzwischen weit bekannten Liedern und Gedichten gezogen.“ (Aufruf des Bezirks Köln/Bonn).

Die Kulturtage sollen im nächsten Jahr wieder stattfinden. Das Thema wird dann voraussichtlich „Ausländerpolitik“ sein.

Der Feind: sehenswert

Im Augenblick läuft in den Kinos der BRD der türkische Film „Der Feind“. Das Drehbuch hat Yilmaz Güney geschrieben, er hat auch bei den Dreharbeiten vom Gefängnis aus mitgewirkt. 1974 war er während der Produktion eines neuen Filmes festgenommen worden. Man lastete ihm den Mord an einem in der Nähe erschossenen Richter an. Die Militärjunta verschärft die Lage in den Gefängnissen, und Güney floh 1981 aus dem Internierungslager bei Istanbul. Das Thema des Films ist die Arbeitslosigkeit in einer mittleren türkischen Großstadt. Die Lage einer Familie wird geschildert, die an den Verhältnissen zerbricht. Der Vater Ismail ist arbeitslos und kann seine Angehörigen nicht ernähren. Da in der Türkei in der Regel keine Arbeitslosenversicherung existiert, schlägt er sich und seine Familie mit Gelegenheitsarbeiten durch. Seine Frau wird Prostituierte und verläßt schließlich Mann, Tochter und Mutter. Noch heute – und wieder verschärft angewendet unter der Militärjunta – gilt in der Türkei ein 1937 erlassenes Gesetz, das den Künstlern verbietet, sich mit gesellschaftlichen Problemen und Ereignissen zu beschäftigen. Um so eindrucksvoller ist dieser Film, der sehr offen die Armut des Volkes schildert und – nicht ohne Humor – die Widersprüche unter den Volksmassen zeigt. Die Intensität der Darstellung, vom Thema und auch vom Filmtechnischen her, mag manchen Leuten zu gefühlvoll erscheinen, sie ist hier unüblich.

Im Schlaraffenland der Jahrhundertwende

Vaterland und Kaisertum, Familie, Ehe und Ehrbarkeit: dann richtet sich – will man der Selbstdarstellung der Bourgeoisie glauben – das Leben, zumindest das des Bürgertums, im Deutschen Kaiserreich, diese Werte hielten Moral und Sitten aufrecht. Wie verlogen und falsch diese Darstellung der Bourgeoisie ist, kann man durch den sozialen Zeitroman Heinrich Manns, zuerst erschienen 1900, erfahren. Im „Schlaraffenland“ des Börsenspekulanten Türkheimer leben alle von dem zusammengestohlenen Vermögen des Spekulanten. Alle Beziehungen der Menschen zueinander sind bestimmt von dem Geld,

das dort „unter den Möbeln rollt“ und ein jeder einsacken will. Alle Meinungen und Anschauungen sind käuflich. Sie werden vertreten je nachdem, ob sie den Aufstieg im „Schlaraffenland“ sichern. Der jugendliche Schriftsteller, den die alternde Frau Türkheimer sich hält, schwärmt Türkheimer, der von des Schriftstellers Börsengewinn von 30000 Mark berichtet, vor: „Von gefälschten Presseanträgen, Irreführungen der öffentlichen Meinung und ausgeplünderten Bevölkerungsmassen zu faseln, das überlasse ich den Moralisten. Für mich überwiegt in Ihrer Individualität und in Ihrer Wirksamkeit das Ästhetische.“ „Wo wird denn über die höchsten Interessen der Nation entschieden, wo regen sich die echten Leidenschaften ...? Es ist doch klar: in einer halben Stunde, die ich ... vor der Börse zubringe, habe ich mehr wirkliche Macht zu fühlen bekommen als während einer ganzen großen Haupt- und Staatsaktion.“

Da die Macht des Bourgeois in der Darstellung Heinrich Manns auf *zusammengestohlem* Geld beruht und nicht, wie tatsächlich, auf dem Privat-eigentum und auf der gesetzlich gesicherten Aneignung des von den Arbeitern produzierten Mehrwerts durch die Kapitalisten, kann H. Mann bei aller scharfen satirischen Geißelung der Verkommenheit der Bourgeoisie in diesem Roman keine vorwärtsweisende Kritik führen, die sich loslöst von der Vorstellung, daß vor der Börsenzeit die Welt noch in Ordnung war.

H. Mann, *Im Schlaraffenland. Ein Roman unter feinen Leuten*. Knaur TB 740, DM 7,80.

Stimmungsbilder vor dem 1. Weltkrieg

„Ein Porträt der Welt vor dem Ersten Weltkrieg 1890 – 1914“ nennt Barbara W. Tuchman, Präsidentin der Historiker-Vereinigung in den USA, ihre Sammlung von acht Einzeldarstellungen. Sie ist durchdrungen von einer entsetzlichen Objektivität, mit der sie, unter Verzicht auf öffentliche Kenntnisnahme der Geschichte der Arbeiterbewegung, den verschiedensten Reaktionären und Liberalen Denkmäler setzt.

Sie würdigt ein Monstrum des englischen Uradels, Premierminister Lord Salisbury, der in seiner „absolut kompromißlosen Haltung“ nie versuchte, „aus seiner Mißachtung für den Mob ... ein Geheimnis zu machen.“ Unkom-

mentiert bringt sie in seiner Person dem Leser die Meinung der herrschenden Klasse Großbritanniens nahe: „Er verglich die Iren wegen ihrer Unfähigkeit, sich selbst zu regieren, mit den Hottentotten.“ Also ist die Absicht, allen „Wilden“ die eigenen Gesetze aufzuzwingen, bloß vernünftig.

Neben der Würdigung des amerikanischen Republikaners Reed, der in seiner Funktion als Sprecher des Parlaments die imperialistische Politik der USA zu behindern suchte, steht die des Captain Mahan, der mit seinem Buch „Der Einfluß der Seemacht auf die Geschichte“ der US-Regierung die theoretische Rechtfertigung für ihre Annexion Hawaiis und gleich anschließend der Philippinen lieferte. Kaiser Wilhelm II. ließ Mahans Buch auf allen Schiffen studieren.

An der weltweiten Friedensbewegung, die sich in den neunziger Jahren herausbildete, sind nach B. Tuchmans Darstellung hochgesinnte Adelige wie Bertha von Suttner entscheidend beteiligt. Dem Dynamitkapitalisten Nobel freundschaftlich verbunden, repräsentierte sie die Friedenskräfte auf den Haager Konferenzen und förderte sie durch Teegesellschaften für die Delegierten. Die rumänische Königin steuerte ein Gedicht bei.

Als erwähnenswerte Kräfte im Kampf gegen den Kapitalismus erscheinen nur die Anarchisten. Deren Einzelkämpferum und grundsätzliche Unfähigkeit, eine Organisation herzorzubringen, werden ausgemalt. Mit Interesse breitet B. Tuchman die Methoden aus, mit denen die Regierungen in Europa und den USA nach anfänglicher Furcht die Anarchisten verfolgen und fast ausrotten.

Mit der Aneinanderreihung dieser Kapitel schafft die Autorin ohne ausdrückliche Zusammenfassung eine Darstellung der Gründe, die den ersten Weltkrieg ermöglichten. Diese sollen sein: Untergang der alten Klasse der Adligen, die vom Regieren etwas verstanden und beim Volk beliebt waren, Scheitern aufrechter Demokraten in ihren Bemühungen, Krieg zu verhindern. Denn das bürgerlich-demokratische System ist zwar gut, die Menschen aber sind ihm, da unheilbar aggressiv, nicht gewachsen. Eine internationale Arbeiterklasse, die organisiert handeln könnte, gibt es nicht.

B. W. Tuchman, *Der stolze Turni*, Knaur TB 3671, 14,80 DM

Rommel

Liberal-konservative Plädoyers für Konsumverzicht

Im Lauf der 70er Jahre hat die CDU ihren Einfluß über die Gemeinden, Städte und Landkreise stark ausbauen können. In etlichen Großstädten wie Stuttgart, München oder Frankfurt, die als Domänen der SPD gegolten hatten, konnten die Unionsparteien die Oberbürgermeisterposten und die Stadtverwaltungen übernehmen. Die erste Großstadt, wo dies gelang, war Stuttgart. Bei der OB-Wahl 1974 erhielt Rommel im zweiten Wahlgang 58% der abgegebenen Stimmen. Für die Wahl im kommenden November, zu der Rommel wieder antritt, erwartet die CDU mehr Stimmen schon im ersten Wahlgang. Vermutlich begründet sich aus dieser Entwicklung das bürgerliche Interesse an Veröffentlichung von Rommels gesammelten Weisheiten, „Abschied vom Schlaraffenland. Gedanken über Politik und Kultur“. Der Band ist eine Sammlung von Reden und Aufsätzen aus den letzten zehn Jahren, gehalten bzw. veröffentlicht aus den verschiedensten Anlässen. Neben allerlei Geschwätz über Laugenbrezeln, Stuttgarter Honig, Fußball oder auch einer Karnevalsbüttenerede finden sich einige Hinweise, wie die konservative Politik in den vergangenen Jahren operierte.

Bereits 1972, damals noch Ministerialbeamter im baden-württembergischen Finanzministerium, nachdem er jahrelang die rechte Hand Filbingers gewesen war, verlangte Rommel eine Wende in der Reproduktionslage der Lohnabhängigen: „Wir leben über unsere Verhältnisse“. „Es gilt als modern, das Unmögliche zu wollen, eine Einstellung, die einer realistischen Politik große Schwierigkeiten bereitet.“ Geplant werden könne, was finanziert werden könne. Finanziert werden könne, wofür Steuern da seien. Aber: „Vor sozialromantischen Vorstellungen wird – gerade im Interesse der Reformfinanzierung und des Fortschrittes – dringend gewarnt. Was unsere Wirtschaft an Steuern aufbringen kann, richtet sich im ganzen danach, welche Steuerlast konkurrende Unternehmen im Ausland zu tragen haben ... Was bleibt, sind Ausgabenkürzungen. Die Kürzung geplanter oder in Aussicht genommener Ausgaben ist unausweichlich, wenn die öffentlichen Finanzen wieder geordnet werden sollen. Dies werden Kürzungen im Bereich der überhöhten Erwartungen sein.“

Um höheren Ersatz für geschrägten materiellen Konsum war Rommel in den folgenden Jahren häufig besorgt wie folgt: „Entscheidend ist, mehr und mehr Menschen bewußt zu machen, daß sie neben materiellen Bedürfnissen wesentlich tieferstehende Bedürfnisse haben ...“ „Neue Ziele, Werte, gehörten stärker ins Bewußtsein derjenigen, die materiell einbauen, und zwar „Ziele, die auf metaphysischem Grund stehen, also auf der Bindung des Menschen zu Gott oder, für die, die diese Formulierung stört, auf der Idee der Menschlichkeit, also auf der Moral, wie auch immer man diese begründen mag“. In den Schulen sollen die neuen Werte an die Leute gebracht werden, und auch in der Kunst: „Die Bedeutung der Kunst für die Menschen wächst. Die Politik muß das erkennen, sie muß nicht nur ein Klima der Toleranz und der Aufgeschlossenheit schaffen, sondern sie muß den Bürgern, vor allem den jungen Bürgern, die das wollen, den Zugang zum Kulturleben besser ebnen.“ Solchen Unverbesserlichen, die wie letzten Sommer in der Stuttgarter Bunten Fabrik Kunst gegen die herrschende Klasse machen, wird der rechte Zugang zum Kulturleben auch schon mal mit Polizei, Baumaschinen und jeder Menge Strafverfahren geblendet. So soll dann als tieferer Zweck der Kunst das bessere Verständnis der Gedankenwelt von Leuten wie Rommel herauspringen: „... die Fähigkeit, Gedanken anderer aufzunehmen, Empfindungen anderer nachzuempfinden, Geduld mit anderen Meinungen zu haben, auf Neues neugierig zu sein, ohne dem Neuen nur deshalb zu verfallen, weil es neu ist, und Wertvorstellungen auszubilden.“

Gegenüber der Haushaltssanierung von Bund und Ländern mit ihren bereits erheblichen finanziellen Belastungen für die Kommunen empfiehlt Rommel, der ja Präsident des Deutschen Städtetags ist: Die Kommunen sollten ihren Teil daran schon tragen. Da sich darin die Haltung eines Kommunalpolitikers auch der CDU schlecht erschöpfen kann, wird angefügt: Die nicht zweck-

gebundenen Finanzzuweisungen an die Kommunen sollten doch bitte schön erhöht werden. Mit mehr Nachdruck wird allerdings verlangt, daß mit den Möglichkeiten, vor Gerichten die Entscheidungen von Stadtverwaltungen anzufechten, aufgeräumt wird. Fast schon mit Leidenschaft dann: Übertragung des Denkmalschutzes an die Kommunen. Aber nur an die größeren: „Es mag problematisch sein, die Festlegung, welches Gebäude ein Denkmal ist, kleinen Kommunen zu übertragen.“

Von Interesse ist die Begründung, mit der Rommel die Übertragung von Aufgaben an die Kommune verlangt: „Der Subsidiaritätsgrundsatz, das heißt die Verlagerung möglichst vieler Zuständigkeiten auf die politische Ebene, die am nächsten beim Bürger ist, muß wieder entschlossen in der täglichen politischen Praxis zur Geltung gebracht werden“ Mit eben demselben Grundsatz betreiben die Unionsparteien die Streichung staatlicher Sozialleistungen und ihre Überwälzung auf die Familien der Lohnabhängigen. Das Urheberrecht für eine solche Sorte „Stärkung kommunaler Selbstverwaltung“, mit der den Lohnabhängigen vor Ort eleganter das Fell über die Ohren gezogen werden soll, gebührt Rommel.

Manfred Rommel, *Abschied vom Schlaraffenland – Gedanken über Politik und Kultur*. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 1981.

Deutsch-türkische Beziehungen (1)

Koloniale Plünderungsfeldzüge gegen das Osmanische Reich

Wenn bundesdeutsche Politiker sich über das Verhältnis BRD – Türkei auslassen, kann man sicher sein, daß sie eines als selbstverständlich hinstellen: daß die BRD mit den Plünderungs- und Expansionsfeldzügen des Deutschen Reiches nichts, aber gar nichts mehr gemein habe. Heute sei man auf Stärkung der Demokratie und Stabilisierung der Wirtschaft in der Türkei bedacht, auf Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen. Tatsächlich aber ist das deutsch-türkische Verhältnis ein Musterbeispiel für die Hartnäckigkeit, mit der die deutschen Imperialisten trotz zweier verlorenen Weltkriege noch immer an ihren imperialistischen Zielen festhalten. Diese Ziele waren stets und sind auch heute räuberisch und auf Plünderung und Knechtung der türkischen Arbeiter und Bauern gerichtet. Wenn die Kapitalisten mehr unter sich sind, sind sie mit ihrer Tradition auch schnell sehr viel weniger zimperlich. Der Münchener Professor H. Gross stellte vor vier Jahren fest: „Unter den westeuropäischen Wirtschaftspartnern der Türkei ist die Bundesrepublik Deutschland fraglos der wichtigste; sie rangiert im türkischen Außenhandel an erster Stelle, beschäftigt die meisten türkischen Gastarbeiter und leistet als Kredit- und Kapitalgeber wie auch als Entwicklungshelfer einen maßgeblichen Beitrag zur ökonomisch-sozialen Modernisierung der Türkei. Damit setzt sie eine in die Zeit des Deutschen Reiches und der Weimarer Republik zurückreichende außenwirtschaftliche Tradition fort, die ihren Ausdruck in einem spezifisch engen türkisch-deutschen Bezugsvorhältnis gefunden hat, wie es mit keinem anderen europäischen Staat besteht.“

Genau hundert Jahre zuvor, im Jahre 1878, hatte das Deutsche Reich auf der Berliner Konferenz erstmals seine Teilnahme an der kolonialen Plünderung des Osmanischen Reiches angekündigt. Zu diesem Zeitpunkt war der feudale osmanische Vielvölkerstaat bereits zu einer europäischen Halbkolonie geworden. Seit 1535 hatten europäische Mächte, angefangen von Frankreich über England, die Niederlande bis hin zu Österreich-Ungarn und Preußen, dem osmanischen Reich nach und nach „Kapitulationen“ aufgezwungen: Abkommen, in denen sie für ihre Kaufleute und Kapitalisten zollfreien Zugang zum osmanischen Markt, Steuereinfreiheit und ungehinderten Handel durchsetzten. Schritt für Schritt hatten sie so die anfangs hochentwickelte Manufakturwarenherstellung im osmanischen Reich zurückgeworfen und sich die Einkünfte aus dem Levante- und Fernosthandel gesichert. Mitte der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts war dann der Untergang der osmanischen Manufakturen durch die ungehinderte Einfuhr europäischer Industriegüter abgeschlossen.

Zusätzlich hatte das osmanische Reich 1854 auf englischen Druck am Krimkrieg teilgenommen und zur Finanzierung einen ersten Auslandskredit aufgenommen. 1856 gründeten britische und französische Kapitalisten die „Ottoman-Bank“ in Konstantinopel, die sich sofort das Monopol für alle osmanischen Staatsan-

leihen verschaffte. Bis 1874 nahm die osmanische Regierung über diese Bank Kredite von nominal 238,773 Mio. osmanische Lira auf. Davon bekamen sie überhaupt nur 127 Mio. Lira ausgezahlt, den Rest behielt die Ottoman-Bank gleich als Emissionsgewinn in ihren Kassen. 1874 machten die Zins- und Tilgungszahlungen auf diese räuberischen Kredite bereits 80% der Steuereinnahmen aus. Trotz ständig steigender Steuerlasten zur Bezahlung dieser Schulden, die die osmanischen und arabischen Bauern immer weiter ins Elend drückten, mußte der osmanische Staat 1876 seinen Bankrott erklären. Die imperialistischen Gläubiger traten zusammen und beschlossen auf dem Berliner Kongreß, eine gemeinsame Finanzkontrolle einzurichten, die „Dette Publique Ottomane“, die 1881 ihre Arbeit aufnahm. Diese imperialistische Schuldeneintreibebank zog alsbald ein Drittel der Steuereinnahmen des Feudalregimes gleich zur Weiterleitung an die Imperialisten ein und beschäftigte Tausende von Steuereintreibern im ganzen Land. Das Deutsche Reich war im Verwaltungsrat der „Dette“ vertreten. 4,7% der osmanischen Staatsschuld war in seiner Hand, gegenüber 38,9% in französischen und 28,9% in britischen Händen.

Die strategischen Absichten der deutschen Imperialisten gegenüber dem Osmanischen Reich waren von Anfang an weitreichend. Die Kontrolle des Osmanischen Reiches, das damals noch die Gebiete des heutigen Syrien, des Irak, Libanons und Palästinas sowie die Küste der arabischen Halbinsel zum Roten Meer umfaßte, hätte bedeutet: Kontrolle, zumindest aber ständige Bedrohung des englischen Seeweges nach Indien. Bedrohung des Russischen Reiches von Süden her. Kontrolle des Balkan und damit die Ausweitung des unter deutscher Hegemonie, aber zusammen mit Österreich-Ungarn angestrebten „Großwirtschaftsraum Mitteleuropa“ nach Südosteuropa. Kontrolle der Landverbindung von Europa nach Asien und Afrika. Kontrolle und Plünderung der Reichtümer des Osmanischen Reiches selbst, der Ölquellen an Euphrat und Tigris, der Erze in Anatolien usw.

Zu diesem Zweck mußte das Deutsche Reich den osmanischen Staatsapparat gerade so weit befestigen, daß er als Gewaltapparat gegen die Völker des Feudalreiches intakt blieb und als militärische Macht gegen die anderen Kolonialmächte nützlich sein konnte – freilich unter striktem deutschen Kommando.

Noch 1880 wurde der preußische Regierungsrat Wettendorf als Unterstaatssekretär in das osmanische Finanzministerium entsandt. Ihm folgte im gleichen Jahr ein deutscher Vizedirektor für die osmanische Zollverwaltung, ein Rechtsberater für das osmanische Außenministerium, 1882 ein Unterstaatssekretär für das osmanische Ministerium für öffentliche Bauten. Noch im gleichen Jahr trafen auch die ersten hohen preußischen Offiziere zwecks „Reorganisierung“ der osmanischen Armee ein. Sie übernahmen sofort die Leitung der Militärschulen. Vor allem aber veranlaßten sie und die ihnen folgenden preußischen Generäle Kähler und von der Goltz, von denen von der Goltz bis 1895 als 2. Stabschef das osmanische Militär leitete, durch Bestechung der osmanischen Offiziere den Sultan zu umfangreichen Waffenbestellungen. Von der Goltz schrieb an Bismarck: „Falls wir die Schenkungen wiederholen, bin ich davon überzeugt, daß die obengenannten Paschas uns große und wertvolle Hilfe leisten werden. Eine ganze Reihe von Generälen sind unsere guten Freunde. In regelmäßigen Abständen erhalten sie die für sie bestimmten Geldsummen.“

1887 begann so die „erste größere Etappe in der Entwicklung des deutschen Orienthandels“, wie der Nahost-, „Experte“ Holborn später sinnig feststellen sollte, mit der Lieferung von 500000 Gewehren und 50000 Karabinern der Firmen Mauser und Löwe an die osmanische Armee. Kanonen von Krupp folgten. Alle Waffenlieferungen wurden durch Kredite finanziert, steigerten also die Verschuldung bei deutschen Banken weiter.

Der zweite Hebel der deutschen Imperialisten zur Ausplündierung des osmanischen Reiches war der Bau von Eisenbahnen. 1888 hatte die Deutsche Bank nach langem Drängen die erste Konzession für die Bagdad-Eisenbahn erworben, mit der sich die deutschen Imperialisten eine direkte Verbindung zum persischen Golf und den dortigen Ölquellen schaffen wollten. Vor allem aber sollte der Bau den osmanischen Staat teuer zu stehen kommen. Die Konzession für den ersten Bauabschnitt – die Strecke Ismir bis Ankara – sicherte der Deutschen Bank für 99 Jahre eine Mindesteinnahme von 15000 Schweizer Franken je Bahnkilometer und Jahr zu. Die osmanische Regierung mußte den größten Teil der Baukosten übernehmen und der „Anatolischen Bahngesellschaft“, die die Deutsche Bank zum Bau und Betrieb der Bahnlinie gegründet hatte, den Getreidezehnten aller von der Bahn

durchzogenen Gebiete verpfänden. Zusätzlich erhielt die Deutsche Bank die Bahnlinie von Haidar Pascha nahe Konstantinopel bis Ismir für 6 Mio. Schweizer Franken verkauft, die Hafenanlagen von Haidar Pascha übernahmen deutsche Schiffahrtsgesellschaften. Bei der für die weiteren Abschnitte 1903 errichteten Bagdad-Bahn-Gesellschaft waren die Finanzbetrügereien noch ausgefeilter. Hier stellte die Deutsche Bank als Gegenleistung für 99 Jahre garantierte Einnahmen von 15000 Schweizer Franken je Bahnkilometer und Jahr lediglich 15 Mio. Schweizer Franken als Betriebskapital. Die Baukosten von 300 Mio. Schweizer Franken mußte der osmanische Staat als Kredite bei deutschen Banken aufnehmen und dafür erneut Teile seiner Steuereinnahmen verpfänden. Der Grund und Boden entlang der Bahnlinie wurde zum großen Teil „kostenlos“ erworben, da sowieso im Besitz der Feudalregierung oder von bestechlichen Großgrundbesitzern.

Zu Beginn des ersten Weltkrieges stellte sich die Lage für das Deutsche Reich wie folgt dar: die 2500 km lange Bagdadbahn war erst auf knapp 1630 km in Betrieb. Die Anatolische Bahngesellschaft hatte bei Konia an der Bahnlinie 50000 ha Land für den Baumwollanbau bewässert, ein ähnliches Bewässerungsprojekt für 500000 ha Baumwollplantagen in der Ebene von Adana war vorbereitet. Die Deutsche Bank kontrollierte beide Bahnen und einen Großteil der osmanischen Staatsschulden. Der Baumwollanbau entlang der Bahnlinie lag in den Händen der „Deutsch-Levantinischen Baumwollgesellschaft“, die die Frauen und Kinder der Bauern ausbeutete, die entweder schon vor dem Bahnbau, spätestens aber danach von ihrem Land vertrieben worden waren. Die „Anatolische Industrie- und Handelsgesellschaft“ beutete Frauen und Kinder in ihren Baumwollpreßwerken und Entkernungsanlagen aus. Der Stinnes-Konzern hatte eine erste Beteiligung an den Kohlegruben von Eregli erworben. Insgesamt beließen sich die deutschen Kapitalanlagen auf 1 Mrd. DM, knapp die Hälfte davon waren türkische Staatspapiere. Damit war das Deutsche Reich zum zweitgrößten Kapitalanleger im Osmanischen Reich nach Frankreich aufgestiegen. Vor allem aber kontrollierte es das osmanische Heer.

Diese Kontrolle nutzte das Deutsche Reich sofort. Unter Täuschung des osmanischen Kabinetts begannen der deutsche Admiral Souchon mit deutschen Schiffen, der durch Bestechung gewonnene Kriegsminister Enver Pascha und der osmanische Admiral Cemal Pascha mit osmanischen Schiffen einen Angriff auf die russische Schwarzmeerflotte. Das Osmanische Reich war so gezwungen, ein Bündnis mit dem Deutschen Reich einzugehen.

Binnen kürzester Zeit mußte die Regierung des Deutschen Reich um Waffenlieferungen und Kredite angehen. Bereits 1917 waren ihre Schulden um weitere 3 Mrd. Mark gestiegen. Zeit also, um von Seiten der deutschen Imperialisten ans Kassieren zu gehen. Das Auswärtige Amt verlangte immer nachdrücklicher die Aushändigung von „Pfändern“ für die osmanischen Schulden. Am 7. April 1917 legte eine Konferenz deutscher Ministerien intern die Liste der alsbald zu erwerbenden „Pfänder“ fest:

- „1. Die Steinkohlekonzessionen von Heraklea, die durch Liquidation der französischen Gesellschaft und durch Übertragung der Konzession auf Deutschland gesichert werden sollten;
2. die türkischen Kupfergruben von Arghana Maden, die in türkischem Staatsbesitz waren, sollten an Deutschland übertragen werden;
3. Die Blei- und Zinkerzvorkommen von Balia und Bulghar sollten teils durch Liquidation der französischen Gesellschaft, teils durch Übertragung der türkischen Besitzrechte unter deutsche Kontrolle kommen;
4. Die Ansprüche der Bagdadbahn auf die Erdölvorkommen in Obermesopotamien und Mossul müßten unter allen Umständen erreicht werden, ebenso die Sicherung des Abtransports zum Persischen Golf ...;
5. die Phosphatlager an der Hedschasbahn und bei Es-Salt wären ebenfalls an Deutschland zu übertragen; darüberhinaus die Asphaltvorkommen im Jarmuktal und bei Ladikije;
6. die vollkommene Erfassung der türkischen Erzvorräte wäre durch die Liquidation der (britischen, d. Red.) Borax-Company erreicht worden, die Deutschland Borazitvorkommen bei Panderma zugeführt hätte, und die Übertragung der türkischen Konzessionen auf die Manganerzvorkommen in Villajet Brussa hätte Deutschland den Stahlveredler eingebracht.“

Die vielgerühmte „deutsch-türkische Waffenbrüderschaft“ im ersten Weltkrieg erwies sich so als ein auch heute noch lehrreiches Beispiel für die „Partnerschaft“ zwischen den deutschen Imperialisten und einem Staat der Dritten Welt. Die Niederlage des Deutschen Reiches befreite das Osmanische Reich von diesem auf kolonialer Unterwerfung erpichten „Waffenbruder“ fürs erste.

Quellenhinweis: H. Keskin, Die Türkei vom Osmanischen Reich zum Nationalstaat, Berlin 1981; F. Fischer, Griff nach der Weltmacht, die Kriegspolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 1961; K. Wiedenfeld, Die deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen und ihre Entwicklungsmöglichkeiten, München und Leipzig 1915; P. Rohrbach, Die Bagdadbahn, Berlin 1902; H. Holborn, Deutschland und die Türkei 1878 - 1890, Berlin 1926; K.D. Grothusen, Die Türkei in Europa, Göttingen 1979

Computergestützte Arbeitsmittel

Neue, stumpfsinnige, niedrigsttarifizierte Arbeit im Anmarsch

Eine Umfrage, die das Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 1979 unter 300000 westdeutschen Erwerbspersonen durchführte, ergab: (hochgerechnet) 717000 männliche und 557000 weibliche Erwerbspersonen arbeiten hauptsächlich mit „computergesteuerten Arbeitsmitteln“. An computergesteuerten Maschinen (z.B. CNC-Werkzeugmaschinen) arbeiten 266000. Der Verband Deutscher Ingenieure (VDI) bezifferte die Zahl der Handhabungsautomaten (Roboter) in der BRD 1981 auf 2300, die hauptsächlich in der Automobilindustrie eingesetzt sind. Die Zahl der CNC-Maschinen (Metallbearbeitung) betrug 1981 25000. Die Einführung dieser Maschinerie steht am Anfang. Mit einem gewaltigen Rationalisierungsschub ist zu rechnen, wenn die Diskrepanz zwischen Hardware (Gesamtheit aller technischen Teile des Computers) und der Software (Gesamtheit aller Programme und sonstiger Bedienungs- und Arbeitshilfen) überwunden ist. Ferner wird weitere Einsatzfähigkeit abhängen von der Entwicklung der Sensortechnik und der Aktuatoren. (Mittels Sensoren wird die Aufgabenstellung einer konkreten Arbeitssituation in elektrische Signale umgewandelt, vom Computer verarbeitet in Ausführungsbefehle und von den Aktuatoren in konkrete Arbeitsschritte umgesetzt.)

Computergesteuerte Arbeitsmittel beruhen auf dem Prinzip der Zerlegung von geistiger Arbeit in zwei getrennte Teilbereiche. Die unmittelbare Steuerung des Arbeitsmittels wird zum Bestandteil der Maschinerie. Das Steuerprogramm, d.h. die Planung der Arbeitsablauffolge, wird in fertigungsvorgelagerten Abteilungen erstellt. Eine Erhebung der „NC-Praxis“ ergab, daß 90% aller Programme in der Arbeitsvorbereitung erstellt werden.

Da die Anwendung computergesteuerter Arbeitsmittel universell ist, ist mit tiefgreifenden Änderungen in der Herstellung und Anwendung zu rechnen. „Neben dem Gerätehersteller, der Fertigungstiefe und Wertschöpfungsanteil an den hochautomatisiert produzierenden Bauelementenhersteller verliert, kommt es auch bei den Benutzern dieser billigen ggf. auch intelligenteren Geräte zu entsprechenden Umschichtungen.“ (der arbeitgeber 23/80)

Beispiel: Die Umstellung der Telexgeräte auf mikroelektronisch substituierte 900 bis 1000 herkömmliche Einzelteile. Die Facharbeiterplätze wurden um mehr als die Hälfte reduziert.

Die Nutzung dieser Arbeitsmittel: Bisherige Facharbeit wird entwertet. Arbeitsplätze, die entstehen, sind reduziert auf „nicht-automatisierbare Restfunktionen“. Hier entsteht stumpfsinnige, monotone Arbeit, dem Arbeitstakt unterworfen und niedrig tarifiert. Das Ganze dann im Schichtbetrieb. „Für rationale NC-Fertigung ist deshalb mehrschichtiger Einsatz erforderlich.“ (REFA-Nachrichten 5/81)

Die IGM propagiert verschiedene Arten von Betriebsvereinbarungen, um dieser neuen Technologie zu begegnen. In einem mittelständischen Unternehmen ist es ihr gelungen, für „Autonome Fertigungszellen“, bestehend aus CNC-Maschinen verknüpft mit konventionellen Werkzeugmaschinen und rechnergestützter Fertigungssteuerung, eine Zerlegung der Arbeitsinhalte zu verhindern. Das Berufsbild „Universalzersetzer“ wurde definiert. „Ihm (Betriebsrat) ging es darum, durch gleichwertige Qualifikation aller Arbeitnehmer in der Fertigungszeile, sie für jede Tätigkeit einsetzbar zu machen. Das sollte durch fundierte Qualifikationsmaßnahmen erreicht werden“ (Gewerkschafter 6/82). Andere Musterentwürfe haben zum Verhandlungsgegenstand die Festlegung einer Prämienentlohnung gemessen an der Sollproduktion von CNC-Maschinen, auf deren Stückzahl der „Maschinenbediener“ kaum Einfluß hat, weil dem Maschinentakt unterworfen.

Mit folgender Entwicklung ist zu rechnen. In den untersten Lohnzonen nimmt stumpfsinnige Arbeit zu, der Bereich der Facharbeit wird abnehmen, in den oberen Lohn- und Gehaltszonen wird eingestellt; hauptsächlich naturwissenschaftlich-technisches Personal. Die Zahl der insgesamt Beschäftigten nimmt ab. Bedauerlich, daß angesichts dieser Entwicklung im Zentrum der gewerkschaftlichen Erörterung nur die Entwertung der Facharbeit steht.

Quellenhinweis: Friedrichs und Schaff, Mikroelektronik und Gesellschaft. Beitr. AB 53 IAB, Technologienentwicklung, Rationalisierung und Humanisierung. Beitr. AB 65 IAB, Bildung und Beschäftigung im technischen Wandel. Der Gewerkschafter, verschiedene Ausgaben.

Unternehmen: Wertschöpfung und „Produktionsfaktoren“

In der bürgerlichen Betrachtung des Produktionsprozesses wirken drei „Faktoren“ bei der Schaffung von Werte zusammen: das Kapital des Unternehmers, die menschliche Arbeitskraft, schließlich der Boden, auf dem Fabrikanlagen stehen oder aus dem Rohstoffe extrahiert werden. Aus dem Überschuß über die Gestehungskosten eines Produkts, der nach dem Produktionsprozeß verbleibt, werden die „Produktionsfaktoren“ entlohnt: die Arbeitskräfte durch Arbeitslohn, die Unternehmer mit dem Unternehmereinkommen auf ihr vorgeschosenes Kapital, die Eigentümer von Grund und Boden mit der Grundrente. Streit kann es in diesem Modell auch geben – nämlich um die „gerechte“ Aufteilung des Überschusses auf die „Produktionsfaktoren“.

In die Kostenrechnung der Unternehmen wie auch in die darauf basierende Statistik über die Kostenstruktur der Unternehmen ist die Produktionsfaktoren-Theorie eingegangen. Nach Abzug aller Herstellungskosten wie den Auslagen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe oder den Abschreibungen bleibt der Nettoproduktionswert zu Faktorkosten übrig, der sich auf die verschiedenen Produktionsfaktoren aufspaltet. Diese Größe kann nicht als Gradmesser für den von den Lohnarbeitern geschaffenen Mehrwert genommen werden, denn darin sind eben die Kosten für die Reproduktion der Ware Arbeitskraft – das variable Kapital v – noch enthalten. Aber auch durch Abzug der in der Statistik ausgewiesenen Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit vom Nettoproduktionswert kann der Mehrwert nicht ermittelt werden. Denn schon auf den vorhergehenden Stufen der Kostenrechnung (s. nebenstehendes Schema) sind Posten wie Vermögenssteuern oder Abschreibungen z.B. in Abzug gebracht worden, die zumindest zum Teil der Nettowertschöpfung zugerechnet werden müssen, weil die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten bekanntlich den Unternehmen erlauben, einen Teil des Gewinns der Besteuerung zu entziehen.

Wir haben dennoch diese Größen in unseren Rechnungen verwandt, weil es zunächst nicht um die Bestimmung der Höhe des Mehrwerts, der Ausbeutungs- und der Profitrate geht, sondern die Unterschiede in den Verwertungsbedingungen der kleinen, mittleren und großen Kapitale anhand der Daten der Kostenrechnung bestimmt werden sollen.

Zu den Schaubildern:

Die mit zunehmender Unternehmensgröße ansteigende Nettowertschöpfung pro Beschäftigten enthält sowohl die Lohnkosten (einschl. der Bezüge der obersten Bourgeoisagenten in den Unternehmen) als auch das statistisch ausgewiesene Unternehmereinkommen und die Grundrente. Daß daraus nicht die Höhe des Mehrwerts und die Mehrwertrate ableitbar ist, geht aus 1c hervor: Würde man die Lohnkosten mit v gleichsetzen und den Rest der Nettowertschöpfung mit m, so ergäbe sich eine Mehrwertrate von unter 20%; d.h. die Lohnarbeiter würden nur $\frac{1}{5}$ des Arbeitstages für die Kapitalisten arbeiten.

Deutlich ist aber erkennbar, daß der Anteil der Lohnkosten an der Nettowertschöpfung bei kleinen und bei großen Unternehmen niedriger liegt als bei mittleren Unternehmen. Derselbe Zusammenhang – nur in anderer Darstellung – geht aus 2a hervor: Die hier als Kapitalertrag bezeichnete Restgröße aus der Nettowertschöpfung liegt, gemessen an den Beschäftigten, bei den Klein- und bei Großunternehmen weit höher als bei mittleren Unternehmen. Es wäre falsch, dieses Ergebnis allein auf die unterschiedlichen Pro-Kopf-Lohnkosten in den verschiedenen Unternehmensgrößenklassen zurückzuführen; denn mit zunehmender Unternehmensgröße steigen die Pro-Kopf-Lohnkosten (s. Pol. Berichte 13/82). Offensichtlich gilt nur für Unternehmen bis ca. 400 Beschäftigten, daß mit zunehmender Unternehmensgröße und zunehmenden Pro-Kopf-Lohnkosten der Kapitalertrag relativ sinkt. Dagegen machen die großen Kapitale die höheren Pro-Kopf-Lohnkosten durch enorm gesteigerte Einsaugung von lebendiger Arbeit, durch Intensivierung der Arbeit mehr als wett. Der hohe Einsatz von konstantem Kapital ermöglicht erheblich gesteigerte Ausbeutung der Arbeitskraft.

Quellen: Stat. Bundesamt, Fachserie 4 (Produzierendes Gewerbe), Reihen 4.2.1 und 4.3.1.

Zu den in den Rechnungen verwandten statistischen Größen

Auf der Basis der jährlichen Erhebung der Aufwendungen und Erträge der Unternehmen ermittelt das Stat. Bundesamt die sog. „Leistungsgrößen“, die wir unseren Rechnungen zugrunde gelegt haben. Nicht einbezogen in die Erhebung sind außerordentliche oder betriebsfremde Aufwendungen und Erträge (z.B. Kauf eines anderen Unternehmens oder Grundstückserträge). Die „Leistungsgrößen“, die jeweils als Restgrößen ermittelt werden, stehen in folgender Beziehung zueinander:

Gesamtumsatz

- ± Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen aus eigener Produktion
- + selbsterstellte Anlagen
- = **Bruttoproduktionswert**

Bruttoproduktionswert

- Materialverbrauch, Einsatz an Handelsware, Kosten für Lohnarbeiten
- = **Nettoproduktionswert**

Nettoproduktionswert

- sonstige Vorleistungen (Mieten u. Pachten, Reparaturen durch Fremdfirmen, Grund-, Gewerbe-, Verbrauchssteuern ohne MWSt, Vermögenssteuer (bei Kapitalgesellschaften), Transportkosten, Versicherungen, Bankspesen
- = **Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen**

Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen

- Abschreibungen (entweder verbrauchsbedingte A. zu Wiederbeschaffungskosten oder steuerliche A. ohne steuerliche Sonderabschreibungen, aber mit Berlinförderung)
- = **Nettowertschöpfung zu Marktpreisen**

Nettowertschöpfung zu Marktpreisen

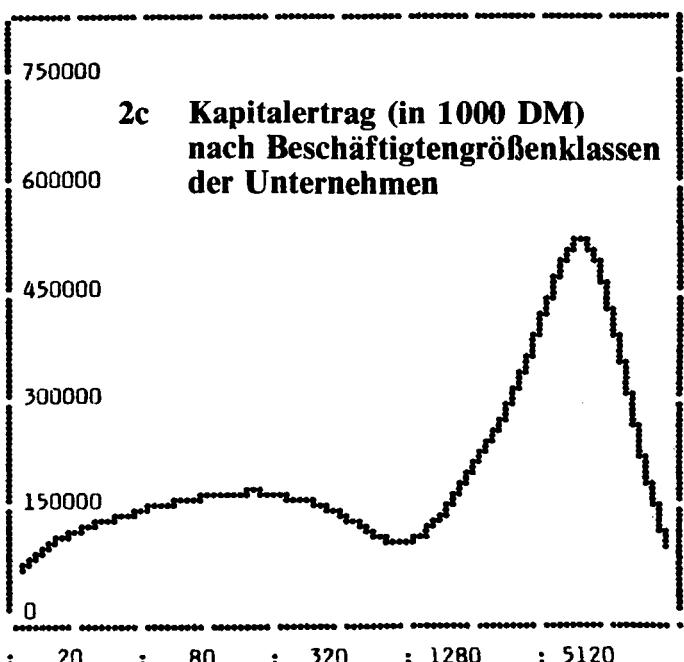
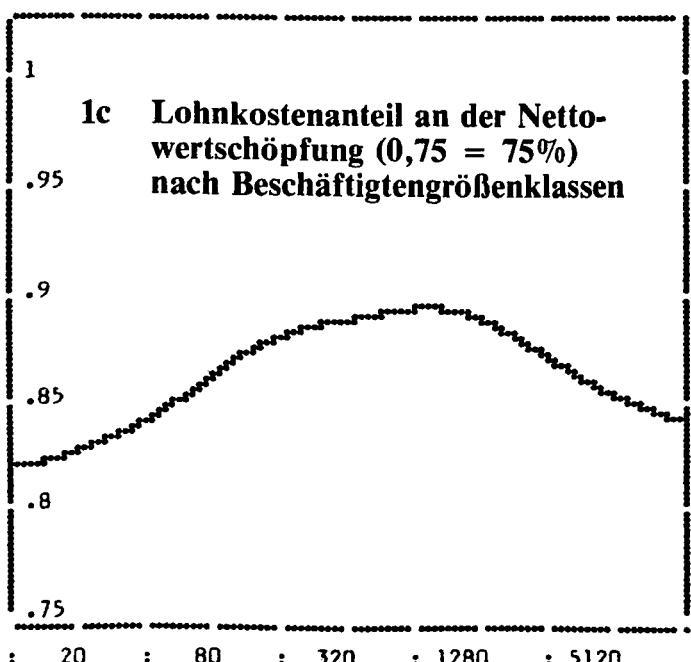
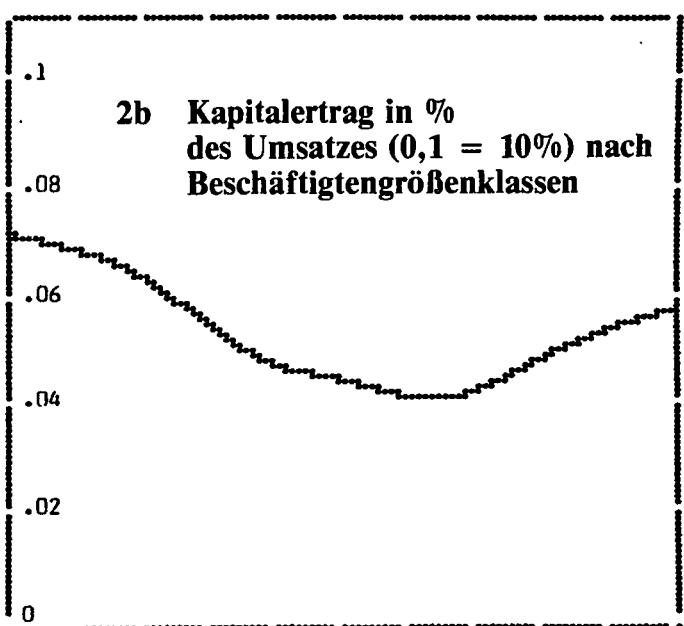
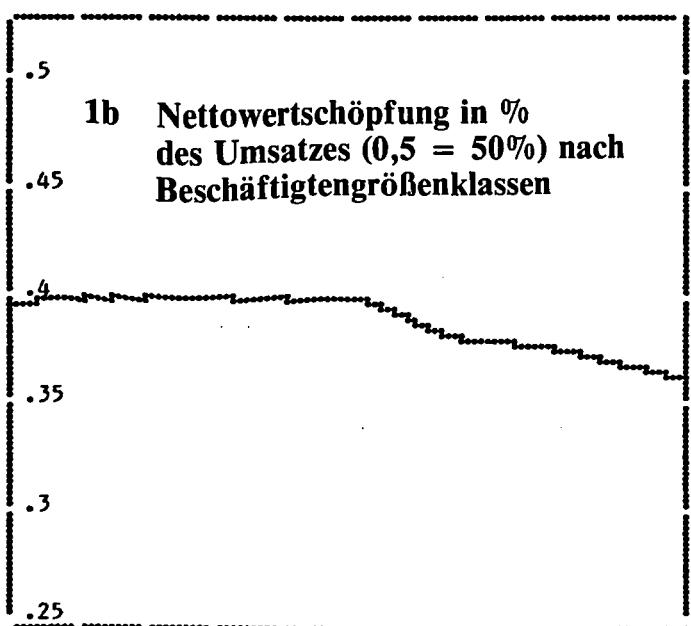
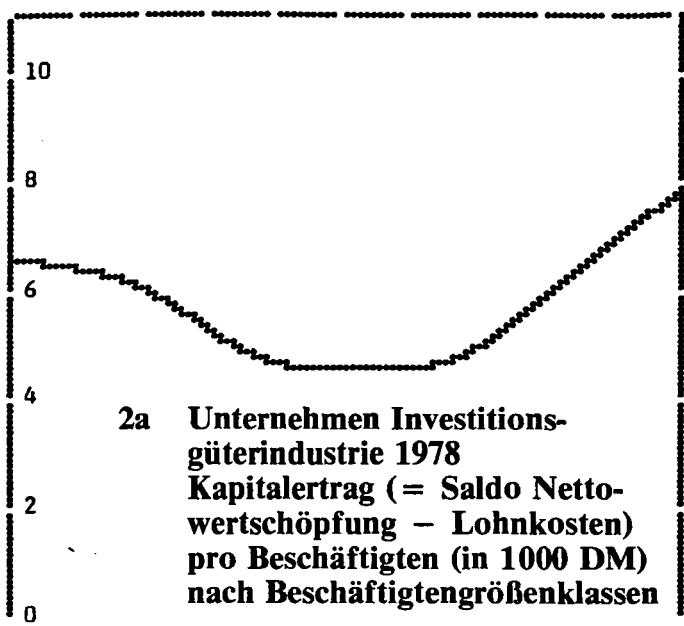
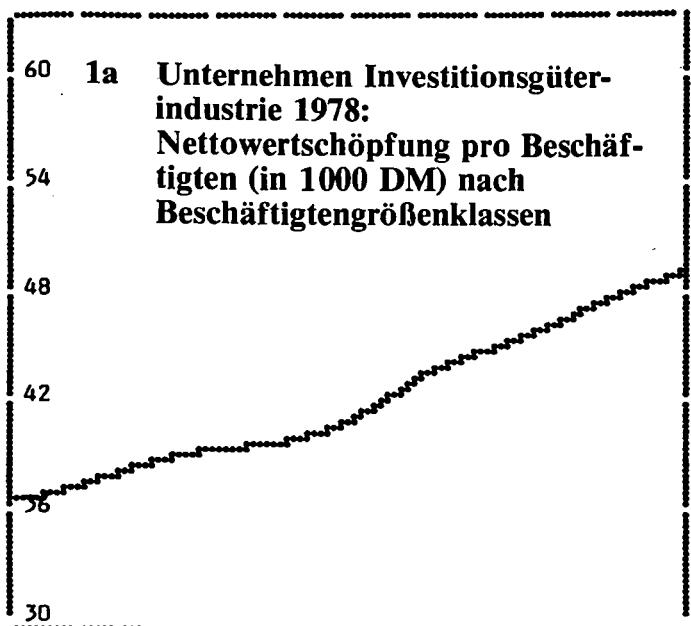
- Saldo aus Umsatzsteuer auf Verkäufen minus Umsatzsteuer auf Käufen (Vorsteuer)
- + Subventionen wie Zinszuschüsse, Frachthilfen, Lohnkostenzuschüsse (aber ohne Steuererleichterungen oder Investitionsbeihilfen)
- = **Nettowertschöpfung zu Faktorkosten**

Nettowertschöpfung zu Faktorkosten

- Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (einschließlich gesetzlicher und freiwilliger Sozialkosten)
- = **Kapitalertrag (spaltet sich auf in Unternehmereinkommen, Fremdkapitalzinsen und Grundrente)**

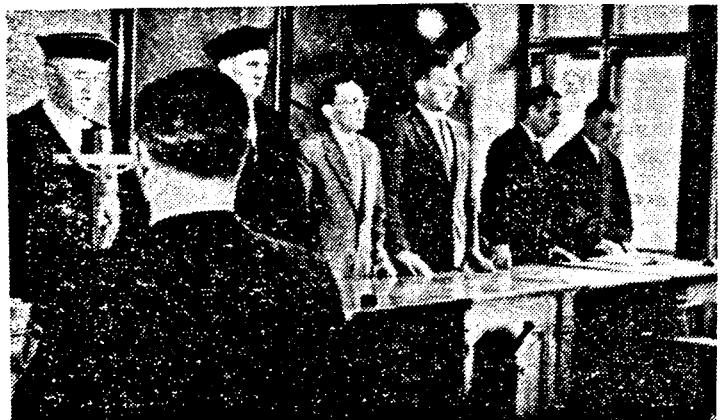
Als **Beschäftigte** sind in unseren Rechnungen alle im Arbeitsverhältnis zum Unternehmen stehenden Personen erfaßt, also auch Direktoren, aber nicht tätige Inhaber und mithelfende Familienangehörige. Zu den Beschäftigten gehören auch Leiharbeiter. In die **Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit** gehen auch Bezüge von Gesellschaftern und Vorstandsmitgliedern ein, soweit sie steuerlich als Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit behandelt werden. Zu den **Investitionen** zählt die Statistik alle Bruttozugänge an Sachanlagen, also für bebaute und unbebaute Grundstücke, Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung. Nicht erfaßt sind Auslandsinvestitionen, der Kauf ganzer Unternehmen oder Betriebe, die Kapitalkosten bei Investitionen, der Erwerb von Beteiligungen oder von Konzessionen, Patenten, Lizzenzen. Bruttozugänge deshalb, weil auch Ersatzinvestitionen für abgeschriebene Anlagen sowie Großreparaturen mitgezählt werden. In der Statistik wird das Saldo von Nettowertschöpfung zu Faktorkosten und Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nicht ausgewiesen, in den Schaubildern als Kapitalertrag bezeichnet.

Der **Kapitalertrag** kann nicht mit dem von den Lohnarbeitern produzierten Mehrwert gleichgesetzt werden aus folgenden Gründen: 1) Die in der Statistik zumeist erfaßten steuerlichen Abschreibungen liegen mit Sicherheit weit höher als die tatsächliche Vernutzung der Anlagen und Gebäude. 2) Vermögenssteuern und vermutlich auch Gewerbesteuern müssen dem Kapitalertrag zugerechnet werden. 3) Die Zahlungen der Unternehmen für Mieten und Pachten, also von Grundrente, sind Abzüge vom geschaffenen Mehrwert, die an andere Kapitale gehen. 4) In das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit gehen – in ihrer Größenordnung sicher nicht unerhebliche – Teile des Mehrwerts ein, die den Kapitalagenten – Vorständen, leitenden Angestellten etc. – als Revenue in Form von Vorstandsbezügen oder hohen AT-Gehältern zufließen. Es kann also aus den Rechnungen nicht auf die absolute Höhe des Mehrwerts und die Ausbeutungsrate geschlossen werden.



Justiz

Beseitigung grundlegender Angeklagtenrechte geplant



Israel

Der Zionismus ist eine rassistische Kolonialideologie und -politik

Von den Nachfolgern der deutschen Massenmörder an den Juden lasse er sich keine Vorschriften machen, soll der israelische Premier Begin während der Libanon-Invasion gesagt haben. Und ob er läßt! Und wie er läßt! Früher galt manchen Leuten der Zionismus noch als fortschrittlich, der Kibbuz gar als sozialistisch. Tatsächlich aber ist der

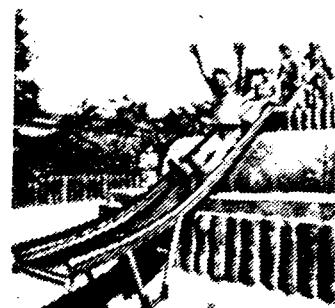
Zionismus eine rassistische Kolonialideologie, seine Politik gegenüber dem palästinensischen Volk brutaler Völkermord und kolonialer Landraub. Noch in den dreißiger Jahren waren Führer der Zionisten wie Menachem Begin auf enge Zusammenarbeit mit dem faschistischen Deutschland beim Aufbau ihres Kolonialstaates bedacht.

Bundes- und Länderjustizminister beraten derzeit über Veränderungen der StPO, wie sie nach Angaben der ÖTV-Richter/Staatsanwälte nur 1939 bis 1944 bestanden haben: Abschaffung des Beweisantragsrechts bei den Amtsgerichten; Revision gegen Landgerichtsurteile nur noch nach deren Zulassung; Befangenheitsanträge nur noch außerhalb der Hauptgerichtsverhandlung etc. Zweck ist Verhinderung jeder eigenständigen Verteidigungsstrategie.



Hamburg

Ferien der Jugendlichen in der Großstadt



Die Lohnsenkungen der letzten Jahre zwingen zunehmend mehr Familien, auf den Jahresurlaub zu verzichten. Für viele Kinder bedeutet das, daß sie das ganze Jahr nicht aus der Stadt herauskommen. Sie spielen auf den Straßen und schlechten Spielplätzen, wie gehabt. Bei schlechtem Wetter können sie oft nicht einmal aus den engen Wohnungen heraus.

Sind sie etwas älter, dann bevölkern sie die Einkaufszentren und schlagen die Zeit tot. Auseinandersetzungen mit der Polizei bleiben nicht aus. Der Senat organisiert Beschäftigungsmöglichkeiten durch Ferienangebote. Aber sämtliche Verbilligungen gelten nicht für Eltern. Solche Ferien sind weder besonders aufregend, noch besonders gesund.

Nigeria

Scheitert der Aufbau einer unabhängigen Wirtschaft?

Drastische Importbeschränkungen mußte die nigerianische Regierung beschließen, um einen Staatsbankrott zu vermeiden. Selbst dringend benötigte Lebensmittel können nicht mehr eingeführt werden. Die staatliche Stahlindustrie mußte ihre Produktion fast vollständig einstellen, ebenso andere Industriebetriebe. Welche Konzepte verfolgt die nigerianische Regierung zum Aufbau einer unabhängigen Wirtschaft?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/517457

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517457